Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 2, 2. Jhg., 06/2015
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Neues aus Absurdistan
Chronologie der deutschen BND-Staatskrise ▶ SEITE 9

Eroberung Europas durch die USA
Auszug aus dem Buch von Wolfgang Bittner ▶ SEITE 13

Der Staat gegen die Republik
In Frankreich könnten Verschwörungstheorien strafbar werden. ▶ SEITE 22

Interview mit Dr. Daniele Ganser
Kriegspropaganda statt Friedenspolitik ▶ SEITE 25

Die Kinder von Donezk
Der Krieg in Europa, den niemand sieht ▶ SEITE 31

Der Dorn im Auge des Imperiums
Aktuell ist Venezuela im US-Fadenkreuz ▶ SEITE 33

FED – das absolute Tabu
Was darf thematisiert werden? ▶ SEITE 37

Das Federal Reserve Kartell 2
Wem gehört die amerikanische Notenbank? ▶ SEITE 40

Landwirtschaft geht auch anders
Ein guter Umgang mit der Natur ist möglich. ▶ S. 49

Das Free21-Prinzip:

Foto: Avda/www.avda-foto.de (CC3.0)

Deutschlands **Schattenregierung**

Wie Politiker, Technokraten und Medien in Elite-Vereinen wie der Atlantik-Brücke den deutschen Nationalstaat abschaffen.

▶ SEITE 3

Das Stratfor-Video: Klartext aus Amerika

Der Chef des US-Think Tanks Stratfor, George Friedman, bestätigte in einem entlarvenden Vortrag, dass die USA seit mehr als 100 Jahren daran arbeiten, einen Keil zwischen Deutschland und Russland zu treiben. ▶ SEITE 11

Wir haben die Seele der **Gier-Kultur** satt

Die Menschheit scheint ratlos: Wir sehen uns einem Übermaß an Problemen gegenüber, während wir gleichzeitig glauben, dass es dafür keine Lösungsmöglichkeiten gibt. Typisch kognitive Dissonanz, sagt Dirk C. Fleck ▶ SEITE 45

Das Gemeinschaftsprojekt **Tamera**

Regionale Autonomie in globaler Vernetzung – Modelle für ein anderes Leben: Das Friedensforschungs- und Gemeinschaftsprojekt Tamera macht Hoffnung darauf, dass Veränderungen möglich sind. ▶ SEITE 47

Wegsehen, wenn es um Mord geht

Mit deutscher Duldung ist Ramstein das „Zielfernrohr" bei der Terroristentötung durch US-Drohnen. ▶ SEITE 15

The European Patriot Act

Die Parallelen der europäischen Terrorbekämpfung zum US Patriot Act, hergestellt von Emöke Mühl ▶ SEITE 19

MH17-Abschuss durch Ukraine-SU25?

Peter Haisenko analysiert, wer nach seinen Informationen den Abschuss von MH17 durchgeführt hat. ▶ SEITE 27

Free21
Credible news mounted on paper
DAS Magazin
Nr. 2, 2. Jhg., 06/2015 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21 und hilf uns, noch besser zu werden!

Nutze bitte dazu eines der folgenden Crowdfunding-Konten:
Bank: GLS Bank, **IBAN:** DE54 4306 0967 1168 5797 01,
Kontoinhaber: Tommy Hansen, BIC: GENODEM1GLS,
Verwendungszweck: FREE21
oder **Paypal-Konto:** tommy.hansen@free21.org
Für Deine Unterstützung bedanken wir uns sehr!

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typographisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN A4 Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Photos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21.org funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Herausgeber:
Tommy Hansen

Chefredakteur:
Tommy Hansen

Postanschrift:
Bennigsenstraße 15,1
12159 Berlin

Kontakt:
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

ViSdPR:
Tommy Hansen
Bennigsenstraße 15
12159 Berlin

Auf dem Weg

Es muss direkt gesagt werden: Seit dem katastrophalen Tag am 11.9.2001 hat sich die Berichterstattung in den westlichen Mainstream-Medien drastisch verändert. An diesem Tag starb eine Grundregel des Journalismus, die schon den jüngsten Journalisten mit auf den Weg gegeben wird – die kritische Haltung gegenüber Quellen.

„Osama hat es getan", sagte der damalige Präsident George W. Bush, und diese Aussage wurde dann durch einen koordinierten Einsatz in allen westlichen Medien verbreitet. Auf dieser Aussage basierte dann der „Krieg gegen den Terror", durch den bis heute mehr als anderthalb Millionen Menschen ums Leben gekommen sind. „Saddam hat Massenvernichtungswaffen", sagte derselbe Bush ein paar Jahre später und nochmals rollten die Leitmedien mit dramatischen Überschriften diese Aussage aus. Politisch wurden diese Lügen auf allerhöchster Ebene mitgetragen. Uns wurde erzählt, dass jede Großstadt in Europa innerhalb von 45 Minuten von Saddam Hussein mit chemischen Waffen getroffen werden könne. Und nochmals ging die Welt in den Krieg, diesmal wurde ein ganzes Land zerstört, 500.000 Kinder umgebracht. Massenvernichtungswaffen gab es nur dank der CIA, die die gefälschten Beweise dafür hergestellt hatte.

„Wir haben den Täter", sagte die USA, als Khalid Shaikh Mohammed in 2008 vor Gericht gebracht wurde und er die Planung von den Ereignissen am 11.9. gestanden hatte. Was damals nicht erzählt wurde, ist, dass Mohammed während seines Aufenthaltes in Guantanamo systematisch gefoltert wurde und erst gestanden hatte, nachdem er 183mal „Waterboarded" wurde.

Stopp, bitte!

Jetzt sind wir dreimal von der amerikanischen Top-Administration angelogen worden, und immer noch gehen wir bereitwillig mit den Amis in jeden Krieg, wenn sie dazu den Befehl geben. Immer wieder wird uns von den Mächtigen von der anderen Seite der Welt erzählt, wen wir zu lieben und wen wir zu töten haben. Jeder politischen Entscheidung folgen massive Investitionen in der Kriegsindustrie – oder ist es eher umgekehrt?

Man braucht sich nicht lange mit der Geschichte der USA zu beschäftigen, um eine Linie zu erkennen. Dass die politische Elite des Landes sehr tief in der Kriegsindustrie engagiert ist, ist kein Geheimnis und diese Kultur hat sich sogar in Europa verbreitet, wo mittlerweile auch Top-Politiker Millionen auf Grund ihrer eigenen Entscheidungen verdienen.

Der Bericht über eine der größten Kriegsindustrien der Welt, die Carlyle Group (siehe Free21 Magazin, März 2015) ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Hier werden ehemalige Top-Politiker nach ihrer Regierungstätigkeit angestellt und dafür belohnt, was sie in ihrer Dienstzeit entschieden und umgesetzt haben. Es geht um Millioneneinkommen und um ein Leben im Jet-Set – und es fängt alles mit dem Krieg an.

Es ist im Prinzip nichts Neues, dass Krieg ein Katalysator für Geschäfte aller Art ist. Deswegen haben wir uns in der demokratischen Welt darauf verlassen, dass die Entscheidungen von den Politikern nur aus idealistischen und humanitären Gründen getroffen werden. Sowohl die Presse, als auch die Bevölkerung würden darauf reagieren, wenn einige Politiker zu enge Verbindungen zu den „Kriegsgewinnen" hätten.

So war das jedenfalls vor dem 11. September 2001. Seitdem geht die Presse allerdings genau in die Richtung, wo sie die Machthaber in Washington und in der EU haben möchte. Die vierte Staatsgewalt hat aufgegeben.

Wir – die westliche Welt – hätten längst auf die Lügen der USA reagieren müssen. Abstand zu nehmen ist längst überfällig, aber stattdessen rüsten wir jetzt gemeinsam gegen die Russen, unser neuestes Feindbild „Made in USA". Wir hätten schon längst vor einem internationalen Gericht prüfen lassen müssen, wieso das Pentagon im Oktober 2001 fertige Pläne hatte, um innerhalb von fünf Jahren in sieben Länder militärisch einzugreifen, unter anderem Irak, Syrien und Libyen. Und vor allem hätte es schon längst eine gerichtliche Untersuchung über die Ereignisse des 11. Septembers geben müssen. Stattdessen liegt uns ein gefälschter 9/11-Kommisionsbericht vor, von dem sich mittlerweile schon mehrere Kommissionsmitglieder distanziert haben. Schlimm ist nur, dass sich kaum ein Politiker traut, den Mund aufzumachen. Noch schlimmer ist es, dass sich kein Journalist in diese Themen verbeißt, was man von einer freien Presse ganz selbstverständlich erwarten müsste. Aber wie gesagt, die Pressefreiheit starb am 11. September 2001 und keiner traut sich, kritisch gegenüber den USA aufzutreten.

Gewissenhafte Journalisten gibt es aber immer noch und deswegen sind wir auch mit Free21 aufgebrochen. Wir behaupten nicht, die „Wahrheit" zu kennen, wir sind aber ständig auf der Suche danach. Mit der Herausgabe des Magazins haben wir einen ersten Schritt unternommen, um authentischen Journalismus wieder zum Leben zu erwecken. **Wir sind auf einem guten Weg – Power to the Paper!**

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Foto: Avda / www.avda-foto.de (CC3.0)

Deutschlands **Schattenregierung**
oder wie die Atlantikbrücke die BRD lenkt

Politiker, Technokraten und Medien treiben in semigeheimen US-Pressuregroups wie der Atlantik-Brücke den Aufbau einer Allianz der größten kapitalistischen Staaten auf Kosten von Demokratie und Frieden voran – der EU-Superstaat wird Realität, der deutsche Nationalstaat abgeschafft.

von Thomas Pritzl

Euro-Rettungspolitik, NSA-Skandal und Ukraine-Krise, TTIP-Affäre sowie Zentralisierung und Militarisierung der EU – im Schulterschluss mit der BRD setzen die USA Abkommen um Abkommen eine ihren Interessen gemässe politische Ordnung globalen Anspruchs in die Realität um. Doch anstatt Debatten über aktuelle Themen und Skandale zu führen, erklärt die Bundeskanzlerin, sie wolle mit den Deutschen über das gute Leben diskutieren. Es ist demnach also Merkels erklärte Absicht, die Bürger politisch zu sedieren.

ZDF hat neues Kompetenzfeld

Und wie reagieren die Medien? Anstatt zu kritisieren, schreiben sie heute dort schön, wo sie früher Skandale enthüllen und ihre konstituierende Funktion in einer Demokratie als Watchdog wahrnehmen konnten.

Josef Joffe, Foto: Halifax International Security Forum (CC2.0)

Allen voran der öffentlich-rechtliche Sender ZDF hat ein neues Kompetenzfeld besetzt: Er lässt sich quasi im Gegenzug für üppige Gebührenfinanzierung zum Wegbereiter einer Politik degradieren, die Positionen nicht mehr in parlamentarischen Debatten formuliert, sondern in Exklusivzirkeln mit semigeheimer Struktur.

Für den Mainstream in Sachen USA hierzulande maßgeblich verantwortlich ist der Berliner Transatlantik Think Tank Atlantik-Brücke (AB).

Die Gründung des deutschen Ablegers der US-Organisation übernahm 1952 Eric M. Warburg, um deutschen und amerikanischen

Claus Cleber, Foto: Jan Oberst (CC2.0)

Führungskräften eine Plattform für einem vertraulichen Dialog über außen-, sicherheits-, wirtschafts- und innenpolitische Fragen zu bieten. Zum Verständnis: Erics Großvater Paul, Sprössling einer deutschen Familie, unterzeichnete 1913 neben weiteren Bankern sowie Präsident Woodrow Wilson den Federal Reserve Act, das Gesetz also, mit dem private Banken unter der Abkürzung FED als Notenbank für die USA tätig werden konnten.

Nepotismus pur

Die AB-Mitgliedschaft kann nur auf Empfehlung und Kooption durch den Vorstand erfolgen. So wird garantiert, dass man unter

Theo Koll, Foto: Ralf Roletschek (CC3.0)

Gleichgesinnten bleibt, ganz wie es dem Charakter von Elitezirkeln nun einmal entspricht. In den 60 Jahren seit Bestehen ist der Verein zu einer der mächtigsten Pressuregroups der BRD herangereift. Ein Blick auf die Mitgliederliste zeigt, wie weit die Grenzen zwischen Wirtschaft, Politik und Medien bereits verschwommen sind. Da stehen ex- und amtierende Politiker aller Parteien neben dem Leiter der ZDF-Redaktion Außen- und Innenpolitik, Theo Koll, sowie ZDF-Anchorman, Claus Kleber, der auch Kuratoriumsmitglied ist. Zu Kai Diekmann, Chefredakteur der auflagenstärksten Boulevard-

Kai Dieckmann, Foto: Michael Thaidigsmann (CC4.0)

Zeitung Europas, BILD, gesellte sich lange Zeit Josef Joffe, der als Herausgeber des Wochenblatts „Die Zeit“ auch aktiv in politisch verwandten Vereinen ist, wie etwa der American Academy in Berlin oder dem Congress of Cultural Freedom (CCF).

Einen Schatten auf den Zirkel wirft, dass unter den Mitgliedern rechtskräftig verurteilte Rüstungslobbyisten wie Karl Heinz Schreiber und Dieter Holzer sowie die Doktortitelfälscher Silvana Koch-Mehrin und Karl-Theodor zu Guttenberg auftauchen. Dies wird aber wettgemacht durch Edelgard Bulmahn (SPD), Bundesministerin a.D. und stellvertretende AB-Vorsitzende, Eckhardt von Klaeden (CDU), Ex-Staatsminister und heutiger Chef der Abteilung Politik und Außenbeziehungen der Daimler AG, Katrin Göring Eckardt, die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und so fort. Bundespräsident Joachim Gauck, Kanzlerin Angela Merkel sowie Altbundeskanzler

Helmut Schmidt sind gewissermaßen Sahnehäubchen auf dem Mitgliederkuchen.

Politisches Agenda Setting

Nun kann niemand etwas dagegen haben, dass ein Verein „die transatlantische Partnerschaft“ stärken will. Und so legt AB-Chef Friedrich Merz (CDU) zunächst Wert darauf, Meinungsbildung nach innen zu betreiben. Er untertreibt. Denn es ist kaum zu behaupten, dass allein die mediale Präsenz von Helmut Schmidt und seine Herausgeberfunktion bei „Die Zeit“, keinen Einfluss auf das Setzen oder die Diskussion politischer Themen und so auf die öffentliche Meinungsbildung im Lande hätte.

Ein anderes Beispiel wirft die Frage auf, ob AB-Mitglieder in ZDF-Führungspositionen stets klare Trennlinien zwischen Beruf und privatem Vereins-Engagement ziehen. Es geht um den kürzlichen Skandal in der Show „Deutschlands Beste“ in dem mit rund 1,8 Milliarden Euro Gebührengeldern finanzierten ZDF. Gerade hat sich gezeigt, dass sich die Redaktion nicht etwa an Umfrage-Ergebnisse darüber hielt, wer denn die bedeutendsten und beliebtesten Deutschen seien, sondern fingierte. Wer hatte tatsächlich die Finger im Spiel, so dass die AB-Mitglieder Angela Merkel und Helmut Schmidt, die Hitliste der beliebtesten Deutsche anführen konnten? ZDF-Star Kleber zeigt sich überrascht und ließ per Twitter vernehmen: „ ZDF-Ranking-Show Deutschlands Beste hat manipuliert. Unfassbar!“

Die Geheimgesellschaft produziert Schlagzeilen

Aber auch andere AB-Vereinsmitglieder sorgen für Schlagzeilen. So forderte 2011 Ex-AB-Geschäftsführerin, Beate Lindemann, in einem Rundbrief Mitglieder auf, sich an der Anruf-Aktion der „BILD“-Zeitung unter dem Titel „Guttenberg-Entscheid!“ zu beteiligen und sich so für den Verbleib des Karl-Theodor zu Guttenberg im Amt des Bundesverteidigungsministers auszusprechen. Die Öffentlichkeit

K.-Th. von und zu Guttenberg, Foto: Christoph Braun (CCo)

Katrin Göring Eckardt, Foto: Harald Krichel (CC3.0)

wusste zum Zeitpunkt der Aktion nicht, dass zu Guttenberg im „Young Leaders-Programm“ der AB ist. Aus diesem Netzwerk gingen bereits Jens Weidmann hervor, der beim Internationalen Währungsfonds (IWF) tätig war bevor er Präsident der Deutschen Bundesbank wurde, der Chef der Axel Springer AG, Matthias Döpfner oder Hans Gert Pöttering, der knapp 35 Jahre jung 23. Präsident des Europäischen Parlaments wurde.

Das hauseigene Incentive-Programm eignet sich gut, um aufzuzeigen, auf welche Weise sich die Mitglieder verpflichtet fühlen, unter denen übrigens mehr als die Hälfte der Dax 30-Unternehmen ist sowie mehrere Politiker bis hinauf in Regierungsverantwortung. Dem seit 41 Jahren existenten Nachwuchsprogramm gehören heute über 1500 deutsche und amerikanische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an.

Eine Hand wäscht die andere

Wie die Youngsters neben Empfehlungen zu Image, Posten und Einfluss gelangen? Ein Blick in Zeit Campus Nr. 03/2010 zeigt es. Die Titelgeschichte lautete: „100 Studenten von denen wir noch hören werden“. Nach eigenem Text habe die Redaktion das Unmögliche versucht, nämlich eine Prognose abzugeben, welche Studenten unser Land in den kommenden Jahrzehnten umkrempeln werden. Wochenlang seien recherchiert, Nobelpreisträger und Personalberater befragt worden.

Dies ist zumindest zum Teil geblufft und es sei die Frage erlaubt, wie es etwa R. Retter, der als Referent für Klimafragen für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) tätig ist, in das Ranking geschafft hat? Ein Blick in die Young Leader-Kartei gibt Aufschluss. Hier ist das damals 27 Jahre junge Nachwuchstalent ausfindig zu machen. Nebst der Zusatzinformation, dass er gleichzeitig an seiner Habilitation schreibe. Sieht so Mitglieder-Karriere-Promotion à la AB unter Schützenhilfe des Hauses Zeit aus?

Wie auf den Treffen der AB aber multilaterale Politik gemacht, über die Mediatisierung von Themen entschieden und auf diese Weise der Umsetzung von US-Interessen der Weg bereitet wird, zeigt gerade die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Sie biete die Gelegenheit, gemeinsame Führungskompetenz durch das Aufstellen globaler Wettbewerbsregeln zu beweisen, heisst es bei der AB.

TTIP war lange nur Insidern bekannt und geht es nach EU-Handelskommissar und Verhandlungsführer Karel De Gucht, soll sich daran auch nichts ändern. In der Brüsseler Generaldirektion für Handel, gehen seit Monaten Lobbyisten ein und aus. 560 Treffen sind dokumentiert: 22 Mal warben Verbraucher- oder Umweltschützer für ihre Positionen. Die übrigen Treffen reservierte der Belgier internationalen Wirtschaftsvertretern, ermittelte die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO).

Lobbyismus für TTIP

Auch Bernhard Mattes, Präsident der US-Handelskammer in der BRD und Ford-Vorsitzender sowie AB-Mitglied war in Brüssel, um seine Sicht der Dinge vorzutragen: „TTIP wird nicht nur Handelsfragen, sondern Investitionen, Dienstleistungen, Normen und Standards umfassen, es wird zudem ein wichtiger Baustein für die Zukunft einer freiheitlichen internationalen Ordnung sein.“

Ein Baustein dieser Ordnung sollen Investorstaatsklagen sein, also Klagerechte von US-Unternehmen gegen EU-Staaten. Beeinträchtigen Umweltschutz- oder Arbeitnehmergesetze oder ein Verbot einzelner Produkte Gewinne, können Konzerne Staaten zu Lasten der Steuerzahler auf Schadensersatz verklagen. Brisant ist, dass diese Klagen nicht vor normalen Gerichten verhandelt werden, sondern vor Schiedsgerichten, an denen drei Anwälte völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen aushandeln. Zudem wirbt die US-Agrarindustrie dafür, das EU-Vorsorgeprinzip aufzugeben. Es besagt, dass Unternehmen die Unbedenklichkeit ihrer Produkte vor deren Zulassung beweisen müssen. Sollten die USA sich durchsetzen, befürchten Verbraucherschützer die Aushebelung europäischer Lebensmittel- und Umweltstandards.

„Beeinträchtigen Umweltschutz- oder Arbeitnehmergesetze oder ein Verbot einzelner Produkte Gewinne, können Konzerne Staaten zu Lasten der Steuerzahler auf Schadensersatz verklagen. Brisant ist, dass diese Klagen nicht vor normalen Gerichten verhandelt werden, sondern vor Schiedsgerichten, an denen drei Anwälte völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen aushandeln.“

Feindbild China

Solche Bedenken kennt Stormy-Annika Mildner, die die Außenwirtschaftspolitik beim AB-Mitglied BDI verantwortet, nicht. „Die EU allein kann in Zukunft keine Gestaltungsmacht mehr sein. Nur zusammen mit den USA wird sie globale Standards für Wettbewerb oder Investitionen setzen können. Wenn es nicht die USA und Europa sind, die Standards setzen, wird es China sein. „ Übrigens taucht China als potenzielle imperiale Gefahr so auch in Positionspapieren der AB auf.

Stimmungsmache für TTIP auch bei der SZ: „Den meisten Protestieren scheint es nicht um konstruktive Veränderungen zu gehen, sondern um einen Skalp vom Kopfe des Kapitalismus.“ Freihandel sei ein zentraler Bestandteil der Marktwirtschaft. Er lässt sich einschränken, weil Bürger zu Recht auf Verbraucherschutz und Öko-

Von Thomas Pritzl – Publiziert: 28.04.2015 (11:18) – Aktualisiert: 9.5.2015 (19:36)

logie pochen, aber nicht opfern, wenn man es mit der Marktwirtschaft ernst meine.
Aufgrund öffentlicher Kritik an den Geheimverhandlungen beabsichtigt die SPD, die nationalen Parlamente der 28 EU-Mitgliedstaaten über TTIP abstimmen zu lassen. Von einer demokratischen Legitimation hält De Gucht gar nichts. Er pocht auf europäisches Recht. Danach benötigen Handelsverträge, die nicht in einzelstaatliche Kompetenzen eingreifen, lediglich die Zustimmung des EU-Parlaments.

Gelebte Intransparenz

Wer meint, die Bundesregierung sei nun auf den Geschmack von Transparenz gekommen, wird eines Besseren belehrt. Längst wird mit TISA ein weiteres Abkommen vorverhandelt, dessen Verhandlungen im Geheimen stattfinden. Wenige Details wurden bekannt, so etwa das Vorhaben, öffentliche Dienstleistungen wie Bildung oder Wasser zu liberalisieren und privaten Unternehmen Profite zu garantieren, wie Linken-Bundestagsabgeordneter Klaus Ernst behauptet. Eine andere Programmaktivität der AB sind Gespräche mit dem U.S. European Command. Im Februar 2014 leitete Merz den 21. Austausch, zu dem auch Christoph Heusgen, Merkels Sicherheitsberater und Brücke-Mitglied sowie Generäle und Vertreter aus Industrie und Medien eingeladen waren. In der späteren Pressemeldung ist nachzulesen, es sei darum gegangen, wie politische Hürden, die einer Lösung sicherheitspolitischer Probleme im Weg stehen, beseitigt werden könnten.

Lobby für Aufrüstung

Stefan Kornelius, Ressortleiter Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung (SZ) und wie andere seiner Redaktions-Kollegen Brücke-Mitglied, moderierte die Diskussion, die sich auch mit dem Nahen und Mittleren Osten sowie der Zukunft der NATO und der Verteilung finanzieller Lasten beschäftigte. Aufgrund der Tatsache, dass die USA 70% des NATO-Haushalts und die europäischen Staaten den Rest bestreiten, habe Einigkeit geherrscht, dass diese Ungleichverteilung keine gute Grundlage für eine Partnerschaft auf Augenhöhe sei.
Berater Heusgen hat die Kanzlerin über diese „Hürde“ rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Denn im Herbst wird auf dem Nato-Gipfeltreffen über die Verteidigungshaushalte gesprochen. Spätestens dann erwarten die USA von der BRD ein größeres finanzielles Engagement. Bis dahin steht Merkel aber nicht mit leeren Händen da: Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linken geht hervor, dass das Verteidigungsministerium die Ausgaben für Rüstungsforschung an Drohnen, Geschossen und Militärrobotern mehr als verdoppelt hat. Übrigens hat der Deutsche Bundestag in den letzten 20 Jahren weniger als zehn Mal öffentlich über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik debattiert. Und die Frage sei erlaubt, inwieweit die Verlagerung politischer Entscheidungsfindungprozesse in außerparlamentarische Gremien noch einer Good Governance entspricht, die etwa in der Entwicklungshilfezusammenarbeit mit Partnerländern von der BRD stets eingefordert wird?

Respektfrei gegenüber Bürgerrechten

In der Euro-Rettungspolitik zeigt sich am deutlichsten, wie wenig Respekt Politiker gegenüber Bürgern haben und wie sie es unterstützten, dass sich Technokraten dem einstigen Friedensprojekt Europa bemächtigen konnten. Seit dem Lisabon-Vertrag 2007 sind sie dabei, ohne demokratisches Mandat eine zentralistische EU – einen EU Superstaat – zu konstruieren, was nichts anderes als einen totalen Systemwechsel bedeutet.
Der britische Finanzexperte Anatole Kaletsky schrieb vor der Einführung der EU-Gemeinschaftswährung, dass der Euro als politischer Preis für die deutsche Wiedervereinigung erhoben worden sei und verhindern sollte, dass die BRD Eigeninteressen ausüben könne. Mittlerweile ist die monetäre Integration der EU auf Kosten der BRD als erste Etappe des Systemwechsels abgeschlossen. Dabei blieb bislang weitgehend unerwähnt, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble die Gemeinschaftswährung bereits 2009 mit 150 Milliarden Euro aus der deutschen Staatskasse stabilisierte.
Im Zuge des drohenden Kollaps des internationalen Finanzsystems als Folge der Pleite des Bankhauses Lehmann 2008, haben die europäischen Nationalparlamente allen voran Deutschland die Verantwortung für die Finanzpolitik an private Banken ausgesourct. Berater mit Doppelmandaten wie Brücke-Mitglied Alexander Dibelius, der bis Oktober 2014 dem Vorstand von Goldman Sachs vorsaß und zeitgleich Berater von Merkel war, vertraten nicht Bürger-Interessen, sondern die der eigenen Branche.

„Experten sehen Parallelen zwischen dem „Schattenbankensystem“ in 1907 und der aktuellen Finanzkrise, in der allein die FED die Liquidität der Kreditmärkte kurzfristig durch die Bereitstellung von 700 Milliarden Dollar sichern musste.“

Banker unterstützen Politiker

„Je größer die Krise umso größer werden die Fähigkeiten Veränderungen durchzusetzen“, unkte Schäuble im Zuge der Euro-Rettung in Anspielung auf ein Zitat von David Rockefeller. Der Unterton des Originals klingt resoluter: „Wir benötigen lediglich eine ausgewachsene Krise und die Nationen werden eine Neue Weltordnung akzeptieren.“ Petrodollar-Trillionär Rockefeller wird sich bei seinen Worten an das Jahr 1907 erinnert haben. Fast exakt 100 Jahre vor der Lehmann-Insolvenz kam es durch den plötzlichen Zusammenbruch der Knickerbocker Trust Company in New York City – die J.P. Morgan & Company verweigerte dem taumelnden Bankhaus einen Rettungskredit – zu einer Panik auf den US-Finanzmärkten. Experten sehen Parallelen zwischen dem „Schattenbankensystem“ in 1907 und der aktuellen Finanzkrise, in der allein die FED die Liquidität der Kreditmärkte kurzfristig durch die Bereitstellung von 700 Milliarden Dollar sichern musste. Zwar existierte die FED 1907 noch nicht, aber die Panik wurde zum zentralen Katalysator für die Schaffung der US-Notenbank mit den Hauptakteuren J.P. Morgan, der sich durch den Knickerbocker-Zusammenbruch eines maßgeblichen Konkurrenten entledigte, und Paul Warburg.
Doch zurück zur aktuellen Finanzkrise: Bei Schäuble hat das Schreckensszenario Lehmann volle Wirkung entfaltet, ging er doch soweit, die no Bail out Klaisel im Masstricht-Vertrag und damit europäisches Recht zu brechen. Ergebnis ist heute, dass deutsche Bürger für Summen haften, die einst etwa als Staatsanleihen in den Büchern der Banken standen, die das Wirtschaften auf Pump erst salonfähig machten, dann etwa Griechenland durch gefälschte Expertisen den Beitritt in die Euro-Währungszone ermöglichten, um im Anschluss die Euro-Rettung zu initiieren. Während Entscheidungen in Gremien mit wohlklingenden Namen wie Troika hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurden, blieb Ländern wie Griechenland gar nichts anderes übrig als deren Austeritätspolitik zu akzeptieren und gleichzeitig zu verarmen.

Finanz-Krise bewusst konstruiert

Ob 1907 oder 2008 – in beiden Fällen beförderte der – kalkulierte – Zusammenbruch eines Bankhauses also die Revision und Neuordnung des bestehenden Finanzsystems. Auf Basis einer Blaupause also profitierten unter dem Strich jene von der Krise, deren spekulative Geldvermehrung erst zum Desaster führte. Darunter auch die Banken, die Besitzer der FED sind und deren Einfluss bis in einen deutschen Verein mit dem Namen AB und deren prominente Mitglieder wie Roland Berger, Chef der gleichnamigen Strategie-Beratung, BDI-Präsident Ulrich Grillo oder VW-Chef Martin Winderkorn reicht.
Autor Udo Ulfkotte gibt Auskunft über Vorgänge, die parallel die deutsche Medienlandschaft veränderten. So habe Merkel Chefredakteure deutscher Leitmedien ins Kanzleramt bestellt und eingefordert, angesichts der Befürchtung, dass Bürger – wie 1907 – massen-

haft ihre Konten räumen könnten, aus Staatsräson nicht mehr über die Tatsachen zu berichten. Doch anstatt diesen Eingriff in die Pressefreiheit zu kritisieren, finden Journalisten Gefallen an der neuen Funktion für Regierungspropaganda, stellen Lesern nicht länger unabhängige Informationen zur Meinungsbildung bereit, sondern schreiben die Euro-Rettungspolitik bis heute schön.
So auch die Pläne für eine Bankenunion, die mit Druck voranschreiten. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, erklärte im März die Bankenaufsicht sei etabliert und der Bankenabwicklungsfonds (SRM) werde folgen. Dieser soll bis 2016 mit 55 Milliarden Euro aus den Kassen europäischer Geldinstitute aufgefüllt werden und ein System schaffen, in dem sich Eigentümer und Gläubiger zuerst an der Rettung eines Instituts beteiligen. Steuerzahlergelder würden nicht mehr zur Bankenrettung bereit gestellt werden.

Schäuble kämpft gegen das eigene Volk

Auch das deutsche Kabinett hat dem Gesetzespaket zugestimmt, das den SRM in deutsches Recht umsetzt. Es sieht vor, dass zunächst Aktien- und Anleihebesitzer sowie ungesicherte Gläubiger mit Einlagen über 100.000 Euro für Verluste und Kosten der Stabilisierung einer Bank aufkommen und der Steuerzahler so geschont werde. Wie passt aber dazu, dass sich Ende 2012 allein die ausfallgefährdeten Kredite südeuropäischer Banken auf 876 Milliarden Euro summierten, wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) berechnete?
Diese Dissonanz beschäftigte auch Schäuble und seine Berater. Daher verständigte er sich mit den EU-Finanzministern noch im Februar darauf, den Euro-Rettungsfonds (ESM) für die direkte Rekapitalisierung von Banken zu nutzen, falls ein Staat dies mangels eigener Finanzkraft nicht leisten kann. Damit ist ein nächstes Etappenziel im Systemwechsel erreicht und Banker profitieren erneut: Sie können die Einlagen ihrer Kunden und das Geld der Steuerzahler abgreifen.
Der Brüsseler Polit-Berater, Robert Cooper, resümiert: Die monetäre Integration sei genau dadurch erreicht worden, dass die Geldpolitik den Politikern aus den Händen genommen und den Technokraten übergeben worden sei. Und die machen weiter Druck oder um es mit EU-Funktionär Elmar Brok zu sagen: „Das Feld darf nicht Detailfreaks überlassen werden. Es muss ständige Aufgabe der Politik sein, zu Ergebnissen zu drängen." Nächstes Etappenziel ist eine EU-Wirtschaftsregierung, die den nationalen Parlamenten die Hoheit über die eigenen Haushalte abnehmen will.

Willkommen in der Technokraten-Ära

Ein fundamentaler Wechsel vollzog sich auch in der gemeinsamen EU Aussen- und Sicherheitspolitik. Vom Friedensprojekt Europa hat sich der Brite Cooper, der seit 2010 die EU-Sicherheitsbeauftragte Catherine Ashton berät, verabschiedet: „Die weitreichendste Form imperialer Ausdehnung ist die der EU. Die europäische Antwort auf Bedrohungen bestehe darin, das System immer weiter auszudehnen."

Obwohl das westliche Verteidigungsbündnis NATO und die EU erfolgreich über ehemalige Blockgrenzen hinweg expandierten, sind gegenwärtig Russland und die Ukraine das Experimentierfeld einer Aussenpolitik, die sich auf die rauen Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen müsse, wie Cooper weiter detailliert. Er meint damit: Gewalt, preemptive Angriffe und Täuschung. Auch Russland steht als potenzielle imperiale Gefahr in Positionspapieren der AB. Es ist daher verständlich, dass Vorsitzender Merz über Fragen nach dem Sinn und Zweck von Militäreinsätzen sinniert: „Was ist das Ziel der Auslandseinsätze und welchen Zustand wollen wir erreichen?" Sein Kollege Friedbert Pflüger (CDU), Ex Staatssekretär im Bundes-Verteidigungsministerium und im AB-Incentive-Programm Young Leaders, sieht gar die Ära eines „neuen Imperialismus". Angesichts knapper werdender Ressourcen würden Kriege unausweichlich.

Ukraine als konstruierte Krise

Auf einen solchen steuert die Ukraine im Extremfall gerade zu. Ziel der USA und der EU war stets der Ukraine-Beitritt zum euroatlantischen System im Zuge einer expansiven Politik, die auf Druck des IWF 2010 mit einem Reformprogramm in Sachen Privatisierung und Deregulierung begann. Ein Beitritt der Ukraine, deren bedeutendster Handelspartner die EU ist und die BRD nach den USA zweitwichtigster Investor, würde Russland eine EU-Außengrenze entgegensetzen, so die Strategie.
Möglichst geräuschlos sollte ein Assoziierungabkommen ratifiziert werden, das die Beziehungen in Handel, Energie- und Außenpolitik regelt. Doch was als Kommandoaktion jenseits der Öffentlichkeit geplant war, geriet zum Fanal. Denn in Artikel 7 des Vertrags steht, dass die „Parteien den Dialog intensivieren, um sich für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzusetzen."
Dieser Passus, um den die Mehrzahl der Medien entweder nicht wusste oder ihn aber ignorierte, war mitverantwortlich für die Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin im März die Krim völkerrechtlich umstritten zu annektieren.
Seitdem tobt in den Medien die Schlacht um die Meinungshoheit. Publizistischen Leadership hat Kai Diekmann bewiesen, als seine BILD Zeitung, eine ideologische Kluft zwischen Proatlantiker und Putin-Versteher schlug. Zur propagandistischen Höchstleistung lief auch Claus Kleber in einem Interview zum Moskau-Besuch von Siemens-Chef Joe Käser auf: Dessen Besuch setze ein Zeichen gegen alles, was von NATO über EU und OSZE gegen Russland unternommen werde. Ob ihm nicht entgangen sei, dass er alles konterkariere, was die westliche Politik versuche aufzubauen, nämlich eine Kulisse, die Russland sagt, es gibt ein Verhalten, dass nicht toleriert wird, für das ein Preis bezahlt werden müsse.

Claus Kleber wird zum Propagandisten

Der Preis, den Kleber für den Aufbau dieser Kulisse zahlt, ist der

Joachim Gauck, Foto: Energie-Agentur NRW (CC3.0)

Verlust der journalistischen Unabhängigkeit. Anstatt die US-Expansionspolitik und die Rolle der EU innerhalb dieser zu hinterfragen, gaben Medien ihre Rolle als vierte Gewalt in der BRD freiwillig auf. Sie akzeptieren, die Macht der Mächtigen nicht länger zu hinterfragen, sondern lassen sich zur Machtsicherung instrumentalisieren, indem sie in Sachen USA, EU, Euro sowie Globalisierung und Menschenrechte kritiklos prowestlich berichterstatten.
Gewalt und Täuschung des Gegners – das Krim-Szenario basiert exakt auf den Mitteln, die Berater Cooper zuvor im Blick auf die EU-Verteidigungspolitik erwähnte. Weil weiterhin Waffen über die Grenze in den Osten der Ukraine gebracht würden, habe sich auch Merkel und die EU für Sanktionen gegen Personen aus dem Machtzirkel Putins, gegen Organisationen und gegen die russische Wirtschaft ausgesprochen.
Um die Reihen der deutschen Wirtschaft zu schliessen und der Kanzlerin in Sachen Boykott öffentlich den Rücken zu stärken, telefonierte AB-Mitglied Eckhardt von Klaeden, Chef für Politik und Außenbeziehungen der Daimler AG, mit BILD-Chef Kai Diekmann. Etwas später ist dann in der BILD zu lesen, dass Daimler-Chef Dieter Zetsche trotz potenzieller Marktanteilsverluste schärfere Sanktionen gegen Russland nicht ablehne. „Es gilt ganz klar das Primat der Politik. Die Wirtschaft hat sich auf die Bedingungen einzustellen, die die Politik setzt – unabhängig von den direkten Konsequenzen", so der Manager. Und die setzt auf im Zuge des Kampfs um die Städte Lugansk und Donezk weiter auf Eskalation. Während die prowestliche Führung in Kiew die Kapitulation der Separatisten fordert und einen von ihnen vorgeschlagenen Waffenstillstand ablehnt, warnen US-Präsident Barack Obama und die Bundeskanzlerin Russland vor einer Intervention unter dem Vorwand humanitärer Hilfe. Vor dem Hintergrund angeblich aggressiver

Von Thomas Pritzl - Publiziert: 28.04.2015 (11:18) - Aktualisiert: 9.5.2015 (19:36)

russischer Militärmanöver zitiert die SZ den ukrainischen Präsidenten Poroschenko mit den Worten: „Sie wollen den totalen Konflikt."
Mit martialischer Wortwahl multiplizieren Journalisten der SZ oder der FAZ – Frankenberger etwa wird in einer Studie zu den am engsten mit Elitezirkeln vernetzten Journalisten gerechnet – in Sachen Sicherheit oder Verteidigung bereitwillig die Positionen transatlantischer Interessenzirkel in der Öffentlichkeit. Es ist aber „Die Zeit", die sich unter den Mainstream-Leitmedien besonders hervorhebt, was sicherlich auch damit zu tun hat, dass gleich mehrere ihrer Redakteure der AB anempfohlen wurden.

Zeit-Journalisten in Amerika

Unter ihnen Marc Brost, im Incentive-Programm Young Leaders, sowie Martin Klingst, der das Washingtoner Büro leitet, was zuvor Thomas Kleine-Brockhoff leistete, der im Anschluss Direktor des German Marshall Funds (GMF) wurde, um letztlich von Bundespräsident Gauck zum amtierenden Chef seiner Stabsstelle Planung und Reden verpflichtet zu werden. Die US-Stiftung GMF schreibt sich seit 1972 die Förderung von Führungskräften, die sich auf dem Gebiet der transatlantischen Beziehungen engagieren, auf die Fahne. In Washington enstand auch ein Gastartikel, den sein Kollege Jochen Bittner in der bedeutendsten US-Zeitung New York Times im November 2013 publizierte, um darin nicht nur Deutschlands Pazifismus zu verurteilen, sondern dafür zu plädieren, dass die BRD verstärkt militärische Verantwortung übernehmen solle. Dieser Artikel war der Startschuss für eine von der AB und weiteren proatlantischen Elitegesellschaften unterstützte Kampagne, die einem verstärktem militärischen Engagement der BRD als Mittel der Politik den Boden bereiten soll.
Bittners Forderungen sind sinnverwandt mit Ergebnissen der Studie „Neue Macht – neue Verantwortung", an deren Erarbeitung das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium, die Daimler AG, die Bertelsmann Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der BDI beteiligt waren und die die regierungsnahe Denkfabrik Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) gemeinsam mit dem GMF im September 2013 veröffentlichte.

Journalisten im Gespann mit Politikern

Die Autoren zeichnen ein recht simplifizierendes Weltbild: Die USA können sich Einsätze zur Sicherung der „guten Ordnung" in der Welt immer weniger leisten und suchen potente Mitstreiter gegen Störenfriede. Deutschland profitiert wie kaum ein anderes Land von der friedlichen, offenen und freien Weltordnung. Gleichzeitig ist es abhängig von deren Funktionieren und verwundbar für die Folgen von Systemstörungen, da es die Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen brauche. Fazit: Deutschland muss künftig entschiedener militärisch Verantwortung übernehmen.
Zentrale Thesen der Studie fanden auch Eingang in den Koalitionsvertrag der sich gerade konstituierenden neuen Bundesregierung. An den Beratungen war neben Frank-Walter Steinmeier (SPD) auch AB-Young Leader Thomas de Maizière (CDU) beteiligt, der schon als früherer Verteidigungsminister eruieren wollte, wie die Pflicht der parlamentarischen Zustimmung zu deutschen Militärmissionen begrenzt werden könne. Im Sommer 2014 konnte der amtierende Innenminister dann Vollzug vermelden: Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD setzen die „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr" ein. Den Vorsitz hat Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU). In einem Gastbeitrag in der FAZ ließ er keinen Zweifel daran, dass er die Kommissionsarbeit im Sinne der neuen Rolle Deutschlands und die Sicherung der Parlamentsrechte als deren Abbau interpretieren werde. Angesichts der strategischen Bedeutung des Themas, kann es als sicher gelten, dass AB-Mitglieder auch die Rollen für ein erfolgreiches öffentliches Agenda-Setting verteilten: Dabei wie gewohnt im Hintergrund die Kanzlerin, Bundespräsident Joachim Gauck übernimmt die Rolle des Provokateurs, um die Stimmung in der Bevölkerung zu sondieren, Unterstützung kommt aus dem Aussen- und Verteidigungsministerium, Altkanzler Schmidt besänftigt – wenn nötig – anschließend die Gemüter.
Es ist dann nicht mehr verwunderlich, dass sich zentrale Passagen beziehungsweise Formulierungen der Studie nicht nur in Artikeln Jochen Bittners wiederfinden, der neben FAZ-Redakteur Nikolas Busse schließlich an dem Papier mitgearbeitet hat, sondern auch im Redemanuskript des Bundespräsidenten, für dessen Redaktion Ex-Zeit-Journalist Kleine-Brockhoff zuständig war, der als damaliger GMF-Direktor ebenfalls in die Erarbeitung der Studie involviert war. Das Forum der 50. Münchner Sicherheitskonferenz Ende Januar 2014 war der perfekte Anlass für Gauck, einer offensiveren Rolle der BRD in der Globalpolitik das Wort zu sprechen: Deutschland sei überdurchschnittlich globalisiert und profitiere deshalb überdurchschnittlich von einer Weltordnung, die Interessen mit Werten verbindet. Aus dem leite sich das wichtigste außenpolitisches Interesse ab: dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. Und gerade weil die USA nicht mehr leisten könnten, müssten Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.

Gauck der Gaukler

Gauck tritt damit für die BRD als „guter Hegemon" im EU-Zentrum ein, eine Sichtweise zu der sich auch andere AB-Vereinsmitglieder wie Friedbert Pflüger bekennen. Da er seine Rede mit Frank-Walter Steinmeier und Ursula von der Leyen abgestimmt hat, überrascht es nicht, dass beide seine Positionen ergänzen. Während die Verteidigungsministerin den Akzent auf moralische Verantwortung legte, stellte Steinmeier klar: „Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch entschiedener einzubringen. Der Einsatz von Militär ist äußerstes Mittel."
Damit war das Thema in der Öffentlichkeit gesetzt und die in der Studie präsentierte transatlantische Weltanschauung zur deutschen Regierungspolitik erklärt.
Auf Verständnis in der Bevölkerung für mehr Militärengagement müssen Gauck und Regierung indes weiter warten, haben Bürger doch erkannt, dass die Forderung gleichzeitig eine Änderung der militärischen Doktrin der BRD von einer Verteidigungs-, hin zu einer Angriffsarmee bedeutet. Laut einer aktuellen ARD-Umfrage lehnen 61 Prozent der Befragten weitere militärische Auslandseinsätze ab, nur 30 Prozent sind dafür. Trotz dieser Umfrage behauptet die FAZ: Das allgemeine Lob für Gaucks Beitrag und die außenpolitische Debatte über Deutschlands internationale Rolle hätten eine bildende, sozusagen eine volkspädagogische Intention gehabt.
Anstatt für Konfrontationspolitik zu werben, hätte Gauck im Interesse der Volkspädagogik etwa anlässlich der 65 Jahr Feier des Grundgesetzes (GG) und besonders wegen des NSA-Skandals zu einer öffentlichen Lesung desselben einladen können. Er hätte bei dieser Gelegenheit darüber aufklären können, was es denn in Artikel 79 mit dem Begriff „besatzungsrechtliche Ordnung" auf sich hat und dass die BRD seit 70 Jahren unter Besatzungsrecht steht.

Immer neue Geheimnisse um NSA

Dass die NSA und andere westliche Geheimdienste in großem Umfang internationale Kommunikation abhören sowie Unternehmen und staatliche Stellen ausspionieren, machte im Juni 2013 Whistleblower Edward Snowden publik. Als der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) von den Aktivitäten erfuhr, reagierte er forsch: Wenn ein ausländischer Dienst den Internetknoten in Frankfurt anzapft, sei das eine Verletzung unserer Souveränitätsrechte.
Doch bei aller Empörung, Friedrich lag falsch. Für die NSA war und ist die BRD ganz legal Horchposten – ob als Frontstaat in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs oder als künftiger Hegemon im

Angela Merkel, Foto: Michael Thaidigsmann (CC4.0)

EU-Zentrum. Konrad Adenauer, der gut bekannt mit Allen Dulles, dem damaligen Direktor der Central Intelligence Agency (CIA) war, sicherte den Westalliierten in den 50er Jahren das Recht zu, den Post- und Fernmeldeverkehr zu überwachen sowie Geheimdienste mit Unterstützung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) außerhalb des deutschen Rechts zu stellen, wenn es Interessen erfordere, wie Historiker Prof. Josef Foschepoth nachweisen konnte.

In diese Zeit fällt übrigens auch die Gründung des Bundesnachrichtendienstes (BND) als Nachfolger der Organisation Gehlen. Reinhard Gehlen war Hitlers Chef für Auslandsaufklärung. Er wechselte im Mai 1945 die Fronten, um für die USA im Nachkriegsdeutschland einen Geheimdienst, den späteren BND aufzubauen, der für die Aufklärung Osteuropas und Russlands verantwortlich sein sollte. Nach seiner Rückkehr aus den USA zwecks Entnazifizierung 1947 startete Gehlen eine Zusammenarbeit mit der übrigens im selben Jahr gegründeten CIA, in deren Rahmen 4000 Agenten, unter ihnen zahlreiche Ex-Nazis, für die Dauer des gesamten Kalten Krieges zu den einzigen US-Informanten in den Ex-Ostblockstaaten wurden.

Deutsche und US-Geheimdienste sind identisch

Noch ein Wort zu Prof. Foschepoth. Er hat recherchiert, dass die erste Große Koalition 1968 das GG zwar geändert hat, um durch das G-10-Gesetz Eingriffe in das Post- und Fernmeldegeheimnis neuzuregeln. Die Koalitionäre liessen indes unerwähnt, dass ein Zusatzvertrag zum NATO-Truppenstatut von 1959 die gleichen geheimdienstlichen Rechte längst sicherte. Die BRD darf wegen des Besatzungsstatus abgehört werden und Snowden müsste bei Betreten deutschen Bodens wohl gar an die USA ausgeliefert werden.

Für das Thema G-10 ist im Bundestag ein geheim tagendes Parlamentarisches Kontrollgremium zuständig. Doch um seiner Aufgabe nachzukommen, ist es auf Informationen von BND und BfV angewiesen. Letzteres ist gerade dabei, die Zusammenarbeit mit CIA und NSA auszuweiten: 2013 schickte das BfV 1163 Datensätze an die Amerikaner – allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es 400. Als BRD-Inlandsgeheimdienst arbeitet das BfV nur auf deutschem Boden und kann in der Folge nur im Inland erhobene Handynummern, Reisebewegungen und Aufenthaltsorte verdächtiger Personen an die USA weitergeben.

Der Großteil sei an die CIA und das Joint Issues Staff, also die CIA-Auslandsstellen in der Berliner Botschaft und dem Generalkonsulat in Frankfurt gegangen. Dort angesiedelt ist auch der Special Collection Service, jene CIA- und NSA-Spezialeinheit, die das Merkel-Handy ausgespäht haben soll. Bizarr daran ist, dass es eigentlich Aufgabe des BfV ist, ausländische Spionage in Deutschland zu verhindern und nicht mit ausländischen Diensten zu kooperieren.

Seit über vier Jahrzehnten müssen Betroffene wie etwa auch die Kanzlerin weder über eine Überwachung informiert werden noch können sie den Rechtsweg bestreiten. Die Exekutive erklärt, sie wisse von nichts oder sie dürfe nichts sagen, gleichzeitig ist die Legislative ausgeschaltet. Fazit: der angebliche Rechtsstaat BRD kann sich nicht kontrollieren. Trotz Ausspähung ihres Handys sollte über ein Jahr vergehen, bis aus ihrem Verständnis für die US-Praxis, öffentliche Kritik wurde und Taten folgten. Nachdem Ermittlungen gegen zwei mutmaßliche CIA-Spione beim BND aufgenommen wurden, entschloss Merkel sich, diese des Landes zu verweisen. Die USA reagierte verstimmt, umso mehr als Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) warnte, dass die Affäre auch TTIP gefährden könnte.

Merkel will TTIP um jeden Preis

Einen von der Opposition geforderten Verhandlungsstopp lehnt Merkel aber ab. Das Abkommen sei in deutschem Interesse und aus Sorge vor Terrorakten werde die Zusammenarbeit mit Geheimdiensten nicht infrage gestellt. Nach einem kurzen politischen USA Brüskierungs-Manöver hat sie auf business as usual zurückgeschaltet und zur proatlantischen Linie zurückgefunden, zu deren Promotion die AB übrigens im gleichen Jahr wie die NSA gegründet wurde.

Problemverwandt in Sachen Geheimdienste ist der Skandal um die Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Nach deren Auffliegen 2011 startete die (politische) Aufarbeitung, bei der Details der Mordserie an neun türkisch- oder griechischstämmigen Kleinunternehmern und Ermittlungspannen ans Licht kamen. Brisant ist, ob ein Ex-V-Mann dem BfV schon 1998 einen Tipp auf die Neonazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe, denen die Morde angelastet werden, gegeben hat und ob das BfV Geld an die Terroristen geschickt habe. Da die Ermittlungsakte vernichtet ist, können die tatsächlichen Zusammenhänge nie aufgeklärt werden.

Thomas de Maizière als williger Helfer

Die vom Bundestags-Untersuchungsausschusses vorgeschlagenen Konsequenzen: Mehr Kompetenzen für den Generalbundesanwalt und eine adäquate Informations-Auswertung beim BfV, die zuvor offenbar nicht gewährleistet war. Während Innenminister de Maizière eine Neuorganisation der Verfassungsschutzarbeit nicht beabsichtigt, fordert Historiker Forschepoth, zumindest die GG-Änderung 1968, die bis heute die flächendeckende Überwachung ermöglicht und die Gewaltenteilung aushebelt, zurückzunehmen. Gehör verschaffen konnte er sich bislang nicht. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung und knapp 70 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg plaudern unsere Politiker zwar gerne in der inszenierten Öffentlichkeit darüber, dass unsere Nation eine reife Demokratie sei, aber eine öffentliche Debatte, wie souverän oder fremdbeeinflusst die BRD tatsächlich ist, soll nicht stattfinden. Es muss daran erinnert werden, dass das GG dem staatlichen Leben nur für eine Übergangszeit eine Ordnung geben sollte. Nämlich solange, bis die „Einheit und Freiheit Deutschlands“ in freier Selbstbestimmung über eine Verfassung vollendet sei, wie es rechtlich einforderbar in der Präambel des GG sowie in Artikel 146 heisst.

Doch obwohl eine solche Verfassung auch für Klarheit in einigen der Skandale sorgen kann, ist von unseren Politikern zu diesem Thema nichts zu hören. Sie treiben vielmehr das Ende der Nationalstaaten in einer zentralisierten EU voran. Daher spricht Schäuble stets von der Auflösung Deutschlands Grenzen in der EU und darüber, dass in der Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts unsere Interessen besser durch die Übertragung von Souveränität auf die europäische Ebene gesichert werde. Die seelenverwandte Forderung des EU-Präsidenten Martin Schulz auf einer Veranstaltung der AB hört sich so an: „Wenn Europa global Einfluss nehmen möchte, müsse es eine echte europäische Regierung schaffen.“ Thomas Piketty stellt in seinem Buch „Kapital im 21. Jahrhundert“ die These auf, die westliche Welt werde von den Erben reicher Leute beherrscht. Er hätte genauer formulieren können: Die westliche Welt wird von den Erben reicher Leute, deren Macht- und Profitgier sowie semigeheimen Seilschaften dominiert.

Autor:

Thomas Pritzl

Hat für Stern, Stern TV, RTL, Capital, Handelsblatt und Wirtschaftswoche gearbeitet. Er betreibt jetzt seinen eigenen Blog zum Thema Medien und Demokratie im Netz.
http://vonwegenmediendemokratie.blogspot.de/

‹http://free21.org/de/node/248›

Von Thomas Pritzl - Publiziert: 28.04.2015 (11:18) - Aktualisiert: 9.5.2015 (19:36)

Neues aus **Absurdistan**

Eine Chronologie der deutschen Staatskrise als Folge des BND-Skandals. **von Florian Hauschild**

(alle Fotos dieses Artikels: Markus Winkler/Flickr/CC2.0)

Was ist eigentlich los in diesem Land? Die Geheimdienste haben sich offensichtlich längst jeder demokratischen Kontrolle entzogen. Zugegeben, der NSA-Untersuchungsausschuss ist da noch ein letzter Fels in der Brandung. Doch die politische Kaste, die das Land regiert, versucht auch dem parlamentarischen Kontrollgremium Steine in den Weg zu legen. In der gestrigen aktuellen Stunde des Bundestages zum Geheimdienst-Skandal offenbarte Martina Renner, Obfrau für die Partei DIE LINKE im NSA-Untersuchungsausschuss: „Wir werden als Aufklärer im NSA-Untersuchungsausschuss durch Herrn Altmaier bedroht."
Gleichzeitig warf Renner der Regierung vor, in den kleinen Anfragen der Opposition zum Thema geheimdienstliche Wirtschaftsspionage durch das BND-NSA-Konglomerat zu lügen.
Angela Merkel schweigt derweil so laut, dass der Spiegel Online-Kolumnist Sascha Lobo die Aufgabe übernehmen musste der Regierungschefin eine ehrliche – und damit auch fiktive – Regierungserklärung zu verfassen. Innenminister Thomas de Maizière, von den Mainstream-Medien bereits als Bauernopfer des BND-Skandals auserkoren, macht derweil den Pofalla und erklärt mal eben die Vorwürfe gegen sich für beendet. Die gesamte Regierung macht sich überdies endgültig zum Büttel der USA und will erst in den Vereinigten Staaten anfragen, ob dem parlamentarischen und demokratisch legitimierten Untersuchungsausschuss sein Recht gewährt werden darf, die Selektorenliste einzusehen. Diese Liste belegt in welchem Umfang der BND seinen Partnerdiensten geholfen hat und weiterhin hilft deutsche und europäische Politiker und Unternehmen auszuspionieren.

Der Bundesnachrichtendienst versucht indes seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen und kündigte gestern an, Daten aus Bad Aibling nur noch bei begründeten Anfragen an die NSA zu liefern. Die Meldung kann durchaus als Nebelkerze gewertet werden. Einerseits bleibt die Frage offen, ob die NSA dann einfach zusammen mit den Selektoren künftig auch irgendwelche Gründe an den BND übermittelt, anderseits findet der Datenaustausch ohnehin weiter auch auf anderen Wegen statt.
In dem Artikel „Doppelagent Steinmeier enttarnt" legte der Rechtsanwalt Markus Kompa bereits im Oktober des vergangenen Jahres dar, wie unter der Ägide des damaligen Kanzleramtsministers und heutigen Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD) seit dem Jahre 2004 ein NSA-Bypass am weltweit größten Internetknotenpunkt DE-CIX in Frankfurt gelegt wurde. Die Operation lief unter dem Code-Namen „Eikonal".
Steinmeier steht ohnehin schon zusammen mit Angela Merkel, Thomas de Maizière, Ronald Pofalla und Peter Altmaier im politischen Zentrum der aktuellen Vorwürfe, und ist damit der einzige SPD-Politiker dessen Karriere aufgrund der derzeitigen Verwicklungen wohl bald ein jähes Ende finden wird. Dies ist offenbar auch SPD-Chef Sigmar Gabriel klar, der sich bemüht eine Brandmauer zu den politisch Verantwortlichen des Skandals zu ziehen und dafür offenbar auch bereit ist einerseits seinen Genossen Steinmeier über die Klinge springen zu lassen, wie auch die Restglaubwürdigkeit von Angela Merkel zu opfern. Am Montag verkündete Gabriel, die Kanzlerin habe ihm zweimal versichert der BND beteilige sich nicht an Wirtschaftsspionage. Niemand der sich auch nur ansatzweise mit der Thematik beschäftigt, kann glauben, dass Merkels Aussage der Wahrheit entspricht. Gabriel muss hier in der Tat nicht nur als Wirtschaftsminister Verantwortung übernehmen, sondern will nach eigener Aussage auch verhindern, dass seine Partei „in diesen Sumpf hineingezogen" wird. Nüchtern betrachtet muss hier allerdings eher von einem mühsamen Herausstrampeln aus dem Sumpf gesprochen werden. Ob dies gelingen kann, bleibt offen.
Den interessierten Bürgern wurde derweil vor Augen geführt, dass es ja auch noch weitere Geheimdienste gibt, in diesem Land. So etwa den Militärischen Abschirmdienst (MAD). Wie Spiegel Online berichtete, wurde dieser von hohen Beamten unter Ursula von

> *„In dem Artikel ‚Doppelagent Steinmeier enttarnt' legte der Rechtsanwalt Markus Kompa bereits im Oktober des vergangenen Jahres dar, wie unter der Ägide des damaligen Kanzleramtsministers und heutigen Außenministers Frank-Walter Steinmeier (SPD) seit dem Jahre 2004 ein NSA-Bypass am weltweit größten Internetknotenpunkt DE-CIX in Frankfurt gelegt wurde."*

der Leyen (CDU) im Bundesverteidigungsministerium in Komplizenschaft mit den Waffenproduzenten von Heckler & Koch angestiftet, Jagd auf Journalisten zu machen, die seit 2012 kritisch über das fehleranfällige Bundeswehr-Sturmgewehr G36 berichteten. Außerdem sollten Whistleblower ausfindig gemacht und ausgeschaltet werden.
In Stefan Kuzmanys Kommentar „Geheimdienst-Pläne gegen Journalisten: Von der Leyen im Minenfeld“ auf Spiegel Online heißt es heute dazu:

(alle Fotos dieses Artikels: Markus Winkler/Flickr/CC2.0)

„Aber was tat die Ministerin Ursula von der Leyen, nachdem ihr Büro im März 2014, drei Monate nach ihrem Amtsantritt, in aller Ausführlichkeit über die problematischen Pläne ihrer Leute informiert worden war? Was unternahm sie gegen ihre fatal fehlgeleiteten Untergebenen? Nichts.

Nun gut, einige der antidemokratischen Landesverteidiger sind mittlerweile im Ruhestand, die konnte sie nicht mehr hinauswerfen. Aber den maßgeblichen Drahtzieher dieser geplanten Operation und einen seiner Adlaten entließ sie nicht etwa unehrenhaft und mit sofortiger Wirkung – sie versetzte den Abteilungsleiter lediglich an andere Stelle, wo er weiterhin seinen Sold erhält als angeblicher Diener dieses Staates und seiner Verfassung. Einer seiner Untergebenen, beteiligt an der Affäre und besonders auf die Presseverfolgung erpicht, arbeitet heute noch in der Abteilung, die für die Ausrüstung der Soldaten zuständig ist – in enger Kooperation mit der Rüstungsindustrie.“

Kurz zusammengefasst stellt sich der MAD-Skandal in etwa wie folgt dar: Heckler & Koch stellt ein Gewehr her, das die Soldaten der Bundeswehr in einem möglichen Einsatz de facto ans Messer liefert, weil es nicht richtig schießt und als Journalisten diesen Gegebenheiten auf die Spur kommen, fällt von der Leyens Ministerium nichts besseres ein als den Militärgeheimdienst aufzufordern, die in der Sache recherchierenden Journalisten zu stoppen. Gleichsam ein Verrat am demokratischen Grundrecht der Pressefreiheit, wie auch ein Spiel mit Leib und Leben der Soldaten der Bundeswehr. Folgerichtig forderte die Fraktion der Partei Bündnis 90/Die Grünen heute einen neuen Untersuchungsausschuss, eben zu diesem Themenkomplex, und wird diesen wohl auch bekommen. Überraschender Ausgang

der kriminellen Anstiftung des MAD durch das Verteidigungsministerium und Heckler & Koch übrigens: MAD-Präsident Ulrich Birkenheier lehnte das Ansinnen ab und holte damit unerwartet ein paar Image-Pluspunkte für den deutschen Geheimdienst-Moloch.

Die Piratenpartei veranstaltete unterdessen am 7. Mai eine Kundgebung mit dem Titel „Lasst Stühle wackeln am Kanzleramt – Stoppt den organisierten BND-Staatsterror“ vor Angela Merkels Amtssitz im Regierungsviertel. Anmelder Bruno Kramm, der Landesvorsitzende der Piratenpartei Berlin, verkündete in seiner Rede:

„Die primitiven Erklärungsmuster eines texanischen Einfaltspinsels sind seit den 9/11 Anschlägen ihr Reim auf alles. Egal ob Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft, lücken- und anlassloses Ausspähen aller digitalen Sphären unserer Gesellschaft – und jetzt sogar der kriminelle Datendiebstahl und Einbruch in Konzerne und die Kommunikation unserer europäischen Nachbarn, das Morden durch anonyme Drohnen, das über und mit Hilfe unserer Dienste koordiniert wird. – Alles geschieht zu unserem Besten und zum Schutz vor Terror? Sie haben Blut an den Händen Frau Merkel. Es ist genug, wir wackeln an Stühlen“.

Während in Frankreich, begründet mit dem Anschlag auf die Redaktion des Satire-Blattes Charlie Hebdo, jüngst ein neues Big Brother-Gesetz verabschiedet wurde, das die Totalüberwachung der Bürger erlaubt, stellt sich nun die Frage ob die deutsche Bevölkerung ebenfalls bereit ist eine solche Politik hinzunehmen, oder ob erste Bundesbürger vielleicht einmal beginnen zu fragen, wem sie da eigentlich politische Verantwortung über ihre ureigenen Belange und Grundrechte anvertraut haben? Es bleibt also spannend.

Quellen:

Bundestag: „BND & NSA – Notwendigkeit & Grenzen“ – Aktuelle Stunde im Bundestag – PHOENIX – 7.5.2015: *<https://youtu.be/1AfLQcFiPUs?t=19m58s>*
Heise.de: Doppelagent Steinmeier enttarnt: *<http://www.heise.de/tp/news/Doppelagent-Steinmeier-enttarnt-2411623.html>*
Finanznachrichten.de: stern: MAD-Präsident weigerte sich, gegen G36-Kritiker vorzugehen *<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2015-05/33642087-stern-mad-praesident-weigerte-sich-gegen-g36-kritiker-vorzugehen-007.htm>*
Pastebin.com: Rede von Bruno Kramm: *<http://pastebin.com/jF2RPc8L>*

Autor:

Florian Hauschild

Florian Hauschild ist Journalist und Blogger und auch in der Friedensbewegung aktiv. Florian Hauschild arbeitet jetzt als Redakteur bei RT Deutsch.
www.rtdeutsch.com
www.twitter.com/f_hauschild

‹http://free21.org/de/node/262›

Klartext aus Amerika: US-Think-Tank benennt offen imperiale Ziele

George Friedman bestätigt, dass die USA seit mehr als 100 Jahren daran arbeiten, einen Keil zwischen Deutschland und Russland zu treiben. **Von Wolfgang Effenberger**

Der Gründer und Vorsitzende des führenden privaten US-amerikanischen Think Tanks „STRATFOR“ (Abkürzung für „Strategic Forecasting Inc.“) George Friedman bestätigte am 4. Februar 2015 vor dem „Chicago Council on Global Affairs“, dass die USA seit mehr als 100 Jahren eine deutsch-russische Zusammenarbeit mit allen Mitteln verhindern wollen. Für England war ab 1871 das vereinte und wirtschaftlich aufstrebende Deutschland die Hauptgefahr. Und seit 1871 ist einer Elite der angelsächsischen Länder jedes Mittel recht, um eine starke Mittelmacht in Europa zu verhindern: Wirtschafts- und Handelskriege, Intrigen, gezielte Destabilisierungsmaßnahmen.

Das Video von Friedmans Vortrag ist entlarvend und ein weiterer Beweis dafür, wie genau die Autoren des Buches „Wiederkehr der Hasardeure – Schattenstrategen, Kriegstreiber und stille Profiteure“, Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer, recherchiert haben.

George Friedman bestätigt, dass die USA seit mehr als 100 Jahren daran arbeiten, einen Keil zwischen Deutschland und Russland zu treiben.

In einer für die Europäer erschütternden Offenheit legte Friedmann in Chicago die strategischen Ziele der USA in Europa auf den Tisch und machte gleich am Anfang deutlich, dass die USA keine „Beziehungen“ mit „Europa“ haben. Es gäbe nur bilaterale Beziehungen zu den europäischen Staaten. „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten

George Friedman bei seiner Rede im Februar (Screenshot)

Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland... Seit einem Jahrhundert ist es für die Vereinigten Staaten das Hauptziel, die einzigartige Kombination zwischen deutschem Kapital, deutscher Technologie und russischen Rohstoff-Ressourcen, russischer Arbeitskraft zu verhindern.“

Schon 1919 gab es die Idee, einen Gürtel von Pufferstaaten zwischen Deutschland und Russland zu schaffen – den Begriff „Cordon sanitaire“ hatte der damalige französische Außenminister S. Pichon aus der Seuchenthematik in die politische Diskussion eingeführt. Der polnische Marschall Józef Pilsudski nannte es „Intermarium“. Bald erstreckte sich tatsächlich von Finnland über die baltischen Staaten und Polen bis Rumänien ein Staatengürtel, der die Sowjetunion vom übrigen Europa trennen sollte – angeblich zum Schutz vor der „bolschewistischen Weltrevolution“.

Um heute den Alptraum einer deutsch-russischen Kombination zu verhindern, wollen die USA auf die Idee von Pilsudskis „Intermarium“ zurückgreifen. Für Friedman ist Deutschland in Europa die unbekannte Variable.

Deutschland hat ein sehr komplexes Verhältnis zu Russland

Am 30. Dezember 1812 unterschrieb Generalleutnant Johann David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg zusammen mit dem russischen Generalmajor Hans Karl von Diebitsch die nach dem Vertragsort Tauroggen benannte Konvention zur Zusammenarbeit gegen Napoleon. Zwischen 1813 und 1815 konnten sie gemeinsam das napoleonische Joch abschütteln. Ein Jahrhundert später fügten sich beide Völker jedoch in zwei Weltkriegen gegenseitig ungeheures Leid zu. Nutznießer waren die Angelsachsen.

Fürchten die USA nun 200 Jahre nach Tauroggen wieder einen Befreiungskrieg gegen einen „Hegemon“?

Die Ziele Russlands scheinen recht klar: Die Ukraine darf kein prowestliches Land werden. Die Ziele Deutschlands sind nach Friedman noch nicht klar erkennbar. Sonst könne er schon sagen, wie die Geschichte in den nächsten 20 Jahren aussehen wird. Er sieht Deutschland im ewigen Dilemma:

Es sei wirtschaftlich enorm mächtig, aber gleichzeitig geopolitisch sehr zerbrechlich, „und sie wissen niemals, wie und wo sie ihre Exporte verkaufen können…unglücklicherweise müssen die Deutschen immer wieder eine Entscheidung treffen. Und das ist das ewige Problem Deutschlands.“

Abschließend streift Friedman die Geschichte und bemüht das große Vorbild Rom – diese Vorliebe ist ja auch für jeden sichtbar an den nach römischem Vorbild entstandenen Repräsentationsbauten in Washington. Schon lange sehen sich die USA als die rechtmäßigen Nachfahren der alten Römer, die so klug waren, keine Truppen in entlegene Regionen außerhalb des Römischen Imperiums zu entsenden. Dort wurden prorömische Könige eingesetzt. Diese Könige waren für den prorömischen Frieden verantwortlich. Nur die Imperien, die versuchten, direkt die okkupierten Gebiete zu regieren, solche Imperien scheiterten, wie es mit dem Nazi-Imperium der Fall war. „Da muss man schon klug

vorgehen", so der kluge Friedman. Das machen die USA in der Tat! Genial, wie die farbigen Revolutionen angezettelt und die Schleusen für den Krieg geöffnet wurden. Alles nach Drehbuch.

In der Ukraine sind die in Strategiepapier „TRADOC 525-5"(4) beschriebenen Eskalationsstufen gut zu beobachten: Aufruhr (Majdan), Krise (Slawjansk) und Konflikt (Krim). Die letzte Stufe wäre dann der überregionale Krieg, der uns bis jetzt gottlob erspart worden ist.

Weichenstellung nach dem Jugoslawienkrieg

Ende April 2000 veranstaltete das US-Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem American Enterprise Institut (außenpolitisches Institut der republikanischen Partei) in der slowakischen Hauptstadt Bratislawa eine Konferenz zu den Themen Balkan und NATO-Osterweiterung. Dort wurden den geladenen hochrangingen Vertretern mittel- und osteuropäischer Länder – Ministerpräsidenten sowie Außen- und Verteidigungsminister – die strategischen Ziele der USA unverblümt erläutert.

In seiner Funktion als Vizepräsident der OSZE-Versammlung war auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer geladen, der so alarmiert war, dass er sofort nach der Konferenz den amtierenden SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Brief (Abdruck im Buch „Wiederkehr der Hasardeure") (6) über die wahren Hintergründe des Jugoslawienkrieges und die künftigen geostrategischen Absichten der USA informierte – ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang.

Unter Pkt. 7 und Pkt. 8 heißt es da: „Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wieder herzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US-Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden." Dieser Plan wird seitdem konsequent umgesetzt.

2012 schickten die USA den Brzezinski-Protégé und Spezialisten für farbige Revolutionen Michael McFaul als Botschafter nach Moskau. Brzezinski, ein ausgewiesener Russlandhasser, möchte Russland aufbrechen und in 68 Teile zerschlagen. Friedman jedoch äußert sich moderater: „wir wollen die Russische Föderation nicht töten, sondern nur etwas verletzen bzw. Schaden zufügen". Seit dem 31. Juli 2014 ist John F. Tefft Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau. Er hat sich einen Namen als notorischer Unruhestifter und Experte für Regimewechsel gemacht. Seine Visitenkarte weist die Ukraine, Georgien und Lettland aus. Offensichtlich soll er jetzt die russische Bevölkerung gegen Präsident Putin aufbringen, damit dieser gestürzt wird. Die von außen inszenierte Krise des Rubels mit dramatischen Kursverlusten ist ebenfalls Teil der Strategie, in Russland einen Aufstand zu provozieren.

Abschließend beruhigt Friedman die Europäer: Europa werde zum menschlichen Normalfall zurückkehren und Kriege führen wie z.B. in Jugoslawien und der Ukraine. Er rechne aber nicht mit 100 Millionen Toten.

Dass diese Kriege von den USA losgetreten worden sind, verschweigt der Stratege geflissentlich. An dieser Stelle sollte an Obamas Rede unter dem Berliner Friedensengel vom 13.8.2008 erinnert werden. Aus der Sicht Joschka Fischers sprach Obama damals Klartext. Unter dem Jubel Hunderttausender sagte der US-Präsidentschaftskandidat: „Mit mir wird in Zukunft gemeinsam entschieden und dann gemeinsam gekämpft und, wenn es sein muss, auch gemeinsam gestorben."

Friedmans erschreckend eindeutige Äußerungen sollten auch dem Letzten klar machen, dass die USA keine friedliche Nation sind, wie immer behauptet wird. Sie sind vielmehr eine auf militärischer Übermacht basierende imperiale Macht, die hemmungslos – und oft auch gedankenlos – von ihrem militärischen Apparat Gebrauch macht. In dieser Beziehung ist der Vergleich mit dem römischen Reich durchaus angebracht.

Das römische Reich hat der Nachwelt aber auch die Erfahrung vom „Overstretch" als Mahnung hinterlassen. Diesen Punkt hatte Rom bereits in den Jahren 9 bis 16 a.D. erreicht – in Germanien, als der Versuch, die Elbe als Reichsgrenze zu etablieren, unter ungeheuren Verlusten scheiterte. Da war Rom auf dem Zenit seiner Macht, vergleichbar mit der Stellung der USA heute. Die USA sollten aufpassen, dass sich der Krieg in der Ostukraine nicht zur Varusschlacht ihres Imperiums entwickelt. Wenn es hier zum Äußersten kommt, wird Russland die gesamte Südostukraine an sich reißen und somit eine Landverbindung zur Krim herstellen. Von der Ukraine wird dann nur noch ein Torso übrigbleiben. Wenn dann die Ukraine, finanziell und materiell vom Westen unterstützt, sich auf eine ausgedehnte militärische Auseinandersetzung mit Russland einlässt, wird das zu ihrem völligen Ruin führen. Für die Ukraine wäre es am besten, Putins Idee eines neutralen Brückenstaates zwischen den Blöcken zu akzeptieren. Wir müssen alle mit unserer geostrategischen Lage klarkommen. Deutschland hat zwei Weltkriege gebraucht, um an diesen Punkt zu gelangen. Die Ukraine täte gut daran, aus den Fehlern anderer Länder zu lernen. Ein solches Verhalten ist allerdings selten in der Geschichte anzutreffen. Meistens besteht man darauf, die schlimmsten Fehler selbst zu begehen - bis der Schaden unerträglich wird.

Zum Schluß sei noch einmal Willy Wimmer zitiert, der am Ende seines Briefes an Kanzler Schröder resümiert:

„Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewußt und gewollt die als Ergebnis von 2 Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt. Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der zweite Weltkrieg nicht mehr fern. Ein Denken, das die eigenen Interessen so absolut sieht, kann nur totalitär genannt werden."

Als treuer Vasall der USA hat Deutschland die totalitäre Entwicklung der USA mit ermöglicht und konnte im Gegenzug weltweit ungehindert Handel treiben und zu einer beeindruckenden Wirtschaftsmacht aufsteigen. Künftig wird die bisherige Arbeitsteilung – die USA kämpfen und Deutschland baut auf – so nicht mehr funktionieren. Nun wird Deutschland verstärkt für die US-Interessen kämpfen müssen und könnte Gefahr laufen, in einem großen Krieg wieder alles zu verlieren. Stellt sich Deutschland in seiner zerbrechlichen geopolitischen Lage zu früh gegen die Interessen der USA, so droht ebenfalls die Vernichtung. Und weit und breit ist kein Kapitän in Sicht, der das Schiff Deutschland durch das Auge des Zyklons in einen sicheren Hafen steuern könnte.

Quellen:

YouTube: STRATFOR: US-Hauptziel seit einem Jahrhundert war Bündnis Russland+Deutschland zu verhindern: *<https://youtu.be/oaL5wCY99l8>*

YouTube: George Friedman, "Europe: Destined for Conflict?" (English): *<https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc>*

Autor:

Wolfgang Effenberger

Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt. Autor mehrerer Sachbücher über Militär- und Politikstrategie, lebt bei München.

‹http://free21.org/de/node/217›

(Foto: Pixabay.com)

Die Eroberung Europas durch die USA

Ein Auszug aus dem im VAT Verlag André Thiele erschienenen Buch **von Dr. Wolfgang Bittner**

Wenn es Probleme gibt – im eigenen Leben oder in der Politik –, ist es immer sinnvoll und zumeist auch erhellend, nach den Ursachen zu fragen. Zum Beispiel beklagen wir die Zunahme von Flüchtlingen aus Afrika, aus dem vom Bürgerkrieg erschütterten Syrien oder aus dem Irak. Für Afrika kann man fraglos behaupten, dass es für die Menschen dort ein Unglück ist, wenn ihre Länder über Öl oder sonstige Bodenschätze verfügen; sie werden derer enteignet und fallen einer grenzenlosen Armut anheim. In manchen dieser Länder herrschen bürgerkriegsähnliche Verhältnisse. Das ist auch in Syrien und im Irak der Fall, wo die Menschen ständig damit rechnen müssen, zwischen die Fronten zu geraten. Sie flüchten, denn wer will schon an einem Ort bleiben, an dem man tagtäglich um sein Leben fürchten muss?

Wir sollten also nicht ständig beklagen, dass so viele Flüchtlinge nach Europa und nach Deutschland kommen wollen oder dass wir zu wenige aufnehmen. Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Flüchtlingskatastrophen liegt auf der Hand: Die USA und einzelne der NATO angehörende Staaten müssen aufhören, für ihre machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen andere Länder zu unterminieren und aufzumischen.

Es ist doch absurd, für die Aufnahme von Flüchtlingen einzutreten, wenn gleichzeitig ihre Länder zerstört werden. Nicht wenige der vor dem Krieg vor dem Assad-Regime geflüchteten Syrier sind heute der Auffassung, dass es dem Land mit Assad besser gehe als ohne ihn. Ein Blick auf andere von den USA unter Beteiligung europäischer Staaten ins Chaos gestürzte Länder wie Afghanistan, Irak oder Libyen zeigt deutlich, wessen man sich dort schuldig gemacht hat.

Das Gleiche trifft auf die Ukraine zu, mit der es sich genauer zu befassen gilt. Dort herrscht inzwischen ein blutiger Bürgerkrieg mit zahllosen Toten und über einer Million Flüchtlinge, und die Chronologie der Ereignisse liefert eindeutige Beweise für das unverantwortliche Vorgehen der „westlichen Allianz". Außerdem wird das skandalöse Verhalten der westlichen Politiker und ihrer Sprachrohre, der führenden Journalisten in den sogenannten Leitmedien, deutlich.

Der niederländische Publizist und Politikwissenschaftler Karel van Wolferen schätzt das wie folgt ein: „Was einer älteren Generation seriöser Journalisten hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Mainstream-Medien als fragwürdig erscheint, ist die redaktionelle Interesselosigkeit für potentielle Anhaltpunkte, die die offizielle Linie in Frage stellen oder annullieren könnten." Und er fährt fort: „Die europäische Union wird nicht (mehr) von Politikern geführt, die ein Verständnis von Geschichte haben, eine nüchterne Einschätzung der globalen Wirklichkeit oder auch nur gesunden Menschenverstand in Verbindung mit den langfristigen Zielen dessen, was sie in Gang setzen. Falls es noch eines Beweises bedurft hätte, ist der spätestens mit den Sanktionen erbracht …"

Die Strategie der Destabilisierung

Als der Anschluss der Ukraine an den westlichen Block auf diplomatischem Wege nicht gelang, ging es nach einigen fragwürdigen politischen Intermezzos und Einmischungen in die innerstaatlichen Angelegenheiten des Landes subversiv mit der sogenannten Maidan-Bewegung weiter. Daran waren von vornherein nicht nur demokratisch-oppositionelle Kräfte beteiligt, sondern maßgeblich auch Nationalisten und ausländische Geheimdienste. Letzteres wurde publik durch ein abgehörtes Telefonat der EU-Beauftragten des US-Außenministers, Victoria Nuland, mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt.

> *„Spätestens nach dem 11. September 2001 ist eine Schranke der Rechtsstaatlichkeit gefallen. Die US-amerikanische Gesellschaft ist zerrüttet, ihre Regierung schon lange nicht mehr in der Lage, Wohlstand für die Mehrheit zu schaffen und Gerechtigkeit für alle möglich zu machen."*

Danach plante Washington bereits das Szenario für die Zeit nach dem lange vorbereiteten Staatsstreich und favorisierte seinen Günstling, den Oligarchen Arsenij Jazenjuk, der dann auch Ministerpräsident wurde. Seine Stiftung Open Ukraine pflegt intensive Beziehungen zum US-Außenministerium und der NATO und wird von einflussreichen westlichen Organisationen gesponsert. Schon am 13. Dezember 2013 renommierte Victoria Nuland in Washington damit, dass die USA mehr als fünf Milliarden Dollar für den Regime Change in der Ukraine investiert hätten, und der ultrakonservative Senator und ehemalige Präsidentschaftskandidat der Republikaner, John McCain, versicherte dem Vorsitzenden der rechtsextremen Swoboda-Partei, Oleg Tjagnibok, seine Unterstützung im Kampf gegen die rechtmäßige Regierung.

Restauration und Indoktrination

Von den Kämpfen in dem von der NATO zusammengebombten Libyen hören und sehen wir gar nichts mehr, aus Afghanistan immer weniger, über den Irak erst wieder mehr, seit dort die Terrorgruppe „Islamischer Staat im Irak und in Syrien" (ISIS, neuerdings IS) auf dem Vormarsch ist, Blutbäder anrichtet und US-amerikanische Journalisten enthauptet. Über die Kämpfe in der Ostukraine heißt es lapidar: „Die ukrainischen Sicherheitskräfte setzen ihre Offensive fort", bei Luftangriffen seien zahlreiche Separatisten getötet und verletzt worden. Dann wieder erfahren wir: „Die Ukraine trauert." Um wen? Um ihre Soldaten, die Krieg gegen ihre Landsleute führten. Die von den USA installierte und unterhaltene Putschregierung in Kiew schreckt vor nichts zurück, aber die westlichen Medien verharmlosen, lügen und hetzen gegen Russland. Im Hintergrund agiert die CIA, schickt Söldnertrupps, koordiniert die Propaganda.

Barack Obama, der einstige Hoffnungsträger, entwickelt sich mehr und mehr zu einer Ausgeburt des Schreckens für die gan-

Foto: Pete Souza

ze Welt. Waren die Bush-Präsidenten schon furchtbar, scheint er sie inzwischen zu übertreffen. Er wird uns am 4. Juni vor einem amerikanischen Kampfjet auf polnischem Territorium präsentiert und warnt Russland vor einer militärischen Intervention gegen westliche Staaten, für die es jedoch keinerlei Anzeichen gibt. Er verspricht eine Milliarde Dollar für die zusätzliche Stationierung von Truppen in osteuropäischen Ländern (in die Destabilisierung der Ukraine wurden bis Dezember 2013 bereits fünf Milliarden Dollar „investiert"), während die Verelendung im eigenen Land zunimmt und die Staatsverschuldung auf die unvorstellbare Summe von 17,8 Billionen US-Dollar angewachsen ist. Er schwadroniert von Freiheit als kostbarem Gut, verspricht Polen, Litauen und Rumänien, die USA als „stärkste Militärmacht der Welt" und die NATO stünden an ihrer Seite. Wir dürfen uns fragen: Zu welchem Zweck? Und was haben Obama und seine Militärmacht in Polen, im Baltikum und in Rumänien zu suchen? Wie kommen die USA und Deutschland dazu, Kriegsschiffe ins Schwarze Meer vor die Küste Russlands zu schicken und dort Manöver abzuhalten? Aber die westlichen Politiker und ihre Sprachrohre verkehren die Tatsachen und sprechen von einer Bedrohung durch Russland.

Manipulation und Hetze

Die Menschen werden manipuliert, sie werden drangsaliert, überwacht, abgezockt, in Kriege, Mord und Totschlag verwickelt, aber das alles wird als Normalität vermittelt. Ein großer Teil der Bevölkerung verblödet (Couch-Potatos und Tittitainment) oder zieht sich ins Private zurück. „Was kümmert's mich, solange es mir gut geht", ist zu hören. Oder: „Sie sind sowieso alle korrupt …" Viereinhalb Millionen Hartz-4-Empfänger in Deutschland, Kinderarmut, ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb oder am Rande des Existenzminimums. Nachts im Fernsehen: Blut und Sperma, Dreck und Horror; in den Kinderzimmern – soweit vorhanden – Kitsch und Kram.

In den Mittelmeerstaaten sind mehr als fünfzig Prozent der jungen Menschen arbeitslos, ein Rettungspaket nach dem anderen wird verabschiedet: Geld für die Banken. Und Geld für die Rüstung. NATO-Generalsekretär Rasmussen fordert die Mitgliedstaaten der Militärallianz auf, angesichts einer „neuen Sicherheitslage in Europa" ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, und Bundespräsident Gauck verlangt „ein Ja zu einer aktiven Teilnahme an Konfliktlösungen im größeren Rahmen", auch mit militärischen Mitteln. Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten, in den Städten und Gemeinden werden viele der sozialen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte abgebaut.

Die NSA (National Security Agency), eine kriminelle Organisation, die im Auftrag der US-Regierung die ganze Welt ausspäht und überwacht, macht weiter wie bisher. Auch die deutschen Dienste, die mit der NSA zusammenarbeiten, bleiben unbehelligt und werden noch aufgestockt. Die Untersuchungen zum NSU (Nationalsozialistischer Untergrund), dem neun ausländische Mitbürger und eine Polizistin zum Opfer fielen, verlaufen im Sande; Beweise wurden vernichtet, die Haupttäter sind unter seltsamsten Umständen ums Leben gekommen und samt Beweismaterial verbrannt. Es wird vertuscht, abgewiegelt, gelogen dass sich die Balken biegen, doch das alles hat keine Konsequenzen.

Wer hätte um die Jahrtausendwende gedacht, dass es so offensichtlich so weit kommen könnte. Was ist aus den guten Ansätzen geworden? Wer erinnert sich noch an Willy Brandts „Wandel durch Annäherung"? Dass viele Hoffnungen durch Morde an Politikern wie Patrice Lumumba, Salvador Allende, Olof Palme oder Jitzchak Rabin zunichte gemacht wurden, ist lange vergessen. Die Bevölkerung wird abgelenkt, mit Halbwahrheit, Lügen und Hetze bombardiert. Wer nicht mitmacht, wer sich querstellt, wird disqualifiziert, diffamiert oder – was noch wirkungsvoller ist – totgeschwiegen.

Der ehemalige verteidigungspolitische Sprecher und Vizepräsident der OSZE Willy Wimmer (CDU) schreibt: „Washington schmeißt Russland aus Europa hinaus und bekommt Westeuropa unter Komplett-Kontrolle. Da mag es traditionell noch so gute Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland geben. Washington dreht diesen Hahn in Zukunft ab oder Moskau kriecht zu Kreuze und liefert nicht nur das russische Erdgas und Erdöl amerikanischer Kontrolle aus, wie es zu Zeiten von Yukos fast gelungen wäre.

Wir Westeuropäer sollten uns nichts vormachen. Wir werden zum ‚Europäer-Gebiet'." .

Ausblick

Eines ist durch die Ukraine-Krise für die Menschen in Europa überdeutlich geworden: Die USA sind kein Vorbild für Frieden und Freiheit. Seit mehr als einem halben Jahrhundert gehen von dort zerstörerische Ideologien und grauenhafte Kriege aus, die ihrem Gründungsanspruch, wie in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in der Verfassung von 1787 niedergelegt, Hohn sprechen.

Europa hat sich diesem durch nichts gerechtfertigten Machtanspruch einhellig ergeben. Die USA können überall in der Welt in kürzester Zeit Krisen inszenieren, wie es gerade passt. Ob hier langfristige Pläne umgesetzt werden oder kurzfristiges Chaos den Interessengruppen dient – nach jedem dieser Schachzüge steht die Welt näher am Abgrund.

Spätestens nach dem 11. September 2001 ist eine Schranke der Rechtsstaatlichkeit gefallen. Die US-amerikanische Gesellschaft ist zerrüttet, ihre Regierung schon lange nicht mehr in der Lage, Wohlstand für die Mehrheit zu schaffen und Gerechtigkeit für alle möglich zu machen.

Unfassbar hohe Mordzahlen, ein gigantisches Drogenproblem, ein marodes, völlig überteuertes Gesundheitssystem, eine kaputte Infrastruktur, Schulen, die den Namen nicht verdienen, offener Rassismus, unkontrollierte Polizeigewalt, ganze Bevölkerungsschichten, die außerhalb der Armee kaum noch eine Perspektive haben – dies alles vor dem Hintergrund einer Staatsverschuldung, die niemals abgetragen werden kann. Ein Horrorszenario.

Man wünschte den USA Politiker, die den Mut hätten, das eigene Land als Interventionsfall zu erkennen, statt überall in der Welt Chaos und Unglück zu verbreiten. Und für die Staaten Europas wäre es an der Zeit, auf dem verhängnisvollen Weg in Krieg und Zerstörung einzuhalten, die Interessen der Bevölkerung in den Blick zu nehmen und ihre souveränen Rechte durch vernünftige Politik zu wahren.

Nur ein schöner Traum? Die kalten Krieger und die Profiteure des heißen Krieges könnten sich täuschen.

Dieser Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder, nicht notwendigerweise die der Free21.org

Autor:

Dr. Wolfgang Bittner

Schriftsteller und Träger des Kölner Karls-Preises für engagierte Literatur und Politik von 2010, machte jüngst durch engagierte Statements gegen einseitige Berichterstattung über Ukrainekrise, Russland und Putin in Rundfunk und Presse auf sich aufmerksam. Der promovierte Jurist saß 1996–98 selbst im WDR-Rundfunkrat und hat seine Kritik jetzt in Buchform vorgelegt.

‹http://free21.org/de/node/238›

Ramstein Air Base, Germany 2008. (Foto: Airman 1st Class Kenny Holston, U.S. Air Force, public domain)

Wegsehen, wenn es um Mord geht

Das tausendfache Töten von Terroristen mit Hilfe von unbemannten Flugobjekten (Drohnen), ist den USA z.B. im Jemen, in Afghanistan, in Somalia, dem Irak oder Pakistan nur möglich, da die wiedervereinigte Bundesrepublik mit dem Standort Ramstein in der Pfalz gewissermaßen das Zielfernrohr stellt.

von Ken Jebsen

Angenommen, ich bekomme Besuch von einem langjährigen Freund aus Übersee und dieser packt während seines Aufenthaltes bei mir ein Jagdgewehr samt entsprechender Munition aus, sollte ich mir Gedanken machen, wenn er damit auf das Haus meines Nachbarn zielt?

Angenommen, mein Freund aus Übersee bittet mich am nächsten Tag, ihm mit einem Feldstecher dahingehend zu unterstützen, dass ich mir die Gläser vor das eigene Gesicht halte, um meinen Freund an der Flinte darüber zu informieren, ob mein Nachbar sich aktuell am Fenster zeigt - wäre ich in einen Mord involviert, wenn es zu einem Schuss mit Todesfolge käme?

Diese Story ist weniger weit her geholt, als sie scheint. Genau genommen entspricht sie der aktuellen Situation, mit der sich die Bundesregierung im Fall der US-Airbase Ramstein konfrontiert sehen müsste.

Dass dem nicht so ist, sollte uns alle nachdenklich machen, denn wir alle, die Bürger der Republik, werden ohne es zu wollen zu Mittätern gemacht.

Fassen wir die Fakten kurz zusammen.

Die USA betreiben außerhalb ihres Landes über 700 Militärbasen. Ramstein in der Pfalz gehört dazu. Ramstein aber bekleidet eine Sonderstellung. Es ist die größte Air-Base außerhalb der Vereinigten Staaten. Ein 750-Millionen-Euro-Standort.

Ohne Ramstein wäre der von den USA massiv betriebene Drohnen-Krieg so nicht möglich. Ramstein ist übersetzt gesprochen das Drohnen-Zielfernrohr der US-Militärs, wenn es um Eurasien, den Orient und den afrikanischen Kontinent geht.

Ein Zielfernrohr hat nur Sinn, wenn es sich auf dem Lauf einer Waffe befindet und die entsprechende Munition geladen ist. Zudem muss sich jemand bereit erklären, den Abzug zu drücken, wenn ein Ziel erstmal im Fadenkreuz fixiert wurde. Ohne Zielfernrohr allerdings haben weder Munition noch die Waffe als auch der eigentliche Schütze keinen echten Wert für die Mission. Jedenfalls nicht, wenn das Ziel meilenweit weg ist. Bei Drohnen beträgt der Abstand vom Fluggerät in der Luft zum Opfer am Boden oft mehrere Kilometer.

Eine General Atomics MQ-1 Predator (Foto: Brigadier Lance Mans, Deputy Director, NATO Special Operations Coordination Centre/Public Domain)

Das tausendfache Töten von Terroristen mit Hilfe von unbemannten Flugobjekten (Drohnen), ist den USA z.B. im Jemen, in Afghanistan, in Somalia, dem Irak oder Pakistan nur möglich, da die wiedervereinigte Bundesrepublik mit dem Standort Ramstein in der Pfalz gewissermaßen das Zielfernrohr stellt.

Oft werden über Ramstein die Zielpersonen via Mobiltelefon geortet. Die Technik nennt sich Gilgamesch. Dabei täuscht die Drohne über der Kampfzone vor, ein Handymast zu sein. Wenn sich das Mobiltelefon der Zielperson beim Überflug über diesen „Mast" einloggt, sind die gesendeten Daten gleichzeitig dessen Todesurteil.

Nur was, wenn die USA das deutsche Ramstein benutzen, um weltweit Menschen zu töten, die alles andere als Terroristen oder feindliche Soldaten sind? Quasi auf Verdacht? Macht sich die BRD an Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen mitschuldig, wenn sie hier bewusst wegsieht oder - noch schlimmer - abstreitet, auch nur einen Verdacht zu haben, welche Schlüsselrolle Ramstein spielt?

Die Antwort ist simpel und eindeutig: JA.

Glaubt man dem Ex-US-Drohnenpilot Brandon Bryant, so läuft sogar alles, wenn es mit Drohnen zu tun hat, über Ramstein.

Unsere Regierung verschanzt sich hinter juristischen Spitzfindigkeiten der USA, oder aber sieht keinen Grund, beim Partner in Übersee nachzubohren, obwohl ihr selber bekannt ist, dass sie z.B. im Falle des NSA-Abhörskandals mehrfach belogen worden ist.

Man könnte es auf einen einzigen, wenn auch langen Satz eindampfen:

Obwohl die Bundesregierung weiß, dass die US-Regierung, wenn es um imperiale Ziele geht, das Menschenrecht mit Füßen tritt, sieht sie auch im Falle Ramstein keinen Bedarf, sich von einer Administration zu distanzieren, die im Kampf gegen den Terror auch nicht davor zurückschreckt, Zivilisten in großer Zahl, darunter jede Menge Kinder, ohne richterlichen Beschluss und damit willkürlich aus der Luft zu ermorden.

Die Bundesregierung ist damit Partner einer Nation, die - ohne mit der Wimper zu zucken - Kriegsverbrechen begeht und gegen das Völkerrecht verstößt. Wann hat diese mörderische Partnerschaft zumindest für deutsche Politiker juristische Konsequenzen?

Gehen wir etwas ins Detail:

In Ramstein werden keine Drohnen gestartet. Damit lügt auch der US-Außenminister John Kerry nicht, wenn er sagt, dass die USA von Ramstein aus keine unbemannten Waffensysteme Richtung nahen Osten „schicken". Sie werden von Ramstein aus nur ins Ziel gelenkt. Geschickt, im Sinne von Starten, tun sie von überall, wo die USA die Fuß in der Tür haben. In den USA selber heißt das Headquarter für Drohneneinsätze Creech.

Auch die Männer am Abzug sitzen nicht in Ramstein. Getötet wird in der Regel von den USA aus. Aber ist Ramstein damit nicht Teil der Tötungsmaschine?

Wäre der Fahrer eines Autos, mit dem ein Kind sich in den Tod fuhr, unschuldig, wenn er auf die Frage des Richters, ob er den Schlüssel im Zündschloss hätte stecken lassen, mit nein antworten würde, und erst auf Nachfrage zugeben würde, der Schlüssel hätte auf dem Beifahrersitz gelegen.

Vor drei Monaten war Victoria Nuland, Diplomatin mit US-Pass und bekannt geworden für ihren Ausspruch „Fuck EU" im Auswärtigen Amt, um zu versichern, die Vereinigten Staaten würden in keiner Weise Ramstein nutzen, um Drohnenoperationen etwa in Afrika zu „steuern" oder „durchzuführen".

„Obwohl die Bundesregierung weiß, dass die US-Regierung, wenn es um imperiale Ziele geht, das Menschenrecht mit Füßen tritt, sieht sie auch im Falle Ramstein keinen Bedarf, sich von einer Administration zu distanzieren, die im Kampf gegen den Terror auch nicht davor zurückschreckt, Zivilisten in großer Zahl, darunter jede Menge Kinder, ohne richterlichen Beschluss und damit willkürlich aus der Luft zu ermorden."

Es sind juristische Spitzfindigkeiten und Wortklaubereien, mit denen die USA unsere Regierung einseifen, oder treffender, mit denen sich unsere Regierung einseifen lässt. So können Merkel & Co bei Bedarf die Empörten spielen, ohne dass sie sich zumindest in der öffentlichen Meinung Mitschuldig gemacht hätte.

Aber geht dieses Konzept des Dummstellens auf? Kann Angela Merkel und ihre Regierungscrew wirklich von sich behaupten, bei elementaren Themen vom Partner aus Übersee noch nie belogen worden zu sein? Stichwort Kanzlerhandy?

Warum lässt sich Merkel in Ramstein erneut vorführen? Was hat die US-Regierung gegen sie in der Hand? Wird Merkel mit ihrer Vergangenheit erpresst, oder aber denkt die Frau pragmatisch, wenn sie überreißt, dass jeder durch US-Drohnen getötete „Verdächtige" auch als möglicher Feind für deutsche Soldaten ausfällt, wenn diese in immer mehr Ländern außerhalb der NATO „Sicherheitsaufgaben" zu erfüllen haben?

Die US-Regierung ist alles, nur nicht naiv. Ihr ist das NATO-Truppenstatut bestens bekannt. In diesem Statut werden die Hoheitsrechte der NATO-Mitglieder geregelt. Das Statut existiert seit 1951 und gilt für die Bundesrepublik seit dem 3. August 1959.

Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde diese NATO-Regelung im Jahre 1993 durch ein Abkommen, das am 29. März 1998 in Kraft trat, umfassend geändert.

Konkret: Die Bundesregierung hat sogar das Recht, wenn auch erst nach vorheriger Ankündigung, den US-Standort Ramstein zu betreten, wenn sie einen ausreichenden Verdacht als bestätigt sieht, dass von diesem Standort aus z.B. das Völkerrecht gebrochen wird, oder noch schlimmer, Kriegsverbrechen mit in die Tat umgesetzt werden.

Da die USA diese Gefahr der Enttarnung selber sehen, haben sie bisher größten Wert darauf gelegt, dass Ramstein eben nur „Zielfernrohr" im Drohnenkrieg ist, während von den USA aus das Eliminieren des Targets erfolgt. Es wäre für die USA viel einfacher, die gesamte Drohnen-Tötungslogistik in die Pfalz zu verlegen, schließlich wurde der Standort bewusst gewählt, um die Erdkrümmung zu kompensieren, die beim Delegieren von Drohnen aus den USA zum Problem wird, wenn der Abstand zum Einsatzort zu groß ist.

Ramstein ist einfach näher an den Menschen, die es zu ermorden gilt. Und wenn kein Daten-Delay auftritt, reicht in der Regel auch ein Schuss, um die Zielperson in die Luft zu sprengen.

Das Problem bei dieser Art Außenpolitik sind die Kollateralschäden. Nur selten verläuft das Töten eines vermeintlichen Terroristen chirurgisch sauber. In der Regel werden mit ihm auch immer Menschen getötet oder schwer verletzt, die zufällig in der Nähe sind.

Die Menschenrechtsorganisation „Reprive" konnte nachweisen, dass pro getötetem Terroristen 28 Zivilsten ermordet werden. Der Kampf gegen den Terror ist damit alles andere als clean. Laut der Nichtregierungs-Organisation Reprive, die in London zu finden ist, wurden beim Töten von 41 „Terrorgruppen- Anführern" 1.147 Zivilisten mit in den Tod gerissen.

Damit ist der Drohnenkrieg über den Hebel Ramstein kein Krieg von Soldaten gegen andere Soldaten, sondern muss als Mord aus dem Hinterhalt erkannt werden, bei dem vor allem unschuldige Menschen sterben. Hier werden systematisch Kriegsverbrechen begangen.

Die Genfer Konvention wurde ausdrücklich ins Leben gerufen, um Zivilisten im Krieg zu schützen. Auch damals, als sie erdacht wurde, gab es schon Partisanen, die man heute wohl am ehesten mit Kämpfern vergleichen kann, die nicht in klassischen Uniformen an Kampfhandlungen teilnehmen, bzw. gar nicht einer zentralen Armee angehören.

Die Ausrede, der Krieg gegen den Terror sei eben asymmetrisch und nicht mit den Kriegen im 20. Jahrhundert vergleichbar, zieht also nicht. Mit der Genfer Konvention wurde sich vor allem dazu bekannt, dass Zivilisten nicht vorsätzlich in Kampfhandlungen einbezogen werden dürfen, bzw. wenn nicht auszuschließen sei, dass sich der Feind unter den Zivilisten befände, Krieg inmitten

Panoramafoto Airbase Ramstein. (Foto: Fraschw CC BY SA-3.0)

Von Ken Jebsen - Publiziert: 25.04.2015 (14:30) - Aktualisiert: 25.04.2015 (14:40)

Ramstein Air Base (Foto: David D. Underwood, Jr., US Air Force/Public Domain)

dieser Gruppe eben ein Kriegsverbrechen sei, da das Töten von Unbeteiligten quasi garantiert sei. Wer aus großer Höhe eine Rakete auf den Feind abfeuert, während dieser sich unter Zivilisten befindet, nimmt billigend in Kauf, dass dabei Dritte ums Leben kommen. Drohnenkriege sind nicht ab und an ein Kriegsverbrechen, sie sind es ab Werk.

Zumal das zu eliminierende Opfer in den meisten Fällen noch nicht einmal ahnt, was man ihm vorwirft. Es wurde nie über den Vorwurf in Kenntnis gesetzt, noch konnte es sich zu den Anschuldigungen verteidigend äußern. Auch das Todesurteil per Drohne wurde ohne das Wissen des Opfers in Hinterzimmern beschlossen. Das alles hat mit Rechtsstaatlichkeit Null zu tun und erinnert eher an die juristisch verfolgte Form der Blutrache, die eine Art der Selbstjustiz darstellt. Unter Barack Obama wurden die Drohneneinsätze im Vergleich zum Vorgänger George W. Bush verzehnfacht. Auch 2016 sollen weitere Milliarden US-Dollar in diese Technik investiert werden. Obama dürfte damit der einzige Friedensnobelpreisträger sein, der quasi von Amts wegen einen Faible für fliegendes Tötungsgerät hat.

Aber auch in Deutschland will man sich das fliegende Tötungsgerät anschaffen. Die Generäle der Bundeswehr können es offensichtlich nicht ertragen, dass nur der große Bruder weltweit unbemannt töten kann. Auch sie wollen endlich am eigenen Joystick über Leben und Tod entscheiden. Mit an ihrer Seite, die deutschen Rüstungskonzerne. Es geht um Arbeitsplätze auf der einen Seite und um Friedhöfe auf der anderen. Zu Beginn sollen deutsche Drohnen nur beobachten. Aber sie alle können natürlich mit Raketen nachgerüstet werden.

Das ist wie bei einem Mercedes. Man kann ihn in der Grundversion haben oder mit maximaler Ausstattung.

Damit auch der Killer am Joystick mit seinem Mord nicht unmittelbar eine posttraumatische Belastungen erfährt, ausfällt, wird man auch in Deutschland eine ähnliche Taktik anwenden müssen wie bei den US-Soldaten. Dort killt man im Drohnen-Team. So ist niemand solo für einen Mord verantwortlich. Jeder nur ein klein wenig. Das Milgram-Experiment hat es ins richtige Leben geschafft.

Kennen wir diese Technik der gesplitteten Verantwortung nicht mit allen ihren Folgen aus der deutschen Vergangenheit?

Wir leben schon in einer absurden Welt. Auf der einen Seite wird der Ex-Präsident eines Landes, Mohammed Mursi, zu 20 Jahren Haft verurteilt, da man ihn für den Tod von regierungskritischen Demonstranten mitverantwortlich macht, als es in Ägypten zu Straßenschlachten kam.

Auf der anderen Seite läuft ein Immer-noch-Präsident wie Barack Obama weiterhin frei rum, trägt dabei den Titel des Friedensnobelpreisträgers, obwohl er nachweislich jeden Dienstag im Weißen Haus die Kill-List unterschreibt und damit seit Jahren Menschen zu Tausenden im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuss via Drohne freigibt.

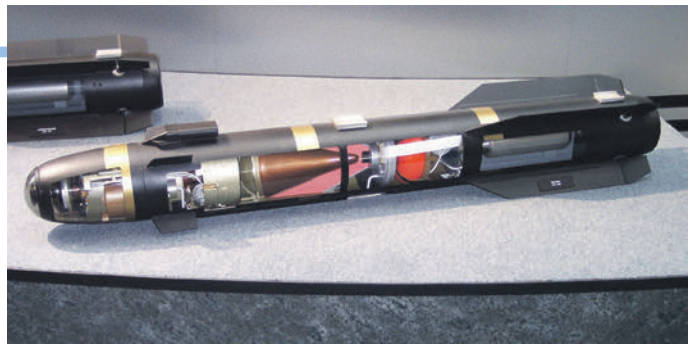
„Wenn die USA über den Standort Ramstein ihren willkürlich bestimmten Feind ermorden, handeln sie wie die Mafia. Und die Bundesregierung sieht dem mehr oder weniger zu, indem sie es unterlässt, diesem chronischen Rechtsbruch mit dem gebotenen Eifer nachzugehen. Und dabei existieren auch Opfer aus Deutschland. Am 4. Oktober 2012 wurde Bünyamin E. aus Wuppertal von einer US-Drohne in Pakistan getötet."

Fassen wir zusammen:

Wenn die USA über den Standort Ramstein ihren willkürlich bestimmten Feind ermorden, handeln sie wie die Mafia. Und die Bundesregierung sieht dem mehr oder weniger zu, indem sie es unterlässt, diesem chronischen Rechtsbruch mit dem gebotenen Eifer nachzugehen. Und dabei existieren auch Opfer aus Deutschland. Am 4. Oktober 2012 wurde Bünyamin E. aus Wuppertal von einer US-Drohne in Pakistan getötet.

Der Angriff galt nicht ihm. Er war nur in der Nähe und wurde damit von den USA klassisch ermordet. Es kam zu einer Prüfung des Sachverhaltes auf der Ebene des Generalbundesanwaltes, damals Harald Lange. Nach zwei Jahren hieß es zum Fall des ermordeten Bünyamin E., bei dem zu klären galt, ob hier möglicherweise ein Kriegs- oder Völkerrechtsverbrechen vorliege, lapidar, er sei „Angehöriger einer organisierten bewaffneten Gruppe gewesen, die als Partei an einem bewaffneten Konflikt teilnahm".

Wie ist dieses Urteil zu erklären? Nun, hätten die USA zugegeben, bei der Jagd auf einen oder mehrere Terroristen einen Zivilisten mit in die Luft gejagt zu haben, hätte das mit Sicherheit zu zahlreichen Folgeverfahren geführt. War Bünyamin E. das einzige zivile Opfer im Kampf gegen den Terror? Natürlich nicht, wie wir spätestens aus dem Jahre 2007 wissen, als im Irak von einem US-Militärhubschrauber Zivilisten und Journalisten erschossen wurden, da man sie mit Terroristen verwechselt hatte. Nur durch Wikileaks kam dieser Vorfall damals an die Öffentlichkeit. Die US-Regierung wollte diesen Vorfall vertuschen. Er passt nicht zum Märchen vom chirurgischen Drohnenkrieg. Als man den deutschen Staatsbürger Bünyamin E. zum „Angehörigen einer bewaffneten Gruppe" erklärte, war man quasi fein raus. Das ist Krieg. Wer teilnimmt, muss damit rechnen, getötet zu werden.



Lockheed Martin Hellfire II (Foto: Stahlkocher CC BY-SA 3.0)

Nur blieb der Beweis für diese „Teilnahme“ bis heute aus, wie er fast immer ausbleibt, wenn es um Kollateralschäden geht. Tote Zivilisten, zumal aus arabisch geprägten Ländern, haben keine Lobby. Die USA können sie jahrelang zu tausenden ermorden lassen, ohne dass die Weltgemeinschaft Handlungsbedarf erkennen will.

Seit 2002 ist das dann aber schwerer geworden. Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch wurde explizit geschaffen, um international begangene Verbrechen juristisch zu verfolgen und zu ahnden. Dabei spielt es keine Rolle, ob das Verbrechen von Deutschen begangen wurde. Unerheblich ist auch, ob es sich in Deutschland ereignet oder ob Deutschland in irgendeiner Form an dem Verbrechen beteiligt war.

Fakt ist, dass seit 2002 gültige deutsche Völkerstrafgesetzbuch erlaubt es deutschen Richtern, Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen weltweit zu verfolgen. Wolfgang Kaleck vom ECCHR, der u.a. Edward Snowden vertritt, hat den Hebel des Völkerstrafgesetzbuches schon mehrfach zur Anwendung gebracht. Sein bekanntester Fall war der chilenische Diktator Pinochet, der über Jahre unter Duldung der USA in seinem Land tausende von Oppositionellen foltern, verschwinden und ermorden ließ.

Im Fall Ramstein liegt der Tatort zur Anwendung des deutschen Völkerstrafgesetzbuches direkt vor der Haustür. Aber auch wenn dieser Anwalt nicht zum Einsatz käme, das NATO-Truppenrecht reicht, um gegen die US-Militärs zu ermitteln, wenn Washington im Verdacht steht, strafbare Diensthandlungen begangen zu haben. Die Zeit der Schonung sollte vorbei sein, zumal wenn mehr als auf der Hand liegt, dass die Partei, die am Pranger steht, nur in Ausnahmefällen die Wahrheit sagt und noch nicht einmal davor zurückschreckt, bis heute Teile der Regierung abzuhören, die gegen sie ermitteln könnte.

Deutschland hat mit der Wiedervereinigung nicht nur mehr Freiheiten gewonnen, auch der Grad der Verantwortung ist immens gewachsen. Ein Land, dessen Geschichte aufs engste mit zwei Weltkriegen verbunden ist, und dem es laut Grundgesetz explizit untersagt ist, Angriffskriege zu führen, kann sich nicht hinter der Ausrede verstecken, der Freund aus Übersee würde bei Fragen zu Ramstein etwas mehr Vertrauen einfordern.

Wer seine Freunde abhört und ausspioniert, also selber keinen Funken Vertrauen in den Partner hat, macht sich lächerlich, wenn er jetzt eben dieses Vertrauen einfordert.

Lernen wir von unserem Partner in Übersee. Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser.

Ramstein gehört juristisch untersucht und im Zweifelsfalle geschlossen. Wer sich diesem Prozess entgegenstellt, ist entweder involviert oder aber in einem Rechtsstaat fehlbesetzt, wenn er einen Posten im Parlament oder in der Justiz besetzt.

„Was hätten wir denn machen sollen?“, fragten unsere Großeltern. „Wir haben hingesehen und gehandelt!“, sollten wir sagen können, wenn uns später unsere Enkelkinder nach Ramstein fragen. Es gibt deutsche Soldaten, die sich weigerten, von den Amerikanern in militärische Aktionen verwickelt zu werden, die nicht durch deutsche oder internationale Gesetze gedeckt waren. Einer von ihnen war Philip Klever. Als man den Offizier der Luftwaffe nach Afghanistan schicken wollte, wurde ihm klar, dass die Grenzen zwischen einem „Hilfseinsatz“ und einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg nicht sauber zu trennen seien. Klever verweigerte den Befehl und wurde nach langer Schikane aus der Armee entlassen.

Er ließ sich nicht zum Kriegsverbrecher machen und nahm dafür das Ende seiner beruflichen Karriere in Kauf. Dieser Schritt war richtig. Würde sein Beispiel Schule machen, auch bei den Uniformträgern in Ramstein, wäre das ein entscheidender Schritt, um der Supermacht ihre Grenzen zu zeigen. Niemand steht über dem Gesetz. Niemand steht über dem Völkerrecht.

Von Ramstein, also deutschem Boden, werden moderne Angriffskriege seit Jahren mitorganisiert. Das ist ein Verbrechen und gehört angeklagt. Auch Andrej Hunko von den Linken hat sich schon vor Jahren mit der Materie beschäftigt und entsprechend unbequeme Fragen an die Zuständigen gestellt. Er wurde immer abgebügelt.

Zeit, dass wir, die Bürger, uns auf den Weg machen und Ramstein einen Besuch abstatten. Zeigen wir, dass wir mit der Ungewissheit und den Ausreden unserer Regierung, was in Ramstein passiert, oder angeblich nicht passiert, nicht länger leben wollen und nicht länger leben können. Wenn es um Kriegsverbrechen und Völkermord geht, zählt jeder Tag.

Wegsehen, wenn es um Mord geht, schützt vor Strafe nicht.

Das galt damals in Nürnberg, und das gilt morgen in Den Haag.

Dieser Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder, nicht notwendigerweise die der Free21.

Quellen:

<http://www.fr-online.de/politik/air-base-ramstein-das-750-millionen-euro-projekt,1472596,28829116.html>
<http://www.heise.de/newsticker/foren/S-Das-System-Gilgamesh-wurde-ausreichend-beschrieben-und-ist-technisch-machbar/forum-277578/msg-25031541/read/>
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/NSA-Affaere-Angela-Merkel-wurde-wohl-abgehoert-und-beschwert-sich-1984739.html>
<http://www.rtdeutsch.com/17406/headline/ex-us-drohnenpilot-brandon-byrant-in-berlin-alles-was-mit-drohnen-zu-tun-hat-laeuft-ueber-ramstein/>
<http://www.creech.af.mil>
<http://www.reprieve.org.uk/press/2014_11_25_US_drone_strikes_kill_28_each_target/>
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/obamas-drohnenkrieg-die-drohne-als-wahlkampfhilfe/6874966.html>
<http://www.sueddeutsche.de/politik/drohnen-rettung-aus-der-luft-1.2418281>
<https://www.youtube.com/watch?v=e3dz63_u_ag>
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/mohammed-mursi-ex-staatschef-zu-20-jahren-haft-verurteilt-a-1029694.html>
<http://www.tagesspiegel.de/politik/im-blick-todesurteile-immer-dienstags/6703118.html>
<http://kenfm.de/blog/2013/07/21/philip-klever/>
<http://www.heise.de/tp/artikel/39/39570/1.html>
<https://www.youtube.com/watch?v=NqGJBapVPPs>
<http://www.deutschlandradiokultur.de/snowden-anwalt-mutiger-verteidiger-der-menschenrechte.2165.de.html?dram:article_id=30303>
<http://bit.ly/1bly97G>

Autor:

Ken Jebsen

Journalist Ken Jebsen, geboren 1966, ist seit 2011 als freischaffender Reporter auf dem Portal KenFM tätig.

www.kennfm.de,
twitter.com/teamkenfm

‹http://free21.org/de/node/245›

The European Patriot Act

Parallelen europäischer Terrorbekämpfung zum US Patriot Act

Am 17. Januar 2015 schickte der EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung ein Dokument an die Delegierten eines am 29. Januar 2015 in Riga stattfindenden Treffens der Justiz- und Innenminister. Dieses mit dem Logo des Europäischen Rates versehene Schreiben fasst die Eckpunkte des europäischen Überwachungsprogramms zusammen und enthält zahlreiche Vorschläge bezüglich weiterer Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung. Das Dokument steht dem sog. Patriot Act der Vereinigten Staaten wenig nach und beinhaltet zudem Vorschläge zur engeren Zusammenarbeit mit US-Behörden.

von Emoeke Muehl

Treffen der Justiz- und Innenminister der EU in Riga am 29./30.01.2015 (Quelle: EU2015LV by Gatis Rozenfelds)

Am Anfang war ein furchtbarer Terrorakt – dem Zuschauer in Echtzeit übermittelt und medial aufwendig aufgearbeitet. Die Täter einige Stunden nach der Tat bereits ermittelt. In den USA waren die Zwillingstürme und das Pentagon das Ziel der Attacke, in Paris Charlie Hebdo. Seit 2001 müssen islamische Staaten global für die Anschläge von 9/11 bezahlen und das Massaker in der Redaktion von Charlie Hebdo weckt in uns die inzwischen womöglich erblasste Erinnerung an diese Schuld. Wir dürfen nicht vergessen.

„Der Kern von europäischen Werten wurde [in Paris] angegriffen, insbesondere die Redefreiheit. Die EU sollte deshalb richtungsweisende Maßnahmen ergreifen. Tut sie das nicht, dann könnte es zur Desillusionierung der Bürger gegenüber der EU führen." heißt es im Dokument. Einige Zeilen weiter werden die Worte bereits konkreter, auf denen der ganze Komplex von Maßnahmen ruht: „... wir dürfen uns nicht nur darauf konzentrieren, dass wir auf Terrorismus reagieren, sondern auch auf langfristige Vorbeugung von Radikalisierung."

Internetüberwachung

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben das Internet als Brutstätte bzw. Verbreitungsplattform von radikalen und terroristischen Ideen schon lange im Visier. Um diesem Phänomen „entgegenwirken" zu können, wollen die EU-Behörden die Industrie und Telekommunikationsfirmen „auf ihre positive Verantwortung" ansprechen und diese somit in die Aufgaben der Terrorbekämpfung vermehrt einbinden: „Die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Akteuren der Internetindustrie ist der beste Weg, die Verbreitung terroristischer Materialien im Internet zu limitieren." Für die offizielle Zensur des Internets wird auf EU-Ebene an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, und für soziale Netzwerke wird eine „informelle" gemeinsame Politik entwickelt. Laut dem vorliegenden Dokument soll für diesen Bereich eine weitere Zusammenarbeit mit den USA geprüft werden.

Dass Kommentare oder „gepostete" Meldungen in sozialen Netzwerken und Internetforen einfach spurlos verschwinden, ist systemkritischen Benutzern schon seit Jahren bekannt. Sobald die genutzte Plattform Firmen aus Übersee gehören, werden die Nutzungsbedingungen am anderen Ende des Atlantik bestimmt – auch wenn diese Bedingungen gegen europäische oder nationale Rechte verstoßen. So können unerwünschte Meinungen bzw. Ideen, die ihre Nutzungsbedingungen „überschreiten", einfach gelöscht werden.

> *„Die EU sollte [...] richtungsweisende Maßnahmen ergreifen. Tut sie das nicht, dann könnte es zur Desillusionierung der Bürger gegenüber der EU führen."*

In Großbritannien wurde von den Behörden bereits eine antiterroristische Einheit (CTIRU – Counter-Terrorism Internet Referral Unit) eingerichtet, welche verdächtige Betreiber von sozialen Netzwerken und anderen Internetforen, d.h. mit terroristischen und extremistischen Inhalten, meldet und den Plattformen eine „Empfehlung" zur Löschung bestimmter Inhalte gibt. Seit Februar 2010 entfernten soziale Netzwerkbetreiber und andere Internetanbieter 72.000 terroristische Inhalte auf Empfehlung von CTIRU freiwillig.

Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollen auf nationaler Ebene ähnliche Einheiten gründen und die Beziehungen zu den wichtigsten Internetanbietern und sozialen Netzwerkbetreibern ausbauen. Ziel der Zusammenarbeit soll die Löschung von Inhalten sein, die gegen die Nutzungsbedingungen verstoßen.

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in 2007 wurde bei Europol, dem Exekutiv-Organ der Europäischen Union, ein neues Projekt unter dem Namen „Check the Web" gestartet. Dieses Projekt hat die Aufgabe, ein Monitoring und die Analyse von sozialen Medien zu betreiben. „Check the Web" soll demnächst auf nationale Ebene ausgeweitet werden, damit Mitgliedstaaten mithilfe der Europäischen Union die zuvor auf europäischer Ebene als „extremistisch", d.h. „illegal" gekennzeichneten Inhalte in Internetforen löschen.

Um Informationen über verdächtige IP-Adressen zu bekommen, sollen sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden. Den Rahmen dafür soll Eurojust bieten. Eurojust wurde von

der Europäischen Union 2002 gegründet, um schwere und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen.

Gegenpropaganda

Als Strategie zur Terrorvorbeugung soll in der EU ein gemeinsames Gegen-Narrativ ausgearbeitet werden. Das Beispiel dafür liefern die USA: Die US-Regierung realisierte durch die Jahre ihrer immerwährenden Kriegspolitik, dass militärische Stärke allein nichts nützt, um Terrorismus zu bekämpfen, und dass es nicht ausreicht, Terroristen einfach gefangen zu nehmen und ins Jenseits zu befördern. Um den Feind zu bekämpfen, musste eine komplexere Strategie her: die Waffe der Propaganda. Es heißt „Gegen-Narrativ". Ein 4-Punkte-System beschreibt, wie man mit subtilen Methoden den Feind vor Augen der eigenen Gefolgschaft bzw. der eigenen Bevölkerung unmöglich macht:

1. Terroristische Führer sollten unterminiert werden, wie es z.B. US-Geheimdienste mit einem der Al-Quaida-Führer taten: Sie veröffentlichten ein Video über Abu Musab al-Zarqawi, das ihn als unfähigen Gotteskrieger entblößte, der nicht einmal mit einem Gewehr richtig umgehen kann.

2. Das Leiden der zivilen bzw. muslimischen Bevölkerung und die Verlogenheit islamistischen Terrors werden hervorgehoben.

3. Man bezeichnet die Terroristen als Kriminelle und terroristische Parolen als Heuchelei.

4. Um (Helden-)Mythen zu zerstören, wird das alltägliche Leben von Terroristen vor Augen geführt.

JeSuisCharlie, Berlin 7.01.2015. (Foto: Dirk Ingo Franke CC BY-SA 4.0)

Ein ähnliches Instrument hat die Europäische Union bereits entwickelt: Das Syria Strategic Communications Advisory Team, kurz SSCAT, dass 2014 ein Budget von 1 Mio. € bekam, um im Internet Gegenpropaganda zu betreiben. Das Ziel des länderübergreifenden Projekts ist, junge Menschen davon abzuhalten, in den syrischen Krieg zu ziehen.

Um für Toleranz und Solidarität in den Ländern der Europäischen Union mehr Raum gewinnen zu können, sollen zivile Organisationen in puncto Gegen-Narrativ, oder besser gesagt: Gegenpropaganda, geschult werden. Für die Wahrung der Grundrechte ist außerdem eine dafür eigens eingerichtete Agentur zuständig: die EU Fundamental Rights Agency, kurz FRA, deren Aufgabe unter anderem die Beobachtung und Informationssammlung von rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Phänomenen ist.

„Entradikalisierung" – eine Umerziehung?

Sollte jemand gerade dabei sein, auf eine extremistische Bahn zu geraten, oder sollte er sich bereits dort befinden, kann ein EU-Netzwerk Abhilfe schaffen: Das sog. Radicalisation Awareness Network (RAN) stellt im Rahmen der gegenterroristischen Strategie der EU eine Präventivmaßnahme dar und soll mit Überzeugungsarbeit Menschen daran hindern, dem Ruf des Terrorismus zu folgen oder ihnen dabei helfen, sich von extremistischen Ideen freiwillig zu verabschieden. Diese sog. „Entradikalisierung", was nichts anderes bedeutet als Umerziehung, soll in die Rehabilitierungs-Programme von Gefängnissen und Vollzugsanstalten aufgenommen werden, damit die Betroffenen nach ihrer Haft in einer gewünschten Form des Bewusstseins in die Gesellschaft wieder eingegliedert werden können.

Austauschprogramm

Die Völkerverständigung darf in Sachen Terrorbekämpfung auch nicht zu kurz kommen: Die Europäische Union hat ein einzigartiges Lobbyprogramm ins Leben gerufen, das Kontakte der EU-Bürger zu Bürgern der USA vertiefen soll. Das Kompetenzzentrum (Centre of Excellence – EUCE) arbeitet mit 8 Universitäten der Vereinigten Staaten im Bereich Lehre und Forschung zusammen und fördert zusätzlich noch den Informationsaustausch zwischen der EU und den USA, indem es US-Unternehmen und US-Medien über aktuelle politische, soziale und wirtschaftliche Themen berichtet.

Grenzüberwachung

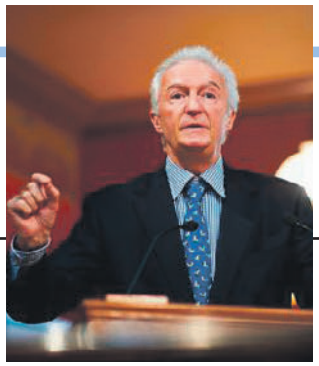
„Schengen ist ein Teil der Lösung, es stellt nicht das Problem dar", so lautet es in dem Dokument für die Delegierten in Riga. „Die Bewegungsfreiheit innerhalb des Schengen-Gebietes ist eine der größten Errungenschaften und [einer der größten] Werte der EU" heißt es weiter. Deshalb müsste man dafür Sorge tragen, dass die Außengrenzen der EU strenger überwacht werden.

Die Kontrolle innerhalb und außerhalb des Schengen-Gebietes wird durch den Schengener Grenzkodex gesichert. Dieser Kodex beschreibt unter anderem nicht nur die Kontrollmaßnahmen an den Außengrenzen, sondern legt auch noch folgendes fest: „Im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit kann ein EU-Mitgliedstaat ausnahmsweise für einen begrenzten Zeitraum an seinen Binnengrenzen wieder Grenzkontrollen einführen".

Das Schengen Information System, kurz SIS soll die Kontrollmaßnahmen unterstützen: Es geht hier um eine nicht öffentliche Datenbank mit mehr als 4 Millionen Datensätzen über Personen, welche es Polizei-, Zoll-, Grenzkontroll-, Justiz-, Visa- und Fahrzeugzulassungsbehörden erlaubt, z.B. Daten über Gesuchte und Vermisste auszutauschen. Die zweite Generation dieses Systems (SIS II) sieht auch noch die Speicherung von biometrischen Merkmalen (Fingerabdruck, Passbild) vor. Um unerlaubten Zutritt von ausländischen Kämpfern in die Europäische Union zu verhindern,

Quellen:

<http://www.wiwo.de/politik/deutschland/kampf-gegen-terror-eu-finanziert-erstmals-gegen-propaganda-im-netz/11236750.html>
<http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/351-reg_168-2007_de.pdf>
<http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/index_en.htm>
<http://euce.org/centers>
<http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/free_movement_of_persons_asylum_immigration/l14514_de.htm>
<http://www.policija.lt/index.php?id=21310>
<http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-309_de.htm>
<http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/police-cooperation/passenger-name-record/index_en.htm>
<https://www.europol.europa.eu/content/page/europol-information-system-eis-1850>
<https://www.europol.europa.eu/content/page/siena-1849>
<https://www.fiu.net>
<http://de.wikipedia.org/wiki/INTCEN>
<http://de.wikipedia.org/wiki/Berner_Club EN_INTEGR_POLITICAL_CRISIS_2013web.pdf>
<http://ec.europa.eu/justice/criminal/european-e-justice/ecris/index_en.htm>
<http://statewatch.org/news/2015/jan/eu-council-ct-ds-1035-15.pdf>
<http://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act>
<https://www.herts.police.uk/advice/counter_terrorism.aspx>
<https://www.europol.europa.eu/content/page/about-us>
<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%208457%202007%20REV%203>
<http://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/view/learning-counter-narrative-lessons-from-cases-of-terrorist-dropouts>
<http://www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/376/html>
<http://www.statewatch.org/news/2014/may/eu-council-coter-syrian-fighters-9280-14.pdf>



Gilles de Kerchove, EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung (Foto: Security and Defence Agenda/Flickr.com)

Informationsaustausch zur Terrorbekämpfung

Die Liste von Maßnahmen zum Austausch von Informationen im vorliegenden Dokument des EU-Koordinators ist lang:

· PNR (European Passanger Name Record): Sammelt Reise- und Kontaktdaten der Passagiere von Fluggesellschaften über Reservierung und Check-In. Es soll der Vorbeugung, Aufklärung, Untersuchung und strafrechtlichen Verfolgung von schweren Verbrechen und Terrorismus dienen.
Der Europäische Rat empfiehlt die Errichtung eines europäischen Zentrums für Terrorismusbekämpfung. Dieses Zentrum soll der Beobachtung von ausländischen Kämpfern dienen und ermöglichen, geheimdienstliche Erkenntnisse mit den europäischen PNR-Listen zu vergleichen.

· Focal Point Travellers: Reisende (Schwerpunkt-Reisende) werden im Rahmen dieses Projekts beobachtet, welches geheimdienstliche Erkenntnisse mit strafrechtlicher Verfolgung verbindet. Nationale Behörden sollen aktiv eingebunden werden und Informationen über Verdächtige von Europol (EIS – Europol Information System) beziehen. National gesammelte Passagierdaten werden mit den Daten von Europol regelmäßig verglichen. Geplant ist, dafür eine zentrale Stelle bei Europol zu errichten.

· Integration der Financial Intelligence Unit (FIU): Ein Finanzierungsnachrichtendienst, der es Europol ermöglichen soll, geheimdienstliche Techniken bei der Terrorbekämpfung zu nutzen.
Der Europäische Rat empfiehlt die Errichtung eines europäischen Systems zur Verfolgung von Spuren der Terrorfinanzierung (European Terrorist Financing Tracking System - TFTS) und die Verstärkung des Informationsaustauschs von Europol mit US-Behörden.

· Vertiefung der Beziehungen zu INTCEN (Intelligence Centre), einem inoffiziellen Organ des Europäischen Auswärtigen Dienstes und Verbesserung der nachrichtendienstlichen Strategien innerhalb der Europäischen Union. Dieses Organ wurde ohne Gesetzesgrundlage ins Leben gerufen und arbeitet eng mit dem sog. Berner Club zusammen. Dem Berner Club gehören die Geheimdienstchefs von mind. 19 EU-Staaten an. Es hat kein Sekretariat, die Treffen finden zweimal im Jahr geheim statt und Beschlüsse werden nicht gefasst. Auf welcher rechtlichen Grundlage die Vereinigung ruht, ist weitgehend unklar. Als Blick in die Zukunft äußert das Schreiben einen Wunsch: „Ein noch ambitionierterer Weg nach Vorne könnte sein, die Tätigkeiten von Europol und INTCEN aneinander mehr anzupassen".

· ECRIS (Europäisches Strafregisterinformationssystem): Die Mitgliedstaaten der EU sollen eine zentrale Akte über ihre Staatsbürger mit kriminellem Hintergrund bzw. krimineller Vergangenheit führen und die Daten untereinander und eventuell mit Drittstaaten austauschen, wobei der Europäische Rat in diesem Dokument die Mitgliedstaaten ermuntert, diesen Austausch systematischer zu betreiben und dabei mehr Proaktivität zu zeigen.

Die Vorratsdatenspeicherung wird in diesem Schreiben ebenfalls erwähnt: Die Europäische Kommission wird aufgefordert, eine Gesetzesgrundlage zur Vorratsdatenspeicherung so schnell wie möglich zu präsentieren. werden sie demnächst in die SIS II-Datenbank aufgenommen.
Auf nationaler Ebene wird die reibungslose Arbeit von SIS von Sirene Working Party gesichert. Mitgliedstaaten sollen bei der Etablierung von entsprechenden Technologien unterstützt werden, um systematische Grenzkontrollen durchführen zu können. Es wird ihnen auch noch ermöglicht, ihre Daten mit zentralen Datenbanken zu vergleichen.
Bei diesen über 4 Millionen aktiv geführten Datensätzen des SIS bleibt die Frage offen, nach welchen Kriterien den Bürgern das Glück beschert wird, auf dieser langen Liste landen zu dürfen. Laut einer Pressemitteilung der Europäischen Kommission aus 2013 hat jeder das Recht, auf „Auskunft über die im SIS II gespeicherten ihn betreffenden Daten und kann bei der zuständigen Behörde seines Landes die Berichtigung oder Löschung personenbezogener Informationen beantragen. Um Auskunft über Daten, deren Berichtigung, Löschung oder Erhalt durchzusetzen sowie Schadensersatzansprüche wegen einer Ausschreibung geltend zu machen, kann jeder gerichtliche Schritte einleiten".

Verschlüsselung vs. Überwachung

Seit den Snowden-Enthüllungen haben viele Telekommunikationsfirmen angefangen, dezentralisierte Verschlüsselungssysteme zu nutzen, was wiederum nationalen Behörden die legale Überwachung erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht. Die Kommission soll prüfen, mit welchen Regeln sie Telekommunikationsunternehmen verpflichten kann, nationalen Behörden Zugang zur Kommunikation ihrer Kunden zu gewährleisten (z.B. durch Mitteilung von Verschlüsselungskodes).
Für Mitgliedstaaten und Institutionen der Europäischen Union ist es im Rahmen der Terrorbekämpfung von Interesse, Übersicht über gesendete Mitteilungen ihrer Bürger zu haben – deshalb sollten sie ein gewisses Monitoring von Reaktionen auf Meldungen in öffentlichen und sozialen Medien betreiben. Die Europäische Union eröffnete durch das sog. Integrated Political Crisis Response (IPCR) bereits eine Webplattform zum „Monitoring von laufenden komplexen Situationen". Solche Seiten agieren wie Foren zum Austausch und zur Speicherung von Informationen, wo Daten zu ausgewählten Kommunikationsvorgängen leicht gefunden werden können. Laut eigener Aussage von IPCR ist die Plattform „für alle wichtigen Interessensvertretungen der Mitgliedstaaten und der EU zugänglich und unterstützt den rechtzeitigen Austausch von Informationen, welche für politische Entscheidungen der EU wichtig sind."
Wir werden in der Europäischen Union nicht allein gelassen. Dafür sorgen auch die Teilnehmer der Konferenz, die Justiz- und Innenminister europäischer Staaten in Riga. Beschützt, abgeschirmt, behütet, beruhigt: Errungenschaften bzw. künftige Errungenschaften der staatlichen Überwachung lassen keinen Terroristen in unser Hoheitsgebiet – nur eine Frage bleibt offen: Wo fängt Terrorismus an und wo hört er auf?

Autor:

Emöke Mühl

Geboren und aufgewachsen in Budapest. Mehrjährige Tätigkeit als Sprachlektorin an der Universität Wien. Neben Übersetzungen und Dolmetschen widmet sie sich schon seit längerem politischen Themen und kritischem Journalismus.

‹http://free21.org/de/node/265›

Président François Hollande machte die „Verschwörungstheoretiker" für die durch die Nazis gegen die Juden Europas begangenen Verbrechen verantwortlich. (Archivbild, Foto vom 17.3.2015: Claude Truong-Ngoc, cc-by-sa-3.0)

Der Staat gegen die Republik

Auf Antrag des Präsidenten François Hollande veröffentlichte nun die französische sozialistische Partei einen Hinweis auf die internationale „Konspirations"-Bewegung. Das Ziel: Rechtsvorschriften vorzubereiten, die ihr verbietet sich auszudrücken. In den Vereinigten Staaten hat der Staatsstreich vom 11. September 2001 ermöglicht, einen „permanenten Ausnahmezustand" (Patriot Act) zu erstellen und eine Reihe von imperialen Kriegen zu starten. Allmählich haben sich die europäischen Eliten auf ihre transatlantischen Kollegen ausgerichtet. Die Bürger machen sich überall Sorgen, von ihrem Staat im Stich gelassen zu werden und stellen ihre Institutionen in Frage. Um an der Macht zu bleiben, sind die Eliten jetzt bereit, Gewalt anzuwenden, um ihre Einwände zu unterdrücken. **von Thierry Meyssan**

Der Präsident der französischen Republik, François Hollande, hat das, was er die „Verschwörungstheorien" nennt, mit dem Nationalsozialismus verglichen, und dann aufgerufen, ihre Verbreitung über das Internet und die sozialen Netzwerke zu verhindern.

So sprach er am 27. Januar 2015 am Shoah-Denkmal:

„[Der Antisemitismus] unterhält die Verschwörungstheorien, die sich ohne Begrenzung ausbreiten. Verschwörungstheorien, die in der Vergangenheit schon zum Schlimmsten geführt haben," (...)

„[Die] Antwort ist, der Sache bewusst zu werden, dass die Komplott-Thesen sich über das Internet und soziale Netzwerke verbreiten. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Vernichtung zuerst durch das Wort vorbereitet wurde. Wir müssen auf europäischer und sogar internationaler Ebene handeln, damit ein rechtlicher Rahmen definiert werden kann und die Internet-Plattformen, welche die sozialen Netzwerke verwalten, zur Verantwortung gezogen werden und dass, im Falle einer Verletzung, Sanktionen verhängt werden" [1].

Mehrere Minister haben auch das, was sie die Verschwörungstheorien nennen, als „Keim des Hasses und des Zerfalls der Gesellschaft" ausgebuht.

Da wir wissen, dass Präsident Hollande die Idee, dass Staaten – auch Demokratien – eine spontane Neigung haben, in ihrem Interesse und nicht in dem ihrer Wähler zu handeln, „Verschwörungstheorie" nennt, kann man daraus schließen, dass er sich dieses Amalgam geleistet hat, um eine mögliche Zensur seiner Gegner zu rechtfertigen.

Diese Auslegung wird durch die Publikation einer Notiz mit dem Titel „Verschwörungstheorien, Stand der Dinge" der Jean-Jaurès-Stiftung, Think-Tank der Sozialistischen Partei bestätigt, dessen erster Sekretär Herr Hollande war. [2].

Lassen wir die politischen Beziehungen von François Hollande, die Sozialistische Partei, die Jean-Jaurès-Stiftung, das Observatorium der politischen Radikalität und den Verfasser der Notiz beiseite und konzentrieren wir uns auf die Botschaft und ihren ideologischen Inhalt.

Definition der „Verschwörungstheorien"

Die Begriffe „Verschwörungstheorien" und „Konspirationismus" haben sich in Frankreich nach der Veröffentlichung meines Buches über den US-Imperialismus nach dem 11. September, „L'Effroyable imposture » [der grauenhafte Schwindel] entwickelt [3]. Damals hatten wir Schwierigkeiten zu verstehen, was sie gemeint haben, weil sie auf die politische Geschichte der USA anspielten. In den Vereinigten Staaten nannte man häufig „Verschwörungstheoretiker" diejenigen, für die Präsident Kennedy nicht von einem Mann, sondern durch mehrere, die eine Verschwörung (im rechtlichen Sinne) gebildet hatten, ermordet wurde. Im Laufe der Zeit sind diese Ausdrücke in die französische Sprache eingedrungen und haben sich mit den Erinnerungen an die 30er Jahre und den zweiten Weltkrieg, mit der Denunzierung und der von den Nazis so genannten „jüdischen Verschwörung" überdeckt. Diese Ausdrücke sind daher heute mehrdeutig; sie erinnern uns manchmal an das US-Gesetz des Schweigens und in anderen Momenten an den europäischen Antisemitismus.

In ihrer Note gibt die Jean-Jaurès-Stiftung ihre eigene Definition für Verschwörungstheorien.

Es ist „eine ‚alternative' Geschichte, die behauptet, die Kenntnis, die wir von einem Ereignis haben, erheblich zu ändern und deshalb die allgemein akzeptierte ‚Version' anzufechten und sie als ‚offizielle' zu stigmatisieren" (s. 2).

Beachten wir, dass diese Definition nicht nur für die Wahnvorstellungen von psychisch Kranken gilt. So hat Platon mit dem Mythos der Höhle behauptet, die Gewissheiten seiner Zeit in Frage zu stellen; Galileo mit seiner heliozentrischen These hat die zu seiner Zeit aus der Bibel geschöpften Kenntnisse in Frage gestellt; und so weiter. Was mich betrifft, und da man in mir den „Papst der Verschwörungstheorien" sieht oder vielmehr „den Ober-Häretiker", in den Worten des italienischen Philosophen Roberto Quaglia, bekräftige ich mein radikales politisches Engagement im Sinne des französischen republikanischen Radikalismus von Léon Bourgeois [4], von Georges Clemenceau [5], von Alain [6] und von Jean Moulin [7]. Für mich, wie für sie, ist der Staat ein Leviathan, der naturgemäß jene missbraucht, die er beherrscht. Als radikaler Republikaner weiß ich, dass der Staat Feind des allgemeinen Interesses, der Res Publica ist; daher suche ich ihn nicht abzuschaffen, sondern ihn zu zähmen. Das republikanische Ideal ist mit verschiedenen politischen Regimen kompatibel – einschließlich mit der Monarchie, wie es von den Autoren der Déclaration von 1789 geschrieben wurde.

Diese Opposition, die die aktuelle Sozialistische Partei in Frage stellt, hat unsere Geschichte so sehr markiert, dass Philippe Pétain die Republik außer Kraft gesetzt hat, um „L'État français" [den „französischen Staat"] zu verkünden. Seit seinem Amtsantritt als Präsident habe ich den Pétainismus von François Hollande verurteilt [8]. Heute beruft sich Herr Hollande auf die Republik, um sie besser zu bekämpfen und seine Umkehrung der Werte stürzt das Land in Verwirrung.

Wer sind die „Verschwörer"?

Die „Konspirationisten" [Verschwörer] sind daher Bürger, die gegen die Allmacht des Staates sind und die ihn unter Aufsicht stellen möchten.

Die Jean-Jaurès Stiftung beschreibt sie allerdings mit diesen Worten:

„[Es ist eine] heterogene, mit den

Holocaust-Leugnern stark verwickelte Bewegung und wo sich Bewunderer von Hugo Chávez und bedingungslose Anhänger von Wladimir Putin treffen. Eine anrüchige Umwelt, von ehemaligen Linken- oder Linksextrem-Aktivisten, ehemaligen „Indignierten", Souveränisten, National-Revolutionären, Ultranationalisten, dem Dritten Reich Nachtrauernde, Anti-Impfstoff-Aktivisten, Unterstützer der Abgeordneten-Auslosung, Revisionisten des 11. September, Antizionisten, Afrozentristen, Überlebenskünstler, Anhänger der „alternativen Medizin", Agenten unter dem Einfluss des iranischen Regimes, Baschar-Anhänger, katholische Fundamentalisten oder Islamisten"(p. 8).

Man beachte das Amalgam und die Beleidigungen dieser Beschreibung, die die von ihr genannten Personen diskreditiert.

Die Mythen der „Konspirationisten"

Die Jean-Jaurès-Stiftung führt ihre Verunglimpfung weiter, indem sie die „Verschwörer" beschuldigt, die Realitäten der Welt zu ignorieren und an abgedroschene Mythen naiv zu glauben. So sollten wir an die „zionistische Welt-Verschwörung", an die „Illuminati-Verschwörung" und an den „Rothschild- Mythos" glauben (s. 4).

Und um diesen drei Aussagen Kredit zu verleihen, zitiert sie nur ein einziges Beispiel für den „Rothschild-Mythos": der Blogger Etienne Chouard – dessen Arbeit nicht nur die Republik betrifft, sondern weit darüber hinausgeht, um über Demokratie zu diskutieren [9] — sagt, dass das Gesetz von Pompidou-Rothschild aus 1973 der Ursprung der Schulden Frankreichs sei. Darauf reagiert die Stiftung, um diese Behauptung zu widerlegen und zitiert ein auf Libération veröffentlichtes Forum.

Hier ist darauf hinzuweisen, dass das alleinige Beispiel von Etienne Chouard, uns über die zwei zitierten Mythen unbefriedigt lässt. Vor allem wendet sich die Stiftung an unwissende Leute, die weder die Antwort von Herrn Chouard zum Forum von Libération [10], noch den Beitrag des „Verschwörers" Michel Rocard [11] gelesen haben. Tatsächlich scheint aus dieser Debatte hervorzugehen, dass das Gesetz von 1973 sehr wohl zur Explosion der französischen Schulden zugunsten der privaten Banken geführt habe, was vor dem Gesetz unmöglich gewesen wäre.

Die „Komplott-Sphäre"

Für die Stiftung Jean-Jaurès wären die Verschwörungs-Intellektuellen „...hauptsächlich Nordamerikaner. Wir zitieren besonders Webster Tarpley und William Engdhal (beide ehemalige Mitglieder der amerikanischen politisch-sektenartigen Organisation unter der Leitung von Lyndon LaRouche), Wayne Madsen (WayneMadsenReport.com), Kevin Barrett (VeteransToday.com) oder noch Michel Chossudovsky (Mondialisation.ca). Mit ihren europäischen Kollegen bilden sie eine Art Internationale, der Thierry Meyssan, der Voltaire-Netzwerk-Präsident, versucht hatte, durch die Zusammenführung im November 2005 in Brüssel in einer ‚anti-imperialistischen Konferenz' – ‚Axis for Peace' [Achse für den Frieden] eine konkrete Form zu geben – deren Teilnehmerliste wie ein Who's Who der bekanntesten Verschwörungs-Autoren der Epoche klingt" (s. 8).

Beachten wir zunächst, dass Jean-Jaurès-Stiftung nur Französisch und Englisch lesen dürfte und die Liste der Teilnehmer der Axis for Peace nur überflogen hat, um zu glauben, dass das Phänomen, das es beschreibt, nur Frankreich, Kanada und die Vereinigten Staaten betrifft, während es eine sehr wichtige Literatur auf Deutsch, Arabisch, Spanisch, Italienisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch und Russisch enthält; Sprachen, die in Axis for Peace mehrheitlich sind.

Beachten wir auch die bösartige Natur der Anspielung auf „die amerikanische politisch-sektenartige von Lyndon LaRouche geführte Organisation". Tatsächlich zum Zeitpunkt als Webster Tarpley und William Engdhal Mitglieder waren, hielt die Partei ihren Kongress mit ihrer französischen Schwester-Organisation, Lutte Ouvrière, ab.

Etwas weiter versäumt die Jean-Jaurès-Stiftung auch nicht, den Komiker Dieudonné M'bala M'Bala zu zitieren, dessen Aufführungen der Staat versucht zu torpedieren, den Soziologen Alain Soral, dessen Internetseite (EgaliteEtReconciliation.fr) Rekordabrufe in Frankreich verzeichnet und Alain Benajam (facebook.com/alain.benajam), Präsident des Voltaire Netzwerkes Frankreich und Vertreter der neurussischen Regierung Donbass. Im Jahr 1989 offenbarte der ehemalige Leiter des amerikanischen Geheimdienstes in Europa, Irwin Brown, den Journalisten Roger Faligot und Rémi Kauffer, Jean-Christophe Cambadélis rekrutiert zu haben, als er bei den Lambertistischen Trotzkisten Aktivist war. 25 Jahre später wurde Herr Cambadélis erster Sekretär der französischen sozialistischen Partei.

Christophe Cambadélis

Die politischen Ideen der „Verschwörung"

Nach diesen Vorspeisen kommt die Jean-Jaurès-Stiftung dann zum Kern der Debatte, zu den politischen Ideen. Sie definiert die der „Verschwörung" wie folgt:

„...das Streichen jeglichen Unterschiedes zwischen autoritären und liberalen Demokratien (bekannt als noch ‚totalitärer' als die schlimmsten der Totalitarismen) „...[der Kampf gegen] jegliche anti-rassistische Gesetzgebung unter dem Vorwand der ‚freien Meinungsäußerung'," „[Ablehnung der] Relevanz der Rechts" – links Spaltung, die wirkliche Kluft wäre jene, „die das System" (oder das „Imperium" oder die „Oligarchie") von jenen trennt, die ihm widerstehen." (s. 8)

«„...die Idee, dass der Zionismus ein ‚Projekt der Vorherrschaft' der Welt sei ..." (s. 9).

Die Stiftung Jean-Jaurès trifft genau die Themen des Konflikts, aber übertreibt die Darstellung, um ihre Gegner zu diskreditieren. Zum Beispiel, niemand hat sich gegen die Anti-Rassismus-Gesetzgebung aufgelehnt, sondern nur gegen die ausschließliche Verwendung des Fabius-Gayssot-Gesetzes, das die Debatte über die Vernichtung der europäischen Juden mit Gefängnis bestraft [12].

Was ist Zionismus?

Die Stiftung engagiert sich dann in eine langwierige Analyse meiner Arbeit über den Zionismus. Sie verzerrt sie und kommentiert dann: „Der von Thierry Meyssan hier behauptete Antizionismus steht nicht im Zusammenhang mit einer politischen Konjunktur-Kritik, jener Regierungen, die sich an der Spitze des Staates Israel ablösen konnten. Es ist kein Anti-Kolonialismus, der durch den Rückzug Israels aus den als Ergebnis des sechs-Tage-Krieges besetzten Gebieten und der Schaffung eines palästinensischen Staates gerecht würde. Es ist auch nicht eine Art von Internationalismus, der jegliche nationale Bewegung, woher sie auch immer käme, prinzipiell verdächtigt, weil er ja genau den Zionismus nicht für eine nationale Bewegung hält. Dieser Antizionismus paranoider Natur behauptet nicht, den Zionismus bekämpfen zu wollen, der in seiner historischen Vielfalt betrachtet wird, sondern die phantasmatische Hydra, die die Quelle des Unglücks der Welt wäre." (s. 9)

Mit dem Willen, diese Debatte abzuschließen und dem beträchtlichen Platz, den sie ihr in ihrer Analyse eingeräumt hat, misst die Jean-Jaurès-Stiftung ihr Gewicht bei. Ich verteidige in der Tat eine Position, die bis jetzt in der westlichen politischen Debatte abwesend ist [13]: Das erste Staatsoberhaupt das seine Absicht darlegte, die Juden aus aller Welt in einem Staat, der ihnen gehören soll, versammeln zu wollen, war Lord Cromwell im 17. Jahrhundert. Sein deutlich erklärtes Projekt war, die jüdische Diaspora dazu zu verwenden, um die

englische Vorherrschaft zu erweitern. Dieses Projekt wurde von allen folgenden britischen Regierungen verteidigt und von Benjamin Disraeli auf die Tagesordnung der Konferenz von Berlin eingetragen. Theodor Herzl selbst war Schüler von Cecil Rhodes, dem Theoretiker des britischen Empires. Herzl hatte ursprünglich vorgeschlagen, Israel in Uganda oder Argentinien, nicht aber in Palästina, zu gründen. Als es ihm gelungen war, jüdische Aktivisten für das britische Projekt zu interessieren, kaufte er Land in Palästina, indem er die Jüdische Agentur schuf, deren Status eine vollständige Kopie des Unternehmens von C. Rhodes im südlichen Afrika war. 1916/17 haben sich das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten versöhnt und gemeinsam beschlossen, den Staat Israel zu erstellen, es gab dann die Balfour-Deklaration für London und die 14 Punkte von Wilson für Washington.

Es ist daher vollkommen absurd zu behaupten, dass Herzl den Zionismus erfunden habe, vollkommen absurd, das zionistische Projekt vom britischen Kolonialismus zu trennen und zu leugnen, dass der Staat Israel ein Werkzeug des gemeinsamen imperialen Projektes von London und Washington ist.

Die Position der Sozialistischen Partei zu diesem Thema ist nicht unschuldsvoll. 1936 schlug sie mit Léon Blum vor, die deutschen Juden in den südlichen Libanon zu verlegen, damit dieses Gebiet von Israel annektiert werde, wenn dieses geschaffen sein würde [14]. Das Projekt wurde jedoch schnell vom französischen Hochkommissar in Beirut, Graf Damien de Martel de Janville, abgelehnt, weil es eindeutig das Mandat des Völkerbundes verletzte. Heute wird die im Jahre 2003 innerhalb der Sozialistischen Partei gegründete israelische Lobby, in der François Hollande erster Sekretär war, daher ganz natürlich „Cercle Léon Blum“ genannt.

Abschließende Bemerkungen

Im Jahr 2008 hatte Professor Cass Sunstein, Berater von Präsident Barack Obama und Ehemann der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen eine ähnliche Notiz wie Hollande verfasst [15].

Er schrieb: „Wir können uns gut eine Reihe von möglichen Antworten vorstellen.

1. Die Regierung kann die Verschwörungstheorien verbieten.
2. Die Regierung könnte eine Art Steuer, finanzielle oder anderweitige, denjenigen auferlegen, die solche Theorien verbreiten.
3. Die Regierung könnte sich zu einem Konter-Diskurs engagieren, um die Verschwörungstheorien zu diskreditieren.
4. Die Regierung könnte glaubwürdige private Partner ermutigen, einen Konter-Diskurs zu führen.
5. Die Regierung könnte informelle Kommunikation mit dritten Parteien produzieren und sie fördern.“

Letztlich hatte die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen, Einzelpersonen zu finanzieren, sowohl im Inland als auch im Ausland, um die Foren der „Verschwörung“-Websites zu stören und um Gruppen zu erstellen, die ihnen Widerspruch brachten.

Da dies nicht genügte, wird Frankreich autoritäre Maßnahmen ergreifen. Wie in der Vergangenheit haben sich die französischen Eliten, deren angeblicher linker Flügel die Sozialistische Partei bildet, unter das Kommando der wichtigsten Militärmacht der Zeit gestellt, in diesem Fall der Vereinigten Staaten.

Für die Umsetzung dieses Projektes bleibt zu definieren, welches Organ, der Verwaltung natürlich, für die Zensur zuständig wird und welche Kriterien angewendet werden. Seien wir nicht naiv, wir nähern uns einer unausweichlichen Kraftprobe.

Quellen:

„Der Staat gegen die Republik”, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 9. März 2015, <*www.voltairenet.org/article186994.html*>
(Lizenz CC BY-NC-ND).
[1] « Discours de François Hollande au Mémorial de la Shoah », par François Hollande, Réseau Voltaire, 27 janvier 2015.
[2] « Conspirationnisme : un état des lieux », par Rudy Reichstadt, Observatoire des radicalités politiques, Fondation Jean-Jaurès, Parti socialiste, 24 février 2015.
[3] L’Effroyable Imposture suivi de Le Pentagate, par Thierry Meyssan, Nouvelle réédition, entièrement réactualisée et annotée, éditions Demi-Lune. <*http://www.librairie-voltairenet.org/index.php?id_product=42&controller=product*>
[4] Léon Bourgeois, französischer Bildhauer (1851–1925). Theoretiker des “Solidarismus” (den die aktuellen Sozialisten mit der Bruderschaft verwechseln). Er war Präsident der Radikalen Partei, Präsident des Ministerrates, erster Präsident des Völkerbundes und Nobelpreisträger für den Frieden im Jahre 1920.
[5] Georges Clemenceau (1841-1929). Er verteidigte die Kommunarden gegen die Rechte und bekämpfte die sozialistische Linke sowohl gegen ihr Projekt der Kolonisation als auch gegen ihre Vision der Trennung von Kirchen und Staat. Während des ersten Weltkrieges war er Präsident des Rates.
[6] Alain, französischer Philosoph (1868 – 1951), Mitbegründer des Ausschusses der Wachsamkeit der Intellektuellen Antifascisten (CVIA). Er setzte sich für eine die Freiheit schützende, streng vom Volk kontrollierte Republik ein.
[7] Jean Moulin, hoher Beamter (1899 – 1943). Er nahm die Partei der spanischen Republikaner und organisierte gegen die neutrale sozialistische Regierung einen Waffenhandel, um gegen die Franco-Truppen zu kämpfen. Während der [deutschen] Besetzung leitete er den nationalen Widerstandsrat. Von den Nationalsozialisten verhaftet, starb er unter der Folter.
[8] „Das Frankreich von François Hollande”, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 30. Juli 2012. <*http://www.voltairenet.org/article175206.html*>
[9] Die Republik versichert, dass die Macht dem allgemeinen Wohl dient. Die Demokratie erfordert, dass die Macht von allen Bürgern ausgeübt wird.
[10] « Analyse des réflexions de Monsieur Beitone sur la prétendue rumeur d’extrême droite à propos de la loi de 1973 », von Étienne Chouard, am 30. Dezember 2011. („Analyse der Gedanken von Herrn Beitone über die angeblichen Gerüchte der Extrem-Rechten hinsichtlich des Gesetzes von 1073”).
[11] Radiosendung Mediapolis auf Europe 1 vom 22. Dezember 2012. Der ehemalige sozialistische Premierminister Michel Rocard war Gast von Michel Field und Olivier Duhamel. <*http://www.europe1.fr/mediacenter/emissions/mediapolis/sons/mediapolis-22-12-12-1356875*>
[12] Viele Politiker haben sich erfolglos gegen dieses Gesetz eingesetzt, einschließlich dem ehemaligen Präsidenten Jacques Chirac und den ehemaligen Premierministern Dominique de Villepin und François Fillon.
[13] „Wer ist der Feind?”, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 5. August 2014. <*http://www.voltairenet.org/article184989.html*>
[14] My Enemy’s Enemy: Lebanon in the Early Zionist Imagination, 1900-1948, von Laura Zittrain Eisenberg, Wayne State University Press (1994). Doktorarbeit von israelischer Seite durch Itamar Rabinovitch und durch Kamal Salibi auf der libanesischen Seite überprüft. <*http://www.amazon.com/My-Enemys-Enemy-Imagination-1900-1948/dp/081432424X*>
[15] «Conspiracy Theories», Cass R. Sunstein & Adrian Vermeule, Harvard Law School, January 15, 2008. <*http://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID1084585_code254274.pdf?abstractid=1084585&mirid=1*>

Autor:

Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.
www.voltairenet.org

‹http://free21.org/de/node/228›

Kriegspropaganda statt Friedenspolitik

Interview mit dem renommierten Friedensforscher und NATO-Kenner Dr. Daniele Ganser.

Von Jens Wernicke

Herr Ganser, das Bundeskanzleramt warf dem Oberbefehlshaber der NATO in Europa, Philip M. Breedlove, „gefährliche Propaganda" vor. Breedlove stelle beispielsweise die militärischen Aktivitäten Russlands in der Ostukraine völlig überzogen dar. Was vollzieht sich hier? Wird hier nun ausgerechnet die NATO von ausgerechnet der deutschen Regierung der Kriegspropaganda überführt?

GANSER: Das Bundeskanzleramt hat recht mit dieser Kritik. Denn meiner Meinung nach passiert derzeit etwas sehr Gefährliches: US-Generäle wie Breedlove versuchen, einen Krieg vom Zaun zu brechen, in welchem sich Deutsche und Russen gegenseitig töten, damit beide Länder geschwächt werden. Das ist ein zynischer, ja diabolischer Plan. Aber US-Strategen wie Georg Friedman, Direktor des Think Tanks Stratfor, schlagen genau dies vor. Denn vereint seien Deutschland und Russland die einzigen Mächte, welche die USA bedrohen könnten, so Friedman in einem Vortrag im Februar 2015 in Chicago.

„Unser Hauptinteresse besteht darin, sicherzustellen, dass dieser Fall nicht eintritt", so Friedman. Man müsse daher beide Länder in einen endlosen Krieg verwickeln, so dass sie ausbluten. Nicht alle Menschen in den USA vertreten diese Haltung, aber radikale Kriegstreiber wie Friedman schon. „Die USA können als Imperium nicht andauernd in Eurasien intervenieren", erklärte er. Daher müsse man die verschiedenen Länder Eurasiens gegeneinander aufbringen und verhindern, dass sie sich in Brüderlichkeit verbinden. „Ich empfehle eine Technik, die von Präsident Ronald Reagan eingesetzt gegen Iran und Irak wurde: Er unterstützte beide Kriegsparteien!" so Friedman. Der Krieg zwischen Irak und Iran von 1980 bis 1988 forderte übrigens mindestens 400.000 Tote, aus Sicht der Friedensforschung ist es also erschreckend, was Friedman da empfiehlt. „Dann haben die Iraner und Iraker gegeneinander und nicht gegen uns gekämpft", erklärte Friedman in seinem Vortrag. „Das war zynisch und amoralisch. Aber es funktionierte. Denn die USA sind nicht in der Lage, ganz Eurasien zu besetzen. In dem Moment, indem wir einen Stiefel auf europäischen Boden setzen, sind wir aufgrund der demografischen Unterschiede zahlenmäßig total unterlegen."

Meiner Meinung nach versuchen nun radikale US-Generäle wie Breedlove genau diese Strategie umzusetzen, damit sich in Zukunft deutsche und russische Soldaten gegenseitig in der Ukraine erschießen und ganz Osteuropa destabilisiert und geschwächt wird. Das aber wäre eine Katastrophe. Darum muss die Friedensbewegung ein Gegenprogramm anbieten, nämlich Neutralität für die Ukraine. Kein NATO-Beitritt also - und Freundschaft zwischen Deutschland und Russland.

Wie geht denn die NATO vor, um den Konflikt zu schüren?

GANSER: NATO-General Breedlove ist immer wieder dadurch aufgefallen, dass er übertriebene oder unwahre Behauptungen verbreitet hat. Dadurch schürt die NATO den Krieg. Das ist sehr gefährlich, weil die Situation ja angespannt ist, wie wir alle wissen. Am 12. November 2014 erklärte Breedlove zum Beispiel, dass nun russische Truppen und Panzer in die Ukraine einmarschiert seien! Doch das stimmte nicht, und das ist keine Kleinigkeit. Wörtlich sagte der NATO-General: „Wir haben gesehen, dass russische Truppen, russische Panzer, Artillerie und Luftabwehrsysteme in die Ukraine einmarschiert sind." Das wurde von der BBC und anderen Massenmedien weltweit verbreitet, aber es war eine Lüge.

Und auch US-General Ben Hodges, Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa, treibt den Krieg an, indem er die ukrainische Armee unterstützt. Im Januar 2015 besuchte Hodges ein Militärspital in Kiew und überreichte verwundeten ukrainischen Soldaten Tapferkeits-Abzeichen der US-Armee. Das ist völlig ungewöhnlich. Stellen sie sich vor, ein chinesischer General käme in ein Militärspital nach Berlin und würde in Afghanistan verwundeten deutschen Soldaten das Tapferkeits-Abzeichen der chinesischen Armee überreichen! Das erhöht doch die Spannungen.

US-General Hodges zeigt aber symbolisch: Die USA sind jetzt aktiv Kriegspartei in der Ukraine, sie stehen hinter der ukrainischen Armee, die die von Russland unterstützen Separatisten in der Ostukraine bekämpft. Weil Deutschland Mitglied der NATO ist besteht die Gefahr, dass deutsche Soldaten durch die USA in diesen Krieg mit hineingezogen werden, ähnlich wie schon in Afghanistan nach 2001. Wenn das passieren sollte, dann haben wir genau den Zustand, den Friedman fordert: Deutsche und Russen erschießen sich in der Ukraine gegenseitig. Natürlich hoffe ich nicht, dass das passieren wird. Die Friedensbewegung muss vor dieser Gefahr aber warnen, um sie abzuwenden.

Ist derlei denn „üblich", ich meine: dass die NATO lügt, übertreibt oder betrügt?

GANSER: Ja, leider hat die NATO immer wieder Lüge und Gewalt kombiniert. In meinem Buch „NATO-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung" zeige ich auf, wie die NATO im Kalten Krieg in allen Ländern Westeuropas mit Unterstützung des US-Geheimdienstes CIA und des britischen Geheimdienstes MI6 Geheimarmeen aufgebaut hatte, ohne dass die Bevölkerung oder das Parlament etwas davon wusste.

Vor allem US-Generäle sind gefährlich, denn sie haben in den letzten 70 Jahren fast ohne Unterbrechung Krieg geführt in vielen verschiedenen Ländern und sind es als Vertreter eines Imperiums nicht nur gewohnt zu töten, sondern auch zu täuschen. General Lyman Lemnitzer beispielsweise, der von 1963 bis 1969 als SACEUR der NATO diente, also ein Vorgänger des jetzigen SACEUR Breedlove, hat in den 1960er Jahren empfohlen, die USA könnten einen Krieg gegen Kuba inszenieren, indem man ein amerikanisches Schiff auf dem US-Militärstützpunkt Guantanamo selber in die Luft sprengt sowie Terroranschläge in Washington durchführt und beide Verbrechen dann Fidel Castro in die Schuhe schiebt, um das amerikanische Volk auf einen Krieg gegen Kuba einzustimmen. Diese sogenannte Operation Northwoods http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Northwoods wurde zum Glück von Präsident John F. Kennedy gestoppt, sie zeigt aber, wie gefährlich hohe Offiziere im Pentagon sind.

Treiben denn nur die USA diese Kriege an oder sind auch andere NATO-Länder involviert?

GANSER: Die NATO zählt heute 28 Mitglieder und leider sind auch andere NATO-Länder an der Kriegspropaganda beteiligt. Zum Beispiel die Briten. Vor dem Angriff auf den Irak im März 2003 erklärte der britische Premierminister Tony Blair: „Der Irak besitzt chemische und bio-

logische Waffen. (...) Seine Raketen sind binnen 45 Minuten einsatzbereit.“ Das war eine Lüge. Der Angriff der NATO-Länder USA und Großbritannien auf den Irak wurde dann aber dennoch und zwar ohne UNO-Mandat und illegal geführt. Und auch als die NATO am 24. März 1999 damit begann, Serbien zu bombardieren war dies ein illegaler Angriffskrieg, weil die NATO erneut kein Mandat des UNO-Sicherheitsrates hatte. Damals war es Deutschland unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joschka Fischer, das zusammen mit den USA aktiv an diesem Angriffskrieg teilgenommen hat. Im Vorfeld des Krieges wurden Lügen erzählt, um die Menschen in den Krieg zu treiben. Schröder hat 2014 eingeräumt, dass die NATO damals gegen das Völkerrecht verstoßen hat. „Als es um die Frage ging, wie entwickelt sich das in der Republik Yugoslavien, Kosovokrieg, da haben wir unsere Flugzeuge, unsere Tornados, nach Serbien geschickt und wir haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt, ohne, dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte“, so Schröder selbstkritisch.

Wie kommt es, dass bei alldem üblicherweise niemand widerspricht und nachher in all unseren Medien immer dieselben NATO-Argumente und -Statements zu lesen sind?

GANSER: Die Massenmedien in Deutschland führen die Menschen leider direkt in die Konfrontation mit Russland hinein, genauso, wie es sich radikale US-Amerikaner wie Stratfor-Direktor Friedman wünschen. Das heißt, es wird täglich der Hass gegenüber Russland geschürt. Nur ganz selten gibt es eine kritische Auseinandersetzung mit der NATO oder den strategischen Interessen des Imperiums USA, also den Kräften, welche den Krieg in der Ukraine antreiben.

Viele Journalisten getrauen sich auch gar nicht, die USA als Imperium zu bezeichnen, fürchten um ihre Stelle oder anderes. Aber es ist ganz offensichtlich, dass die USA das Imperium der Gegenwart sind, also das mächtigste Land, und natürlich verfolgen Imperien immer ihre Machtinteressen. Dies wird aber von den Massenmedien zu wenig offen dargelegt. Viele sitzen täglich vor dem Fernseher und kennen weder die Bezeichnung „Imperium USA“ noch die strategischen Interessen dieses Imperiums in Eurasien. Daher sind kritische Menschen vollkommen zurecht von den bekannten Fernsehkanälen und Zeitungen enttäuscht und versuchen, sich mehr über das Internet und alternative Medien zu informieren.

Und meinen Sie, die entsprechende Kritik unserer Regierung ist Indiz dafür, dass diese nun endlich der globalen Gewaltspirale den Kampf ansagt, sich also eine Entwicklung weg von Propaganda gegen und hin zu Respekt und Dialog mit Russland abzuzeichnen beginnt? Und: Ist sie selbst, unsere Regierung, denn wirklich glaubwürdiger als die NATO, welche sie nun so wortgewaltig kritisiert?

GANSER: Ich bin ja in der Schweiz, wir sind nicht Mitglied der NATO. Ich habe also eine Außensicht auf die Politik von Deutschland und Kanzlerin Merkel. Ich sehe, dass sich in Deutschland viele Menschen Sorgen machen wegen des Krieges in der Ukraine, weil er so nahe ist. Und die meisten Deutschen, mit denen ich in Kontakt bin, wollen auf keinen Fall, dass sich deutsche und russische Soldaten in Zukunft in der Ukraine gegenseitig erschießen. Aber ich bin mir nicht sicher, was die deutsche Regierung will. Sie fährt einen Zickzackkurs. An einem Tag heizt sie als NATO-Mitglied zusammen mit den USA den Krieg in der Ukraine an, indem sie die Spannungen gegenüber Russland erhöht. Und an einem anderen Tag versucht sie, die Freundschaft oder zumindest den Respekt gegenüber Russland zu wahren etwa indem sie NATO-Kriegstreiber wie Breedlove öffentlich kritisiert. Welche Linie sich da in Zukunft durchsetzen wird, ist offen.

Und wie bewerten Sie den Abgang des Scharfmachers Anders Fogh Rasmussen als NATO-Generalsekretär? Wird Jens Stoltenberg womöglich eher friedfertigerer Nachfolger sein? Oder anders: Wieviel Einfluss hat der so genannte Generalsekretär eigentlich auf die konkrete NATO-Politik?

GANSER: Wenn sie die Geschichte der NATO studieren, erkennen sie leicht, dass der Generalsekretär immer ein Europäer ist, also derzeit mit Stoltenberg ein Norweger oder zuvor mit Rasmussen ein Däne. Aber das sollte die Europäer nicht darüber hinwegtäuschen, dass die USA das Sagen haben in der NATO. Der wichtigste Posten ist nämlich nicht jener des Generalsekretärs, sondern der des Supreme Allied Commander Europe, denn hier liegt das militärische Kommando, und das ist immer ein amerikanischer General, derzeit also Breedlove.

Hat Stoltenberg die Kriegstreiberei von Breedlove öffentlich kritisiert oder ihn gestoppt? Nein, denn das kann er gar nicht. Die Aufgabe von Stoltenberg als Generalsekretär besteht vor allem darin, der NATO ein europäisches Gesicht zu geben. Das wirkt in Europa viel besser als wenn immer ein US-Diplomat auftritt.

Ich glaube also nicht, dass Stoltenberg die NATO in eine friedensbringende Organisation verwandeln will oder kann. Und zwar auch deswegen, weil der Leistungsausweis der NATO der letzten beiden Dekaden veranschaulicht, dass NATO-Kriege und die Technik des Regime Change über all diese Jahre hinweg allerorten zerstörte Länder mit traumatisierten Menschen zurückgelassen haben, in Libyen, in Irak und in Afghanistan. Ich hoffe nicht, dass nun auch noch die Ukraine auf diese traurige Liste kommt.

Vielen Dank für das Gespräch.

Quellen:

FORSCHUNGSARBEIT MEINUNGSMANIPULATIONSSSTRATEGIEN IN FRIEDEN UND KRIEG
<http://www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/Wernicke_Forschungsarbeit-Feindschaft.pdf>

Spiegel Online: Ukraine-Krise: Nato-Oberbefehlshaber verärgert Alliierte
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/nato-oberbefehlshaber-philip-breedlove-irritiert-allierte-a-1022242.html>

Handelsblatt: Der Scharfmacher tritt ab
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/nato-chef-rasmussen-der-scharfmacher-tritt-ab/10643642.html>

Norwegen.no: Jens Stoltenberg wird neuer NATO-Generalsekretär
<http://www.norwegen.no/News_and_events/germany/policy/Jens-Stoltenberg-zum-Nato-Chef-ernannt/#.VQWfA450ZoM>

Nachdenkseiten: Der Terror von Paris und die globale Gewaltspirale
<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24659>

You Tube: George Friedman: “Europe: Destined for Conflict?
<https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc>

You Tube: Daniele Ganser: Die Nato dehnt sich aus und nicht Russland
<https://www.youtube.com/watch?v=DIA_Dr7aXR4>

Nachdenkseiten: Die Nato dehnt sich aus und nicht Russland
<>http://www.nachdenkseiten.de/?p=23352

Le Bohemian: US-Denkfabrik Stratfor Die Falken der Geopolitik
<http://le-bohemien.net/2015/03/18/us-denkfabrik-stratfor-die-falken-der-geopolitik/>

German Foreign Policy: Gefährliche Propaganda
<http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/59072>

Im Interview:

Dr. Daniele Ganser

ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet an der Universität St. Gallen (HSG) zur Geschichte und Zukunft von Energiesystemen und an der Universität Basel im Nachdiplomstudium Konfliktanalysen zum globalen Kampf ums Erdöl. Er leitet das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) in Basel.

‹http://free21.org/de/node/220›

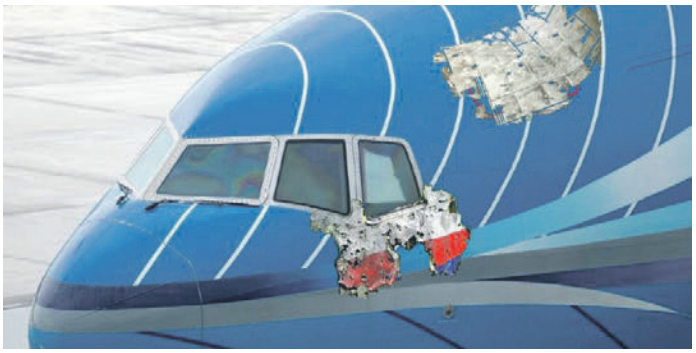
Von Jens Wernicke. Publiziert: 21.03.2015 (11:40) - Aktualisiert: 21.03.2015 (11:40), von den Nachdenkseiten übernommen

MH 17: Ist der Abschuss durch eine ukrainische SU 25 bewiesen?

Peter Haisenko, Verkehrspilot für 30 Jahre, seit 2004 als Autor und Journalist tätig, hat in den letzten Jahren etwa 300 Artikel veröffentlicht mit Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

Der erste „Bericht" der holländischen Kommission zum Absturz der MH 17 über der Ostukraine war beschämend nichtssagend. Er konnte sich auch nicht auf Fakten stützen, die nur belegt werden können, wenn die Wrackteile ordentlich untersucht werden. Ein Teil der Flugzeugreste ist seit einigen Monaten nach Holland gebracht worden und jetzt lässt sich zweifelsfrei belegen, was an diesem schrecklichen 17. Juli 2014 geschehen ist – die „Haisenko-Analyse" ist vollständig bestätigt.

Von Peter Haisenko



So passen sich die geborgenen Fragmente ins Flugzeug ein.

Das Foto des Cockpit-Fragments. Dieses Bild beweist bereits, dass MH 17 von einem Kampfflugzeug beschossen worden ist.

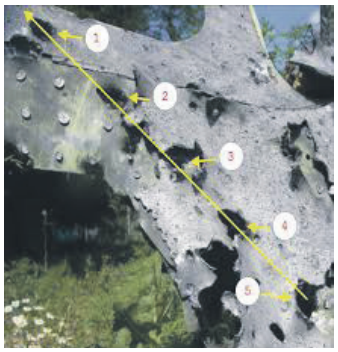
Ich nehme das Ergebnis der neuesten Analysen der Wrackteile vorweg: Eine oder auch zwei ukrainische SU 25 haben zuerst aus einigen Kilometer Entfernung eine Luft-Luft-Rakete vom Typ R 60M von hinten auf die Boeing abgefeuert und den rechten Motor getroffen, ebenso, wie Schrapnelle dieser Angriffswaffe im unteren mittleren Rumpf eingeschlagen sind. Die Piloten der MH 17 wussten zu diesem Zeitpunkt nicht, was ihrem Flugzeug passiert ist. Sie konnten es nicht wissen, denn der Schaden und seine Ursache lagen außerhalb ihres Sichtbereichs. Die Boeing hat dann die Geschwindigkeit drastisch reduziert, wie es die Physik verlangt, wenn ein Motor ausgefallen ist.

Die MH 17 bekommt den Fangschuss

Wenige Sekunden später begann dann der direkte Beschuss von rechts hinten, der den Flügel streifte, die vordere Sektion – und hier vor allem das Cockpit – traf und die Piloten sofort tötete. Wie jetzt durch die Untersuchung der Wrackteile belegt ist, fand dieser Beschuss mit der zweiläufigen 30-mm-Kanone einer SU 25, Typ GSch-302 /AO-17A, aus einer Entfernung von etwa 500 Metern statt. Obwohl die Piloten bereits tot waren, ist die B 777 nicht sofort abgestürzt, sondern mit niedriger Geschwindigkeit steuerlos in einer Sinkflugkurve weitergeflogen. Daraufhin erfolgte ein zweiter Anflug der SU 25 und Beschuss der vorderen Sektion von der anderen Seite.

Dieser zweite direkte Angriff führte zum Auseinanderbrechen der Struktur. Das Cockpit und Teile der vorderen Sektion fielen der Schwerkraft folgend nahezu senkrecht zu Boden, während der mittlere und hintere Teil mit dem Flügel erst in etwa 25 Kilometer Entfernung auf dem Boden aufschlug. Um die volle Grausamkeit dieses Massenmordes zu illustrieren, stelle ich hier fest, dass die Mehrzahl der Passagiere mit höchster Wahrscheinlichkeit den gesamten Vorgang bei vollem Bewusstsein miterleben mussten. Seit einigen Monaten liegt der Augenzeugenbericht eines Bodenmitarbeiters der ukrainischen Luftwaffe vor, der den Piloten der SU 25 nach der Landung als völlig verstört beschreibt. Er hat gestammelt, dass „es das falsche Flugzeug war". Dazu später mehr.

Leider sind die Wrackteile der MH 17 unvollständig. Besonders Teile der vorderen Sektion, die die deutlichsten Spuren von Beschuss aufweisen, sind wohl beiseite geschafft und vernichtet worden. Aber Fotos auch dieser Teile existieren und können begutachtet werden. Nach der jetzigen Beweislage darf die Annahme als gesichert angesehen werden, dass es die ukrainische Armee war, die die Feuerpause um die Absturzstelle nicht eingehalten hat, um die Beweise für ihre Schuld vernichten zu können. Was aber gesichert werden konnte, reicht völlig aus, den Beschuss durch eine SU 25 zweifelsfrei zu beweisen. Im Folgenden beschreibe ich auszugsweise die Beweislage, die auch einen Abschuss durch eine Boden-Luft-Rakete ausschließt.



Eine Streugarbe in der Sequenz

Schnittbild einer R 60M.

Der Triebwerkseinlass des rechten Motors zeigt Spuren des Beschusses.

Die Beweiskette

Beginnen wir mit dem Erstbeschuss durch eine Luft-Luft-Rakete R 60M. In der Struktur der Außenhaut nahe der Tür 2 wurde ein Teil gefunden, das nur einer R 60M entstammen kann. Siehe Fotos. Ein solches Teil ist „boeing-fremd", kann auch nicht dem Gepäck eines Passagiers entstammen und somit ist der Erstbeschuss durch eine Luft-Luft-Rakete allein dadurch zweifelsfrei nachgewiesen.

An dieser Stelle ist das Teil in der R 60M verbaut, das in der MH 17 gefunden wurde.

Dieser Beschuss hat bereits die Elektronik der B 777 massiv gestört und es gab keine Zeit für die Piloten, die Funktion wiederherzustellen oder Notrufe zu senden, denn nur sieben Sekunden später folgte der direkte Beschuss, deren Beweise nun folgen und die sind vielfältig. Zunächst ist hier das Foto des Cockpit-Fragments zu nennen, auf das ich meine erste Analyse gestützt habe. Dieses Bild beweist bereits, dass MH 17 von einem Kampfflugzeug beschossen worden ist.

Das Fragment aus der R 60M-Luft-Luft-Rakete.

Der gezielte Mord am Kapitän

Die Einschüsse im Sitz des Kapitäns.

Dann die Pilotensitze und die Leiche des Kapitäns. Diese weist im Brustbereich mehrere runde Löcher auf. Weitere Fotos von Flugzeugfragmenten weisen Löcher und Beschädigungen auf, die nur durch direkten Beschuss entstanden sein können. Die unterschiedliche Form und Größe der Einschusslöcher sind durch unterschiedliche Beschusswinkel entstanden. An den Rändern der Einschusslöcher können Kupfer- und Schmierstoffspuren nachgewiesen werden, die nur von Geschossen der SU 25 stammen können.
Beachtung sollte auch das Fragment finden, das die Umrandung eines Triebwerkseinlasses zeigt. Es belegt unter anderem den Angriffswinkel des ersten direkten Beschusses von rechts hinten. Siehe Grafik.

Zweifel sind ausgeschlossen

Nachdem der Beschuss der MH 17 durch eine ukrainische SU 25 unzweifelhaft nachgewiesen ist, erübrigt es sich, näher darauf einzugehen, warum ein Beschuss mit einer Boden-Luft-Rakete vom Typ BUK auszuschließen ist. Ich weise nur darauf hin, dass an keinem Trümmerteil der MH 17 eine Beschädigung zu finden ist, die durch eine BUK entstanden sein kann. Wer hier immer noch zweifelt, der möge sich den ausführlichen Bericht hier *(<http://www.global-research.ca/how-the-malaysian-airlines-mh17-boeing-was-shot-down-examination-of-the-wreckage/5435094>)* ansehen, der im Übrigen vollständig der frühen Analyse von Bernd Biedermann entspricht. Bernd Biedermann war Oberst der NVA und darf als Experte für das BUK-System zitiert werden.

Angriffswinkel des ersten direkten Beschusses.

Wer sollte wirklich umgebracht werden?

Die Beweise liegen also vor, dass die MH 17 vorsätzlich und wahrscheinlich von langer Hand geplant und vorbereitet von einer ukrainischen SU 25 abgeschossen worden ist. Doch nun zu der Aussage des SU 25-Piloten: Es war das falsche Flugzeug. Von Anfang an kursierte die These, dass dieser Angriff eigentlich dem Flugzeug Putins galt, das tatsächlich zeitgleich einige hundert Kilometer nördlich geflogen ist. Wir wissen, dass Frau Timoschenko am liebsten Putin mit einer Kalaschnikow erschießen wollte. Aus gesicherter Quelle habe ich erfahren, dass der Journalistenstab und die Redakteure des Bayrischen Rundfunks von der These überzeugt sind, dass Putin abgeschossen werden sollte. Sie dürfen ihre Überzeugung nicht publizieren.
Also habe ich versucht, den Originalflugplan von Putins Maschine zu erhalten. Meine diesbezügliche Anfrage an das BFS (Bundesamt für Flugsicherung) wurde abgelehnt und zwar mit dem Argument, das man eigentlich nur von der US-Regierung kennt: Nationale Sicherheit! Dazu muss man wissen, dass ein Flug auf einer bestimmten Route geplant wird, diese jedoch während des Fluges geändert werden kann und – man kann sagen in 100 Prozent aller Flüge – geändert wird. Wenn also der Originalflugplan von Putins Maschine über die Ukraine geführt hat – und dafür spricht einiges – dann hat dieser Angriff mit höchster Wahrscheinlichkeit tatsächlich Putin gegolten.

Das falsche Flugzeug am falschen Ort

Es war dann das Unglück der 298 Insassen der MH 17, dass Putins Maschine den Weg über Polen gewählt hat. Zum weiteren Verständnis: Für den Pilot der SU 25 war es nahezu unmöglich zu erkennen, ob es sich bei seinem Ziel um eine B 777 oder Putins IL 96 gehandelt hat. Er hat seinen ersten Angriff mit der Luft-Luft-Rakete aus etwa sechs Kilometer hinter der Maschine gestartet; unter Zeitdruck, denn das Flugzeug drohte in wenigen Minuten in den russischen Luftraum einzufliegen. Aus dieser Position kann er nicht unterscheiden, ob er eine Boeing 777 oder eine IL 96 vor sich hat. Er kann nicht einmal unterscheiden – zum Beispiel an den Kondensstreifen – ob er ein zwei- oder viermotoriges Flugzeug vor sich hat.

Von Peter Haisenko - Publiziert: 13.03.2015 13:12 - Aktualisiert: 21.03.2015 09:44 - URL: http://free21.org/de/node/209 - Originalartikel auf Anderwelt Online 07.03 2015

Der gesamte Vorgang um die MH 17 erhält so eine völlig neue Dimension. Die Aussage des ukrainischen SU 25-Piloten wird schlüssig. Es gab auch keine Alternative für den Pilot, nachdem er den ersten Schuss auf die MH 17 abgegeben hat, seinen tragischen Irrtum möglicherweise sogar erkannt hat und die Boeing noch flugfähig war – mit lebendigen Piloten im Cockpit. Man muss sich nur vorstellen, was die Folgen gewesen wären, wenn die angeschossene MH 17 auf irgendeinem Flughafen eine Notlandung erfolgreich durchgeführt hätte. Der Beweis für den Angriff wäre unwiderlegbar gewesen, inklusive der Zeugenaussagen der Überlebenden. Dieser unwiderlegbare Beweis für die Schandtat der ukrainischen Seite musste verhindert, zerstört werden.

Teil des Cockpit-Daches

Das Dilemma des Westens und der NATO

Ich stelle zusammenfassend fest: Das ungeheuerliche Verbrechen, eine zivile Passagiermaschine mit 298 Menschen an Bord abzuschiessen, ist aufgeklärt. Dass die Verantwortlichen dafür zumindest im Umfeld der Kiew-Regierung zu finden sind, steht fest. Um aufzuklären, ob dieses Verbrechen tatsächlich Putin direkt gegolten hat, muss der Originalflugplan von Putins Maschine offengelegt werden. Ich bitte an dieser Stelle darum, dass sich jeder, der die Möglichkeit hat, darum bemühen sollte, diesen Flugplan offenzulegen. Er kann ihn mir anonym zukommen lassen, ich sichere als Journalist Informantenschutz zu.

KOMMENTAR: Das Imperium schlägt zurück

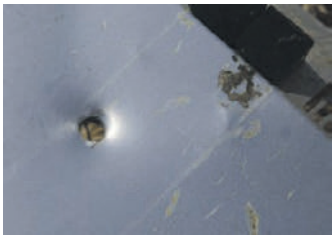
In gewisser Weise fühle ich mich geehrt: Nur drei Tage nach Veröffentlichung meiner neuesten Analyse (der vorstehende Text) zu MH 17 reagieren die Transatlantiker in den großen Medien.

Von Peter Haisenko

Die SZ und ARD holen alte Propagandalügen aus dem Keller und präsentieren angebliche Zeugen für den „Nachweis“, dass meine Analyse nicht stimmen kann. Am 10. Januar 2015 hat der Spiegel eine „Beweisführung“ präsentiert, dass eine russische Militäreinheit in die Ukraine eingedrungen sei, mit einem kompletten BUK-System und dann MH 17 abgeschossen habe. Völlig unbemerkt von irgendwelchen Satelliten sei diese Einheit dann heimlich wieder abgezogen. Dieses Konstrukt wurde schnell als unglaubwürdig erkannt und deswegen von den anderen Transatlantikern nicht aufgegriffen.

Offensichtlich hat mein Bericht vom 7. März 2015 die Transatlantiker nervös gemacht. Nur so ist erklärbar, dass ARD und SZ so schnell reagieren und „Beweise“ präsentieren, die meinen Bericht widerlegen sollen, natürlich ohne diesen direkt zu erwähnen. Immerhin haben bereits mehr als eine halbe Million Deutsche diesen Bericht gelesen. Offensichtlich hat man unter Zeitdruck gehandelt, denn nur so wird erklärbar, warum die ARD einfach einen Beitrag des Spiegel übernimmt, der bereits als untauglich erkannt worden war. Allerdings kommt es noch besser.

Derartige Beschädigungen können nicht von einem BUK-System stammen.



Ein Beschuldigter darf als Zeuge auftreten

Die ARD präsentiert einen jungen Mann, angeblich Pilot einer SU 25, der aussagt, er habe die MH 17 nicht abgeschossen. Geht’s noch blöder? Selbst wenn dieser Jüngling der Pilot war, der die MH 17 abgeschossen hat, dann kann doch niemand so naiv sein anzunehmen, dass dieser vor laufender Kamera ein Geständnis ablegt, er habe 298 Menschen ermordet. Das wäre in etwa vergleichbar mit der Zeugenaussage eines Bankräubers, der neben der Bank gefragt wird, ob er die Bank überfallen hat. Hier befinden wir uns auf demselben Niveau, wie der Kiew-Regierung das Recht zugesichert worden ist, darüber zu entscheiden, was die offizielle Aufklärungskommission zu MH 17 veröffentlichen darf. Da wird einem Verdächtigen das Recht erteilt, darüber zu befinden, was gegen ihn verwendet werden darf. Genau das ist in einem rechtsstaatlichen System ausgeschlossen.

Dann wird Herr Babak als „Kronzeuge“ dafür präsentiert, dass die SU 25 in 10.000 Meter Höhe gar nicht schießen kann. Ja, er war Chefentwickler bei Suchoi und er kennt die SU 25 aus dem Detail. Allerdings muss schon die Frage erlaubt sein, warum dieser mittlerweile 78 Jahre alte Konstrukteur diese Aussage macht, die allen Veröffentlichungen und der Physik widerspricht. Wir wissen, dass zum Beispiel Wikipedia bereits vor dem Abschuss der MH 17 manipuliert worden ist, was die Dienstgipfelhöhe der SU 25 angeht. Selbst die Seite Fliegerweb.com hat ihre Angaben zu den Leistungen der SU 25 vom August zum September 2014 „angepasst“. Original: Dienstgipfelhöhe 14.600 Meter, ohne Einschränkungen. Ab September 2014: Dienstgipfelhöhe 7.500 Meter, maximal erreichte Höhe (flight test) 14.600 Meter. Ganz nebenbei bemerkt: Schon die ME 262 konnte auf 14 Kilometer Höhe aufsteigen und schießen.

Zusätzlich wird im „Bericht“ der ARD etwas Falsches ausgesagt: Die Boeing wäre „in der Mitte auseinander gebrochen“. Selbst der nichtssagende Bericht der Untersuchungskommission stellt fest, dass die Boeing eben nicht in der Mitte auseinandergebrochen ist, sondern weiter vorne, kurz hinter dem Cockpit.

Lügen werden mit gefälschten „Beweisen“ belegt

Die Trümmer der MH 17 sind zum großen Teil in Holland. An diesen Trümmern findet sich nicht ein einziger Beweis für einen Beschuss mit einer BUK-Rakete. Auch die Obduktion der Leichen hat keinen Beweis in dieser Richtung erbracht. Gäbe es einen, hätte man uns diesen schon längst mit großem Trara präsentiert. So aber wird die bewährte Linie weiter durchgezogen, mit Lügen und Halbwahrheiten die Wahrheit zu bestreiten. Dass in dieser Hinsicht nicht davor zurückgeschreckt wird, gefälschte Beweise und Bilder zu präsentieren, hat das ZDF vorgeführt.

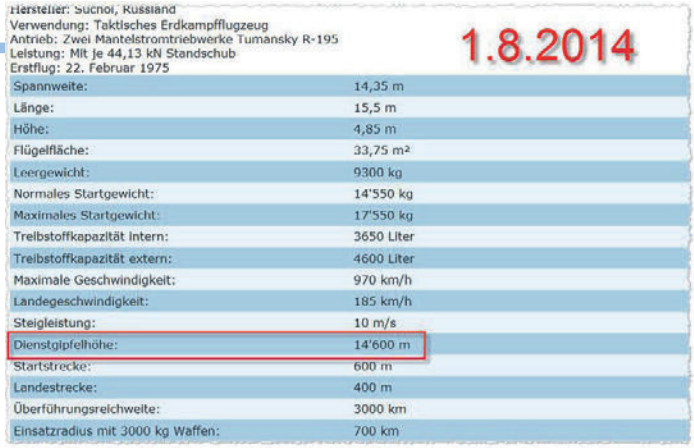
Dort wurden Bilder von russischen Panzern präsentiert, angeblich aus der Ostukraine. Nachdem das ZDF gerügt worden ist, dass diese Bilder aus dem Jahr 2008 und Georgien stammen, hat das ZDF sich nicht etwa öffentlich entschuldigt, sondern die Bilder ersetzt durch neuere, die aber wiederum vom falschen Ort und der falschen Zeit waren. Nicht einmal die Jahreszeit beider „Beweisbilder“ stimmt. Sie sind im Sommer aufgenommen worden.

„Wir wissen, dass zum Beispiel Wikipedia bereits vor dem Abschuss der MH 17 manipuliert worden ist, was die Dienstgipfelhöhe der SU 25 angeht.“

Das Imperium steht mit dem Rücken zur Wand. Die Beweise liegen vor, dass MH 17 von einer ukrainischen SU 25 abgeschossen worden ist. Dass das eine Katastrophe für die Transatlantiker ist, ist selbsterklärend. Allerdings wird ihre Situation immer prekärer. Je länger sie auf ihren Lügen beharren, desto schwieriger wird es sein, „die Kurve zu kriegen“. MH 17 unterscheidet sich von anderen Lügengebilden dadurch, dass die Beweisstücke nicht vollständig beseitigt werden konnten. Sie liegen in Holland und dort gibt es zu viele, die an einer echten Aufklärung interessiert sind und daran arbeiten. Allerdings steht zu befürchten, dass auch im Fall MH 17 dasselbe passiert, wie mit der Lüge über die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein: Die Transatlantiker werden einfach darüber hinwegsehen, auch wenn die Beweise erdrückend sind. Schließlich darf der Status von Putin nicht korrigiert werden: Putin ist immer der Böse. Und noch wichtiger: Wie will man der Öffentlichkeit erklären, warum Kiew bedingungslos unterstützt wird, obwohl man weiß, welchen Verrat diese „Regierung“ an den „westlichen Werten“ begangen hat. Das Imperium hat ein Problem.

Dieser Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder, nicht notwendigerweise die der Free21.

‹http://free21.org/de/node/209›



1.8.2014	
Hersteller: Suchoi, Russland	
Verwendung: Taktisches Erdkampfflugzeug	
Antrieb: Zwei Mantelstromtriebwerke Tumansky R-195	
Leistung: Mit je 44,13 kN Standschub	
Erstflug: 22. Februar 1975	
Spannweite:	14,35 m
Länge:	15,5 m
Höhe:	4,85 m
Flügelfläche:	33,75 m²
Leergewicht:	9300 kg
Normales Startgewicht:	14'550 kg
Maximales Startgewicht:	17'550 kg
Treibstoffkapazität intern:	3650 Liter
Treibstoffkapazität extern:	4600 Liter
Maximale Geschwindigkeit:	970 km/h
Landegeschwindigkeit:	185 km/h
Steigleistung:	10 m/s
Dienstgipfelhöhe:	14'600 m
Startstrecke:	600 m
Landestrecke:	400 m
Überführungsreichweite:	3000 km
Einsatzradius mit 3000 kg Waffen:	700 km

Selbst die Seite Fliegerweb.com hat ihre Angaben zu den Leistungen der SU 25 vom August zum September 2014 „angepasst“. Original: Dienstgipfelhöhe 14.600 Meter, ohne Einschränkungen. Ab September 2014: Dienstgipfelhöhe 7.500 Meter, maximal erreichte Höhe (flight test) 14.600 Meter. Ganz nebenbei bemerkt: Schon die ME 262 konnte auf 14 Kilometer Höhe aufsteigen und schießen.

1.9.2014	
Leistung: Mit je 44,13 kN Standschub	
Erstflug: 22. Februar 1975	
Spannweite:	14,35 m
Länge:	15,5 m
Höhe:	4,85 m
Flügelfläche:	33,75 m²
Leergewicht:	9300 kg
Normales Startgewicht:	14'550 kg
Maximales Startgewicht:	17'550 kg
Treibstoffkapazität intern:	3650 Liter
Treibstoffkapazität extern:	4600 Liter
Maximale Geschwindigkeit:	970 km/h
Landegeschwindigkeit:	185 km/h
Steigleistung:	10 m/s
Dienstgipfelhöhe:	Maximale Einsatzhöhe: 7.500m, Maximal erreichte Höhe (flight test) 14.600 m
Startstrecke:	600 m
Landestrecke:	400 m
Überführungsreichweite:	3000 km
Einsatzradius mit 3000 kg Waffen:	700 km

Quellen:

Wall Street Journal: Map of a Tragedy: How MH17 Came Apart Over Ukraine: *<http://graphics.wsj.com/mh17-crash-map/>*

KP Daily (Russian): *<http://pda.kp.ru/daily/26306/3184995/>*

Shoutwiki: The crash of Malyasian Airline MH17: *<http://acloserlookonsyria.shoutwiki.com/wiki/Talk:Crash_of_Malaysia_Airlines_flight_MH17/Forensics#Effects_of_R-60_air-to-air_missile_on_Boeing_airliner.3F>*

Redstar.gr: Su-25 M1 Frogfoot Attack aircraft: *<http://www.redstar.gr/Foto_red/Eng/Aircraft/Su_25M1.html>*

GlobalResearch: How the Malaysian Airlines MH17 Boeing Was Shot Down. Examination of the Wreckage: *<http://www.globalresearch.ca/how-the-malaysian-airlines-mh17-boeing-was-shot-down-examination-of-the-wreckage/5435094>*

The Guardian: Malaysia Airlines flight MH17: *<http://www.theguardian.com/news/malaysia-airlines-flight-mh17>*

Spiegel: MH17 Flugzeugabsturz: *<http://www.spiegel.de/thema/mh17_flugzeugabsturz/>*

Stimme Ruslands: MH17-Absturz: *<http://de.sputniknews.com/german.ruvr.ru/MH17/>*

Anderwelt Online: MH 17 und kein Ende: *<http://www.anderweltonline.com/wissenschaft-und-technik/luftfahrt-2015/mh-17-und-kein-ende/>*

Anderwelt Online: MH 17 – Der Spiegel eröffnet neue Stufe der Kriegstreiberei: *<http://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2015/mh-17-der-spiegel-eroeffnet-neue-stufe-der-kriegstreiberei/>*

Anderwelt Online: Gefälschte Nachrichten zu MH 17 Absturz: *<http://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2014/gefaelschte-nachrichten-zu-mh-17-absturz/>*

Die Kinder von Donezk

Der Tod im Donbass ist allgegenwärtig. Fotos: Mark Bartalmai

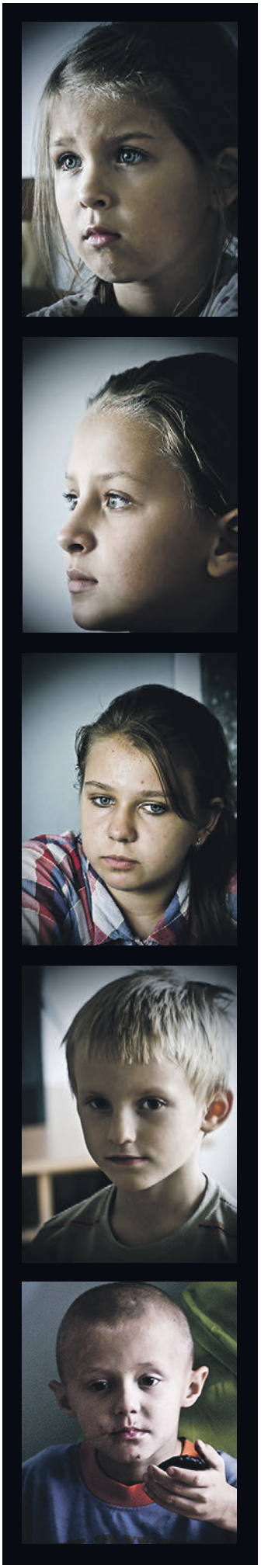
Drei Mädchen sitzen vor meiner Kamera. Schüchtern, mag man denken. Doch die vermeintliche Schüchternheit ist etwas anderes – sie sind traumatisiert. Von einem Krieg, den es eigentlich nicht gibt, wenn man den westlichen und deutschen Medien glauben würde. Einem Krieg in Europa, den niemand sieht. Und doch ist er da. Hier in Donezk im Südosten der Ukraine, wo ich seit gut zwei Monaten lebe. Mitten in einer Millionenmetropole, die täglich schwer bombardiert wird von der ukrainischen Armee. **Von Mark Bartalmai**

Dieser Artikel von Mark Bartalmai hat es nicht in die März-Ausgabe geschafft. Die Redaktion von Free21 ist allerdings der Meinung, dass der Artikel leider nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat, auch wenn er aus dem September 2014 ist. Insofern veröffentlichen wir den Artikel nun in dieser Ausgabe.

Der Krieg ist hier unter uns, er ist zwischen uns, zwischen mir und diesen drei Mädchen – Paulina, Nastja und Katja. Er ist in ihre Augen, ihre Stimmen, ihre Seelen eingebrannt. Und sie erkennen mich an, weil auch ich mittlerweile in diesem Krieg lebe wie sie. Es ist Mitte September 2014, und wir sitzen zusammen in einem kahlen Raum eines Flüchtlingshauses in Donezk. Wir haben etwas Zeit gebraucht bis zu diesem Interview. Die Menschen im Donbass glauben nicht mehr an den Westen, an Europa, an Deutschland. Denn der Westen, sagen sie, »hat uns vergessen, im Stich gelassen«. Der Westen weiß nichts von den toten Zivilisten, die der Bombenkrieg jeden Tag hier fordert. »Der Westen kümmert sich nicht um uns. Sie unterstützen sogar die Junta in Kiew, die uns hier tötet.« Ich muss immer schlucken, wenn sie mir das sagen – ich weiß, dass sie Recht haben. Niemand in Deutschland weiß, dass Paulina, Nastja und Katja kein Zuhause mehr haben, da es weggebombt wurde. So wie ihre Schule und der Kindergarten dort im Nordwesten von Donezk nahe dem außerhalb der Stadt gelegenen Flughafen. So wie die Häuser der mehr als 100 anderen Kinder und ihrer Familien allein in diesem Flüchtlingshaus. Und es gibt viele dieser Flüchtlingshäuser und Camps in und um Donezk, die von der Administration der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk verwaltet werden.

Brennender Niederschlag

Katja, die älteste, beginnt zu reden: „Meine Klassenkameradin und ich leben schon seit fünf Jahren zusammen. Wir gingen gemeinsam in die Schule, die ist nicht besonders groß. Am Frühlingsanfang war noch alles in Ordnung, man sagte uns bloß, dass in Kiew irgend etwas passiert sei. Das hat uns nicht so sehr interessiert, wir dachten ja nicht, dass auch hier was passieren könnte. So lebten wir wie ganz normale Kinder. Dann fingen sie an, den Flughafen, neben dem wir lebten, zu bombardieren. Wir hatten Angst und wurden ständig in unsere Häuser geschickt, damit wir nicht draußen waren. Sie bombardierten also den Flughafen, und wir gingen immer in die Keller. Dann, ich weiß das genaue Datum im August nicht mehr, um sieben Uhr haben sie angefangen, massiv zu bombardieren. Wir sind auf den Balkon hinausgegangen, und der ganze Himmel war voll mit so einem brennenden Niederschlag. Ich war noch in meinem Pyjama, mit Shorts, meine Haare waren nicht gemacht. Ich hatte doch keine Zeit dafür. Ich war draußen, lief zu einem kleinen Mädchen, und dann schlug es neben uns ein. Wir rannten alle in die Keller, es war schrecklich. Die Fenster zersprangen alle. Und diese Geräusche! Dieses kleine Mädchen und ich saßen dort, sie ist drei Jahre alt und fragte: ‚Oma, was ist los, wo ist Mama?' Ihre Mutter war in Donezk."



Paulina, Nastja and Katja, Kinder von Donezk. Fotos: Mark Bartalmai

Die Schule wurde getroffen

„Ich bin um fünf Uhr morgens aufgewacht“, erzählt mir Nastja, „weil der Flughafen wieder beschossen wurde, es war sehr schrecklich. Im Keller aßen wir Trockenbrot, da es nichts anderes gab. Sie fingen erneut sehr früh an zu schießen, und wir waren alle im Keller. Ich war noch in meinem Schlafanzug als wir hierher fuhren (in das Flüchtlingshaus, Anm. d. A.). Während der Fahrt schlief ich, da ich dort nicht einschlafen konnte. Denn wir befürchteten, dass das Haus über uns einstürzen könnte. Hierher flohen wir, weil bereits Gas und Strom abgestellt waren. Paulina, das ist meine kleine Schwester, wachte nachts ständig auf, weinte und sagte, dass sie Angst habe. Es wurde sehr viel geschossen, wir sahen ständig den Rauch. Bei einer Freundin dort brannte das Haus vollständig ab, und den Onkel traf ein Splitter an der Lunge. Er ist tot. Überall lagen Splitter herum, und es gab viele große Einschlaglöcher. Die Schule wurde auch getroffen – viermal. Einmal die Sporthalle, Paulinas Klasse, die Eingangshalle und noch irgendwo, ich weiß es nicht genau. Wir dachten uns nur: Wohin sollen wir jetzt gehen? Die schießen einfach überall hin, in jedes Fenster, und denen ist egal, ob da einer lebt oder nicht.“

Ich frage Paulina, ob sie mir auch etwas erzählen will. Ihre Schwester Nastja antwortet an ihrer Statt: „Sie ist schüchtern. Sie hat immer noch Angst.“ Ich sehe es in ihren großen Augen. Den kleinen Mund fest zusammengepresst, blickt sie in eine Leere, in die kein Kind sehen sollte.

„Ich möchte nach Hause“

Nastja und Katja reden. Sie reden, als gäbe es kein Morgen mehr. Ihre Seelen werden für einen Augenblick leichter. Jemand hört zu. Wir stellen nicht viele Fragen, und es beginnt mehr und mehr aus ihnen herauszufließen – als hätte jemand eine unsichtbare Schleuse geöffnet. Ich höre von ihren Freunden und wie sehr sie sie vermissen und nicht wissen, wo sie sind oder was ihnen zugestoßen sein könnte. Ich höre davon, wie sie trockenes Brot im Keller mit dem Hund eines alten Mannes teilten, damit „er nicht sterben muss. Der alte Mann hatte doch nur noch ihn.“ Ich höre von Katjas Freundin, die mit ihren Eltern im Auto floh und beschossen wurde. Der Vater starb noch an Ort und Stelle durch einen Kopfschuss, und ihre Freundin trug ihre verletzte Mutter weg von den Schüssen in den Wald. Retten konnte sie sie nicht – auch die Mutter erlag ihren Verletzungen. Katjas Freundin hat sich dann zwei Tage lang mit etwas Brot und Tee am Leben gehalten und sich nach Russland zu ihrer Großmutter durchgeschlagen. Ich höre von anderen Klassenkameraden, die ihre kleinen Geschwister auf der Flucht mit ihrem Leben beschützten und damit bezahlten. Und ich höre sie sagen: „Es ist so schrecklich, dass die Kinder sterben müssen. Sie sind noch so jung und wissen doch noch gar nichts.“ Die, die das sagen, sind keine 13 Jahre alt.

Plötzlich sagt Paulina: „Bei meinem Taufvater ist ein Splitter ins Zimmer geflogen.“ Wir schauen sie an und lächeln, um sie zum Weitersprechen zu animieren. „Ich möchte nach Hause“, spricht sie weiter. „Ich vermisse meine Puppe. Man kann sie anziehen, wie man möchte. Und man kann dort Verstecken spielen.“ Ihre Wünsche sind entwaffnend. Auf ihrer Flucht in das sicherere Stadtzentrum von Donezk haben sie alles zurücklassen müssen. „Ich habe nur zwei Shirts und zwei kurze Hosen“, sagt Katja. „Ich auch“, fügt Nastja hinzu. „Und jetzt kommt bald der Winter. Wir haben ja gedacht, wir könnten bald zurückgehen. Es war so schön dort, und jetzt ist alles zerstört. Meine Freundin Lena lebt jetzt in einem ganz alten Haus, weil ihres völlig in sich zusammengefallen ist. Bei Regen läuft das Wasser innen drin die Wände herunter. Sie versuchen, das zu reparieren. Wie es im Winter sein wird, wissen sie nicht, es gibt nämlich keine Heizungen, nur kahle Steinwände. Es wird kalt sein.“

Flugzeuge und Panzer

Sie reden sich für eine halbe Stunde die Last von der Seele, und wir wissen, dass sie täglich das gleiche erleben wie wir. Bombardements, auch hier in diesem Distrikt – wieder und wieder, Tag und Nacht. Und wir wissen auch, dass wir trotzdem nicht das gleiche empfinden wie diese Kinder. Ihr Trauma übersteigt das unsere um ein vielfaches und wird ihr Leben prägen. Wir fragen sie, ob sie den Kindern in Kiew, in Deutschland, England oder Frankreich etwas sagen möchten. Ihre Antwort berührt uns zutiefst, und wir spüren, dass es eine Zukunft geben kann nach all dem Tod, den Bomben, den Panzern und den Greueln. Irgendwann einmal. Sie sagen: „Wenn sie zum Beispiel sagen würden: ‚Ich habe keine Lust, in die Schule zu gehen, ich will nicht früh aufstehen‘, würde ich ihnen antworten, dass man lieber früh aufsteht, als das Bombardement hinter den Fenstern zu hören, lieber als im feuchten Keller zu sitzen mit den Ratten und Mäusen. Dass man lieber früher, aber ausgeschlafen aufsteht, als so etwas zu hören. Und dass sie nicht sehen müssen, wie man schießt, dass sie nicht die Explosionen sehen müssen, die wir sahen, dass sie nicht diese Kampfflugzeuge sehen müssen, dass sie nicht die Panzer sehen müssen. Wahrscheinlich haben sie das noch nicht gesehen, selbst als das auf dem Maidan stattgefunden hat, oder sie haben es vergessen. Aber wir hoffen für ihre Eltern, dass ihre Kinder das nicht sehen müssen, dass es ihnen zu Hause gut geht. Und ich würde ihnen sagen, sie haben Glück, dass sie nachts schlafen können, dass sie immer etwas zu essen haben, in ihrem eigenen Haus leben, dass ihre besten Freunde bei ihnen sind.‘ “ Katja fügt hinzu: „Meine beste Freundin ist jetzt in Cherson. Ich habe keine Möglichkeit mehr, sie zu sehen. Wir haben unsere gesamte Kindheit über alles zusammen gemacht, und jetzt ist sie weg. Das ist so schade. Sie haben wirklich Glück, dass sie ihre Freunde täglich sehen können, nicht wie wir jetzt.“

An dem Tag, an dem wir gehen, bekomme ich überraschend ein Geschenk. Es ist ein Bild aus Blumen, Gräsern und Kernen. Ein Bild, das eine Mutter mit ihrem Kind zusammen gebastelt hat. Während eines Bombenangriffs. Um sich abzulenken von der Angst. Lena, die dieses Bild gemacht hat, weint, als sie es uns gibt.

Es regnet auf diesem Bild, aber es sind Tropfen, keine Bomben. Es könnten auch Tränen sein – die Tränen der Kinder aus Donezk. Aus Donezk, der Stadt im Donbass. Einer Stadt in Europa. Einer Stadt, in der Krieg herrscht. Im Jahre 2014. Ein Krieg, den Europa nicht sieht.

Autor:

Mark Bartalmai

German independent journalist, Peacekeeper, outside the mainstream, Anti-Propagandist, Photographer. Seine „Waffen“ sind Kameras, Stifte und Tastaturen.

www.kaceo.info

‹http://free21.org/de/node/113›

Von Mark Bartalmai und Irina Burya - Publiziert auf FREE21: 20.10.2014 (14:15) - Revidiert: 20.10.2014 (14:15) - URL: http://free21.org/de/node/99/ Originally posted at Junge Welt

Obama versus Chavez in einer Benetton-Anzeige

Der Dorn im Auge des Imperiums

Die Geschichte der USA und Lateinamerika ist blutverschmiert. Nach all der Gewalt in den 1980er Jahren ist aktuell Venezuela ins Fadenkreuz der USA gelangt – es hat die größten globalen Erdölvorkommen. Die Welt befindet sich im Umbruch, doch das dem Untergang geweihte US-Imperium setzt weiter auf Gewalt statt auf Kooperation. **von Jakob Reimann**

Die Geschichte der USA in Lateinamerika ist mit Blut getränkt. All die von der CIA durchgeführten Staatstreiche, all die vom Militär inszenierten Angriffskriege und alle sonstigen Schweinereien auch nur zu umreißen, würde jeden Rahmen sprengen.
Exemplarisch soll hier dennoch der Sturz von Salvador Allende im Jahre 1973 genannt werden, des demokratisch gewählten progressiven chilenischen Präsidenten. Allende wurde durch den US-hörigen Folterknecht Augusto Pinochet ersetzt, der zu den barbarischsten Faschisten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehört, und bester Freund von Maggie Thatcher war (beide mögen in Frieden ruhen…).
1989 überfiel Bush sen. in der größten Luftlandeoperation seit dem Zweiten Weltkrieg die Republik Panama und tötete Tausende Zivilisten. Die Panamaer wollten die Kontrolle über den Panama-Kanal erhalten – natürlich ein Unding für Washington. Jeder links angehauchte Politiker ist den USA ein Dorn im Auge. Wer die nachhaltige Entwicklung der eigenen Bevölkerung über die Implementierung des Raubtierkapitalismus stellt, handelt gegen US-amerikanische Interessen. Wer den eigenen Ressourcenreichtum für das Bildungs- und Gesundheitssystem und zur Bekämpfung von Armut verwenden will, muss entfernt werden.

Fidel Castro hat 638 CIA-Mordanschläge überlebt.

Fidel Castro ist der Evergreen im Hass des US-Imperiums – er hat wahnwitzige 638 Mordanschläge des CIA überlebt, was ihm einen Eintrag im Guiness-Buch der Rekorde sicherte.
Warum Fidels irgendwie-sozialistisches Kuba seit 56 Jahren mit massiven Wirtschaftssanktionen die Luft zum Atmen genommen wird, weiß heute niemand mehr so genau. Nach offiziellem US-Neusprech ist das Ziel des Embargos,

Nach fünf Jahrzehnten Funkstille, diplomatische Annäherung zwischen Kuba und den USA. Raúl Castro und Barack Obama auf dem Summit of the Americas im April 2015. (Foto: US Government, public domain)

„to seek a peaceful transition to democracy" – einen friedlichen Weg zum Übergang zur Demokratie zu suchen. Ein Vierteljahrhundert nach Mauerfall scheint die Kuba-Blockade nur noch ein sonderbar anmutendes Relikt des Kalten Krieges zu sein.
Das hat sogar mittlerweile die Obama-Regierung erkannt und nähert sich Kuba seit Kurzem diplomatisch wieder an. Auch hat Obama versprochen, ernsthaft zu erwägen, den Karibikstaat von der US-Terrorliste zu streichen. Zynischer geht kaum, befindet sich auf Kuba doch das Exempel für US-Staatsterror schlechthin: Die US-amerikanische Folterhölle Guantanamo – die in Gefängnismauern gegossene Vergewaltigung der Menschenwürde.
Wie dem auch sei, im April kam es zum ersten Treffen der Staatsoberhäupter beider Länder seit mehr als fünf Jahrzehnten. Die Annäherung wurde mit dem „historischen Handschlag" zwischen Obama und Raúl Castro medienwirksam für die Geschichtsbücher festgehalten.

Das Füllen der Lücke

Rudimentäres Verständnis US-amerikanischer Außenpolitik sollte genügen, um zu erkennen, dass die vermeintliche Annäherung an Kuba keineswegs eine neue Ära der Entspannung zwischen Lateinamerika und dem Aggressor im amerikanischen Norden darstellt. Die Entspannung der Lage mit dem schon längst uninteressant gewordenen Kuba ist nichts als geostrategisches Taktieren. Historischer Ballast der Kalten Krieger wird abgeworfen, um Platz zu schaffen für einen neuen, viel wichtigeren Kriegsschauplatz: Die Rolle des lateinamerikanischen Staatsfeind#1 soll langfristig und dauerhaft von Castros Kuba auf Nicolas Maduros Venezuela übertragen werden.

> *„The Cold War has been over for a long time."*
> *Barack Obama, April 2015*

Maduro ist der Nachfolger von Hugo Chavez, der von 1999 bis zu seinem Tod 2013 Präsident Venezuelas war. Chavez versuchte, seine Vorstellungen vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" in Venezuela Wirklichkeit werden

2014 brennt nicht nur die Luft in der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Während blutiger Proteste sterben über 40 Menschen, der Großteil darunter geht auf das Konto der Demonstranten. (Foto: UserThe Photographer CC BY-SA 3.0)

zu lassen. Er legte das Öl-Business zurück in venezolanische Hand und schaffte es so neben weiteren sozialen Errungenschaten, die Armut im Land um 50%, die extreme Armut sogar um 70% zu reduzieren.

Was Hugo Chavez über Venezuela und Lateinamerika hinaus geschaffen hat, ist neben seinen konkreten Erfolgen vielleicht sogar noch wichtiger: Globale Hoffnung. Er hat der Welt bewiesen, dass es doch noch eine Alternative gibt, dass nach dem Fall der Mauer das viel heraufbeschworene Ende der Geschichte eben nicht eingetreten ist. Es gibt sie, die Alternativen zum neoliberalen Raubtierkapitalismus der Großkonzerne und Banken.

Chavez war natürlich ein Dorn im Auge des US-Imperiums. 2002 unterstützte Washington rechte Oppositionelle und das Militär putschte daraufhin mit Unterstützung durch die CIA gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Chavez.

Aufgrund massiver Rückendeckung aus der Bevölkerung konnte der Spieß umgedreht werden, Chavez blieb im Amt. Nach seinem Tod 2013 übernahm dann Chavez' Zögling Nicolas Maduro das Präsidentenamt.

Die Bedrohung der nationalen Sicherheit

Anfang 2014 kam es erneut zu blutigen Protesten in der venezolanischen Hauptstadt Caracas, in deren Folge über 40 Menschen ihr Leben ließen. Die Proteste wurden als eine Art Arabischer Frühling in Lateinamerika verkauft, bei denen sich das geschundene Volk gegen den Präsidenten auflehnt.

Es waren aber nicht die Armen, die in Caracas Steine warfen und Barrikaden anzündeten, sondern die wohlhabende Mittel- und Oberschicht, die durch die progressive Regierung Maduro ihre Privilegien in Gefahr sah. Oder wie es eine Aktivistin aus Caracas formuliert: „Historically, protests are a way for the poor to demand an improvement in their conditions. But here the rich are protesting and the poor are working."

– Anacauna Marin, Januar 2014

Diese upper class erhoffte sich nun einen von Washington unterstützten Staatsstreich, um Maduro aus dem Amt zu fegen und so die Umverteilung zu stoppen. US-Außenminister Kerry sieht in den Protesten hingegen eine „Terrorkampagne" der Regierung Maduro gegen sein aufbegehrendes Volk und ignoriert dabei die Tatsache, dass die Mehrheit der 40 Toten keineswegs auf das Konto der Regierungstruppen ging, sondern durch die Demonstranten selbst umkam, wie ein unabhängiger Bericht feststellte.

Es versteht sich von selbst, dass ich hier nicht die Gewalt der venezolanischen Polizei kleinrede, doch wir müssen genau hinsehen, denn die 40 Toten wurden als Rechtfertigung Washingtons missbraucht, um Venezuela zu diffamieren und anschließend mit Wirtschaftssanktionen zu belegen. Obama persönlich erklärt per Executive Order Venezuela im März

> *„Historically, protests are a way for the poor to demand an improvement in their conditions. But here the rich are protesting and the poor are working."*
> *Anacauna Marin, Januar 2014*

2015 zur Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA, als Begründung wird die Verletzung der Menschenrechte während der Proteste 2014 vorgeschoben. Ausgerechnet das Land, dessen politische Führung in jeder Ecke des Globus die Menschenrechte mit Füßen tritt, beklagt sich über die Verletzung der Menschenrechte in Venezuela…

Dieser faule Zauber ist natürlich nicht schwer zu entlarven, eine Welle der internationalen Solidarität kam über Venezuela. Es geht den USA nie um Menschenrechte. Oder um den ehemaligen Bundesminister Egon Bahr zu zitieren: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt."

Der Motor der Weltwirtschaft

Was ist aber dieses Interesse, das die USA mit der Diffamierung der sozialistischen Regierung in Venezuela verfolgt?

Neueste Studien belegen, dass Venezuela die größten erschließbaren Ölvorkommen auf dem Globus hat, noch vor der aktuellen Tankstelle #1 Saudi-Arabien. Bei der täglich produzierten Menge Rohöl liegt es aber nur auf Platz 9 des Länderrankings. Sprich, es liegt ein immenses Potential in der Ausbeutung der Ölvorkommen des Landes. Über die Erschließung des Ölreichtums verhandelt Caracas vor allem mit Peking und Moskau.

Öl ist (und bleibt es noch eine Weile) die globale Ressource schlechthin. Machtinstrument, Kontrollinstrument, Unterdrückungsinstrument. Schon US-Urgestein und Kriegsverbrecher Henry Kissinger schrieb:"Wer das Öl kontrolliert, der beherrscht die Staaten."

Daher ist ein Sozialist, der auf den größten Ölreserven des Globus hockt und noch dazu mit den Erzfeinden Russland und China kollaboriert, natürlich ein Dorn im Auge des US-Imperiums. Aus Sicht dieses Imperiums ist es nur allzu verständlich, Maduros Regierung zu diffamieren und seine politischen Gegner zu supporten – die US-affine politische Rechte.

Die USA strebt einen regime change in Venezuela an, nach demselben Muster, wie wir ihn auch schon in der Ukraine 2014 gesehen haben. Die anschließende Neuausrichtung des Landes an westliche Interessen inklusive.

Es ist der Versuch, die Blaupause für das Lateinamerika der 80er Jahre erneut durchzudrücken: den linken Störenfried absägen und eine rechte US-hörige Führung installieren.

Von Jakob Reimann - Publiziert: 26.04.2015 (12:30) - Aktualisiert: 26.04.2015 (12:30), Von JusticeNow übernommen

Das Neuordnen des Schachbretts

Schon unter Chavez kam es zu intensiver Kooperation zwischen Venezuela und der die USA ablösenden neuen Weltmacht China: venezolanisches Öl füttert die energiehungrige chinesische Wirtschaft, im Gegenzug fließen Milliardenbeträge zurück nach Caracas. Wohlgemerkt, nicht etwa in US-$ abgerechnet, sondern in chinesischen Yuan.

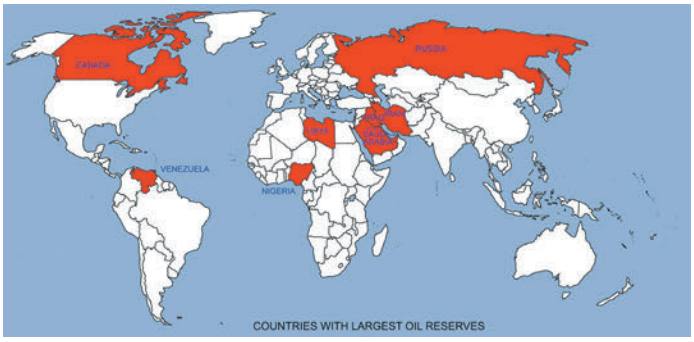
Die Anmaßung, Öl nicht wie von den USA diktiert in $ abzurechnen, sondern in anderen Währungen, kommt einem Todesurteil gleich, wie die illegalen Tötungen von Saddam und Gaddafi belegen. Zumindest aber kommt ganz sicher – wenn ein Angriffskrieg irrwitzig wäre – die Schmähung als Hitler inklusive Wirtschaftskrieg, wie aktuell bei Putin zu beobachten.

Die drei Genannten planten, ihr Öl und Gas in Euro, Yuan oder Rubel zu handeln (bzw. tun dies) und sind damit ein Dorn im Auge des US-amerikanischen Hegemons. Die aggressive Politik gegenüber Venezuela muss daher konzeptuell in eine Linie mit all den anderen Ressourcenkriegen gestellt werden – Afghanistan, Irak, Libyen, Russland.

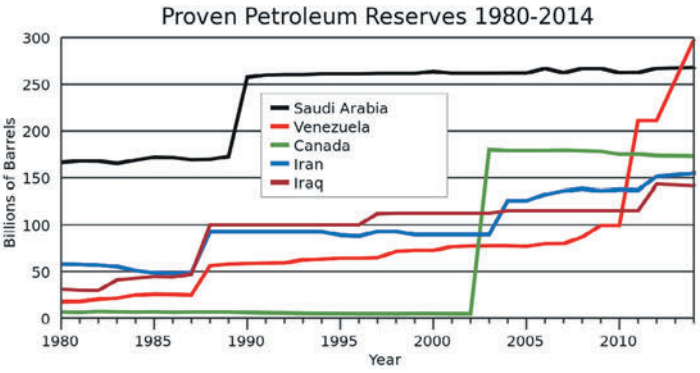
In Venezuela sehen wir einen weiteren Versuch des taumelnden Riesen, mit letzter Kraft das US-Imperium noch eine Weile länger an der Spitze der Welt zu halten. Unfähig zur Kooperation auf Augenhöhe, durch nichts abgesichert als blanke militärische Gewalt.

Nach 20 Jahren US-Alleinherrschaft ist die Welt schon längst wieder multipolarer geworden. Entwicklungs-und Schwellenländer fassen neuen Mut und weigern sich, das US-Diktat weiter kampflos hinzunehmen.

Das Schachbrett wird neu geordnet. Überall und quer über den Globus entstehen und erstarken neue Bündnisse, flexibel, teils zweckgebunden, diversifiziert: Die lateinamerikanischen Staaten in der UNASUR, die südostasiatischen Staaten in der ASEAN,



Quellen: Wikipedia. (Grafik oben: CC BY SA-3.0, Grafik unten: Delphi234)



die Afrikanische Union, Brasilien-Russland-Indien-China-Südafrika in der BRICS-Gemeinschaft, Russland kooperiert mit Lateinamerika oder Syrien, Europa mit Iran, China mit Kanada, Lateinamerika mit Afrika…

> *„Die USA strebt einen Regimechange in Venezuela an, nach dem selben Muster, wie wir ihn auch schon in der Ukraine 2014 gesehen haben. Die anschließende Neuausrichtung des Landes an westliche Interessen inklusive."*

Bündnisse, die mit all ihren Fehlern doch aber die Hoffnung in sich tragen, dass das 21. Jahrhundert eines werden könnte, in dem die militärische Konfrontation durch wirtschaftliche und kulturelle Kooperation ersetzt wird. Weg vom aggressiven Unilateralismus, hin zum diversifizierten Multilateralismus.

Auch diese neu geordnete, verflochtene Welt wird nicht ohne Weiteres auf die USA verzichten können. Es steht ihr natürlich frei, den Übergang zu dieser Welt mitzugestalten, sich das unvermeidliche Ende des US-Imperiums in Würde einzugestehen und endlich damit anzufangen, Partnerschaften auf Augenhöhe einzugehen.

Andernfalls wird die USA ausschließlich als das Land in den Geschichtsbüchern stehen, das Krieg und Raubtierkapitalismus über die Welt gebracht hat. Als ein weiteres sang- und klanglos untergegangenes Imperium.

Leider sehe ich von dieser potentiellen Größe herzlich wenig. Ich sehe ein bockiges Kind, das seine bevorstehende Niederlage nicht wahrhaben will. Ich sehe einen alten Greis, der der guten alten Tage hinterhertrauert und mit letzter Kraft versucht, jemand zu sein, der er schon lange nicht mehr ist.

Der Fall Venezuela ist ein weiteres Teil im Mosaik der Intrigen und Täuschungen, das pathologische Klammern an die Macht. Das Land und mit ihm weite Teile Südamerikas versuchen sich in Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus. Sie sind damit gewiss keine Bedrohung der US-Sicherheit, sondern einzig des US-Imperiums.

Quellen:

Frankfurter Rundscfhau: Castro hat 638 Mordanschläge überlebt
<http://www.fr-online.de/leute/guiness-buch-der-rekorde-castro-hat-638-mordanschlaege-ueberlebt,9548600,11316346.html>
Treasury.gov: Cuban Democracy Act
<http://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Documents/cda.pdf>
Times of India: Obama meets Raul Castro, making history
<http://timesofindia.indiatimes.com/world/us/Obama-meets-Raul-Castro-making-history/articleshow/46899164.cms>
CEPR: Venezuela's Economic Recovery: Is it Sustainable?
<http://www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2012-09.pdf>
Venezuelanalysis.com: The CIA Was Involved In the Coup Against Venezuela's Chavez
<http://venezuelanalysis.com/analysis/800>
The Guardian: Venezuela shows that protest can be a defence of privilege
<http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/apr/09/venezuela-protest-defence-privilege-maduro-elites>
The Guardian: Venezuela election result set to upset global oil politics
<http://www.theguardian.com/world/2012/oct/06/venezuela-election-result-oil-politics>

Autor:

Jakob Reimann

Jakob hat im Sommer 2014 sein Studium in Dresden abgeschlossen. Zur Zeit lebt er in Nablus, Palästina und arbeitet dort an der naturwissenschaftlichen Fakultät der An-Najah National University.
http://justicenow.de

‹http://free21.org/de/node/246›

Foto: US-Government (public domain)

Hinter jedem **Flüchtling** steht ein Waffenhändler

von Jan Öberg, www.transnational.org

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union versuchen den Eindruck zu erwecken, dass sie ernsthaft bemüht sind, jenen armen und von Katastrophen heimgesuchten Leuten zu helfen, die unter höchst riskanten und unmenschlichen Bedingungen aus Kriegsgebieten nach Europa flüchten.

Neben dem Fehlen von wahrem Humanismus und Mitgefühl, sowie der zynischen Absicht, den „Abschreckungsfaktor" aufrecht zu erhalten, werden diese tragischen Ereignisse von weiteren Umständen begleitet.

In diversen Medien und politischen Aussagen wird zunehmend das Wort 'Flüchtling' durch den Begriff 'Migrant' ersetzt – ein schwerlich reiner Zufall in Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl von Flüchtlingen, Vertriebenen und Asyl suchenden Menschen weltweit bereits mehr als 50 Millionen beträgt. Ein Migrant ist laut UN eine Person, die in einem Land, dessen Nationalität sie selbst nicht angehört, eine einträgliche Betätigung sucht. Ein Flüchtling hingegen ist eine Person, die sich aus gänzlich anderen Gründen außerhalb ihres eigenen Landes befindet, weil sie Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität oder politischer Meinung entweder erleidet oder befürchtet, weil sie wegen Zugehörigkeit zu einer sozialen Kategorie verfolgt wird oder weil sie vor Krieg flüchtet. Zudem hat ein Flüchtling das Recht, um Asyl zu ersuchen und den Schutz vor Bestrafung aufgrund von illegaler Grenzüberschreitung und illegalem Aufenthalt zu erhalten.

Hinzu kommen oft wiederholte, jedoch irreführende Äußerungen, dass diese Flüchtlinge nach Europa kämen, um ein besseres Leben zu finden – als ob ihr Leben bereits gut wäre und sie bloß versuchten, es zu verbessern. Das ist blanker Unfug. Hier dreht es sich nicht um die Frage wohin, sondern wovor sie flüchten. In der Regel ist das irgendeine Version von Hölle. Ohne Schuhe, Geld oder Besitz flüchten sie auf Booten zu anderen Kontinenten, weil ihr Leben unerträglich und absolut ohne Hoffnung ist. Sie suchen nicht bloß nach Fröhlichkeit. Die Verwendung des Begriffes 'Migrant' anstelle von 'Flüchtling' lenkt das Augenmerk von der Frage weg, warum sie flüchten und worin unsere Beteiligung an all dem liegt und beeinträchtigt unsere Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen. Die meisten Flüchtlinge kommen aus Gebieten, in denen der Westen mit militärischen Einsätzen und Waffenexporten seine öffentlich proklamierten Vorsätze verfehlt und weitere Probleme verursacht hat. „Hinter beinahe jedem Flüchtling steht ein Waffenhändler". Ein freies Zitat des schwedischen Humanisten und Verfechters von Menschenrechten Dr. Peter Nobel, ehemals Leiter des schwedischen Roten Kreuzes, als er Vorsitzender der Organisation „The Transnational Foundation for Peace and Future Research" war. Es ist freilich nicht ganz wörtlich zu nehmen, denn Anlass zu Flucht geben unter anderen auch Naturkatastrophen oder Schäden, die durch das ausbeuterische Durchsetzen westlicher Wirtschaftsinteressen entstehen. Hier liegt ein klassischer Fall vor, bei dem ein echtes humanitäres Eingreifen angebracht ist. Jedoch wurde seit dem „humanitären" Eingreifen im ehemaligen Jugoslawien dieses Konzept nur zur Legitimierung militärischer Einsätze herangezogen. Alle Staatsführer in der EU sollten sich einig sein, dass die Problematik der „Bootsflüchtlinge" nicht mit dem Einsatz von F16 Kampfflugzeugen zu lösen ist.

Wie bei vielen anderen Problemen dieser Zeit gibt es eine „psycho-politische" Verneinung der Tatsache, dass die vorrangige Ursache unserer Probleme im westlichen Militarismus liegt. Hass und Terrorismus gegen den Westen (u. a. ISIS) ist eine Problematik, die hauptsächlich durch die von den USA angeführte Invasion und Okkupation des Irak und anschließender Fehler in dessen Administration entstand. Die nukleare Frage im Irak und Iran kam erstmal daher auf, weil es in der Region Länder gab, die Nuklearwaffen besaßen, ein Monopol darüber beanspruchten und jenen, die keine hatten, dieses Privileg versagen wollten.

Die einzige, wichtigste Ursache der Zersetzung von Staaten, wie etwa Libyen, liegt im Versuch, strukturelle und ökonomische Probleme sowie Demokratiefragen mit militärischen Mitteln zu lösen. Weiteres ist die langsame, aber stetige Schwächung des Westens, insbesondere der Rückgang der US-Wirtschaft, zum großen Teil aufgrund der Kosten ihrer (verlorenen) Kriege und Militärbasen, für die es in den Augen von Millionen von Menschen keine Legitimation gibt. Nirgends haben wir bislang eine anständige öffentliche Debatte über die negativen Auswirkungen von Krieg.

Nun, sehen wir, was die EU macht: Sie hält ein Treffen ab – höchst politisch, aber intellektuell und ethisch tiefstehend. Ihre Anführer verlangen schnell zu handeln und Verantwortung zu übernehmen, während sich in Wirklichkeit zeigt, dass die typisch westlichen Konzepte nicht funktionieren. Um ein Problem zu lösen, wird zwar Geld bereitgestellt, aber die den Problemen zu Grunde liegenden Ursachen, oder das Hinterfragen von Werten und Ethik, werden nicht diskutiert. Sie üben keine Selbstkritik und sind nicht bewandert in Staatskunst oder moralischer Führung. Ihre Lektionen ignorierend behandeln sie Symptome und bleiben ungefeit gegenüber weiteren Katastrophen mit denselben, alten Ursachen. Stellen wir uns dagegen vor, dass die Mächtigen der EU folgendes sagten: „Wir haben herausgefunden, dass die Steigerung der Anzahl der Flüchtlinge im Wesentlichen durch Waffenhandel und Krieg bedingt ist und wir werden daher in die Früherkennung von Konflikten und Vermeidung von Gewalt investieren, Leute schulen, um sie zu Experten auf diesen Gebieten zu machen und dabei auf vernünftige zivile Methoden setzen, wie etwa Dialog, Mediation und Verhandlung. Des Weiteren werden wir Waffenembargos einführen, anstatt die Lieferung von Waffen in bestehende oder zukünftige Konfliktzonen zu intensivieren."

Die Führenden der internationalen Gemeinschaft behaupten zwar, dass Saudi Arabien Aggression gegen den Yemen schürt, üben jedoch keinerlei Selbstkritik über die katastrophalen Friedensmissionen im Irak, in Libyen oder in Syrien und sehen dabei die Zusammenhänge nicht. Unser eigener Profit durch Krieg und mit Waffen ist die Hauptursache dieser Probleme, denen wir nun in Form von Flüchtlingen, Terrorismus und wirtschaftlichen Krisen gegenüberstehen. Die Menschheit hat Sklaverei, absolutistische Monarchien, Kannibalismus und, im Prinzip, Kinderarbeit abgeschafft. Um das anwachsende Flüchtlingsproblem zu lösen oder zumindest zu reduzieren, sollten wir anfangen darüber zu diskutieren, wie wir die menschliche Zivilisation weiterbringen, indem wir Waffenhandel kriminalisieren und Krieg überwinden – wie es im Vorwort der UN-Charta steht.

In vielen Staaten allerdings, die sich selbst als zivilisiert bezeichnen und als moralisch höherstehend, wie jene, die sie zerstören, sind noch manche Dinge mit einem Tabu belegt, die einem der gesunde Menschenverstand sagen sollte.

By Jan Oberg, TFF - Published: 28.04.2015 (11:30) - Updated: 28.04.2015 (11:30). Source TFF PressInfo # 318

FED – das absolute Tabu

Gedanken zur Frage, was thematisiert werden darf und was nicht

von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

Gebäude der Federal Reserve Bank of New York. (Foto: Dmadeo CC BY-SA 3.0)

Montags gegen die FED“ ist ein Artikel in der Tageszeitung „junge Welt“ in 2014 überschrieben. „Immer wieder montags versammeln sich bundesweit Demonstranten... zunächst mit dem Feindbild der Federal Reserve (FED), der amerikanischen Notenbank“, heißt es darin. Das klingt so, als sei es nicht statthaft, die FED zum Thema zu machen. Die FED zu tabuisieren, ist auch die Stoßrichtung eines Herrschaftsmediums, das dem US-Imperialismus verbunden ist. FED sei „Code für die angeblich jüdische Weltverschwörung“, heißt es am 18.05.2014 in einem Beitrag von SpiegelTV mit dem Titel „Montagsdemos: Treffen der Verschwörungstheoretiker“. Wer FED sagt, meine angeblich etwas anderes – wird unterstellt. Es ist klar: wenn ein Thema von derart begrifflichen Schutzwällen umgeben wird, ist es ein Thema von entscheidender Bedeutung, das in den Mittelpunkt der Betrachtung gehört.

Keine Frage: die FED ist nicht das einzige, aber ein ganz entscheidendes Instrument des Großkapitals zu seiner fortgesetzten Bereicherung. Bei den Montagsmahnwachen für Frieden ist die 1913 gegründete Federal Reserve Bank FED und ihre Rolle für die Kriege der letzten 100 Jahre thematisiert worden. Darf es eine Demonstration geben, die die FED zu einem zentralen Punkt der Betrachtung macht? Nein – ist der fast durchgängige Konsens. FED stehe für jüdische Weltverschwörung. Wer das Wort FED in den Mund nimmt, gilt als Antisemit – weil zu den Gründern der FED Bankiers gehört haben, die „jüdisch“ gewesen seien. Ganz schlimm wird es bei Erwähnung der zu den Gründern gehörenden Bankierfamilie Rothschild. Eine solche Erwähnung gilt als der Gipfel von Antisemitismus.

> *„US-Sprecher tun sich schnell hervor, einen für sie missliebigen Politiker mit Hitler zu vergleichen. Dabei hat kein anderer Staat als die Vereinigten Staaten von Amerika so viel zum Aufstieg Hitlers beigetragen.“*

Das größte Kartell, das die Menschheit je gesehen hat

„Muss man sich doch keine Gedanken machen, was das für ein Institut ist, oder wem‘s gehört. Obwohl es eigentlich ganz interessant wäre. Die meisten denken ja, das ist eine unabhängige Einrichtung des Staates, die amerikanische Notenbank. Ist sie aber gar nicht. Die FED gehört den amerikanischen Großbanken... Die FED ist 1913 von Präsident Woodrow Wilson gegründet worden, der ein paar Jahre später öffentlich zugegeben hat: ‚Ich habe unwissentlich mein eigenes Land ruiniert, indem ich eine große Industrienation ihrem eigenen Kreditwesen unterstellt habe.‘ Und der Charles Lindbergh senior, der größte und glühendste Widersacher der FED, der hat im Kongress gesagt: ‚Das ist das größte Kartell, das die Menschheitsgeschichte auf Erden je gesehen hat...‘“ Das hat Georg Schramm am 23.6.2009 in der ZDF-Sendung „Neues aus der Anstalt“ über die FED gesagt. Ist Georg Schramm deshalb ein Antisemit? Nein, das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Stimmt es, was er sagt, oder stimmt es nicht? Es ist zu befürchten, dass es stimmt.

„Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht“, soll ein Rothschild-Bankier geäußert haben. Ist derjenige, der dieses Zitat verbreitet, Antisemit oder Rassist? Nein!

> *„Wer das Wort FED in den Mund nimmt, gilt als Antisemit – weil zu den Gründern der FED Bankiers gehört haben, die „jüdisch“ gewesen seien. Ganz schlimm wird es bei Erwähnung der zu den Gründern gehörenden Bankierfamilie Rothschild. Eine solche Erwähnung gilt als der Gipfel von Antisemitismus.“*

Das ist nicht die Frage. Die Frage ist: Ist das Zitat authentisch oder nicht? Und ist die Aussage, die in dem Zitat steckt, mit der Schaffung der FED Realität geworden oder nicht?

„Wie soll ein Bankier die Macht über die Währung einer Nation bekommen, werden Sie sich jetzt fragen. Im Jahre 1913 geschah in den USA das Unglaubliche. Einem Bankenkartell, bestehend aus den weltweit führenden Bankhäusern Morgan, Rockefeller, Rothschild, Warburg und Kuhn-Loeb, gelang es in einem konspirativ vorbereiteten Handstreich, das amerikanische Parlament zu überlisten und das Federal Reserve System (FED) ins Leben zu rufen...“ So steht es auf dem Umschlag der deutschen Ausgabe des Buches von G. Edward Griffin über die FED. Ist das antisemitisch? Nein! Die Frage ist, ob es zutrifft oder nicht. Aber es scheint sehr wohl zuzutreffen.

„Die US-Zentralbank (FED) ist keine staatliche Bank, sondern ist in den Händen der wichtigsten US-Banken, sie kann Anleihen des Staates USA kaufen... Die FED finanziert durch ihre Aufkäufe von US-Staatsanleihen (und deren weltweiten Verkauf) das US-Militär, die Banken- und Konzernrettung, die vielen staatlichen Unternehmens-Subventionen, Kriege usw.“ So beschreibt es Werner Rügemer. Darf er das? Oder ist er damit ein Rassist? Nein! Nahe liegender ist:

Rassisten sind diejenigen, die die Frage, ob es berechtigt ist, Täter zu benennen, von der Zugehörigkeit der Täter zu einer Gruppe von Menschen abhängig machen. Und Rassisten sind viel eher diejenigen, die die Menschheit in „Juden“ und „Nicht-Juden“ aufteilen.

Ermordung Kennedys nach dessen Angriff auf die FED

Im Juni 1963 versucht der 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy – nach Darstellung von us-politik.ch – die Macht des Federal Reserve Boards (FED) zu brechen, indem er eigene United-States-Notes drucken lässt. Am 4. Juni 1963 unterzeichnet er die „Executive Order 111110“. Nach seiner Ermordung wird dieses Geld jedoch sofort wieder aus dem Verkehr gezogen. us-politik.ch führt dazu detaillierter aus:

„Das Federal-Reserve-System wurde 1913 als privates Unternehmen, an dem der Staat keine Aktien halten darf, gegründet. Die ursprünglichen Aktienbesitzer der Federal-Reserve-Banken waren die Rockefellers und Rothschilds, JP Morgan, Lazard Freres, Schoellkopf, Kuhn-Loeb, die Warburgs, Lehman Brothers und Goldman Sachs. Kein Senator oder Abgeordneter im Abgeordnetenhaus darf Mitglied des Federal-Reserve-Gremiums oder ein Offizier oder Direktor der Federal Reserve Bank sein. Da das Federal-Reserve-Board den amerikanischen Grossbanken gehört, können diese sich über ihre eigene ‚Bank‘ nicht nur neues Geld zuschreiben lassen, sondern die USA müssen für die Verwendung des Geldes sogar Zinsen bezahlen. Präsidentschaftskandidat Woodrow Wilson unterschreibt das Federal-Reserve-Gesetz bereits vor seiner Wahl, für die er dann von den Grossbanken unterstützt wird. Wilson schreibt später voller Bedauern: ‚[Unsere] großartige Industrienation wird jetzt von ihrem Kreditsystem kontrolliert. Unser Kreditsystem ist privat konzentriert. Deshalb liegen das Wachstum der Nation und all unsere

Die 12 Federal Reserve Banken in 1936
(Foto: Public Domain/Wikimedia Commons)

Aktivitäten in den Händen weniger Männer […], die zwangsläufig durch ihre eigenen Beschränkungen wahre ökonomische Freiheit einschränken, kontrollieren und zerstören. Wir wurden so eines der am schlechtesten regierten, meist kontrollierten und beherrschten Länder der zivilisierten Welt – wir haben keine Regierung der freien Meinung mehr, keine Regierung der Überzeugungen und der Mehrheitsentscheide mehr, sondern vielmehr eine Regierung der Ansichten und Nötigungen einer kleinen Gruppe dominanter Männer.‘

> *„Hier wurde ein Weltbankensystem erschaffen, ein durch internationale Bankiers kontrollierter Superstaat. Sie arbeiten zusammen, um die Welt nach ihrem Belieben zu versklaven, die FED hat sich widerrechtlich der Regierung bemächtigt. Im Juni 1963 begibt sich John F. Kennedy auf Konfrontationskurs mit dem Federal Reserve Board, indem er unter anderem die Ausgabe von fast $4,3 Mia. United-States-Notes durch das Finanzamt anstatt durch die im FED zusammengeschlossenen Banken beschließt. “*

Der [unter ungeklärten Umständen 1936 im Alter von 60 Jahren ums Leben gekommene, heute als Antisemit verschrieene] US-Abgeordnete Louis McFadden analysiert: ‚Hier wurde ein Weltbankensystem erschaffen, ein durch internationale Bankiers kontrollierter Superstaat. Sie arbeiten zusammen, um die Welt nach ihrem Belieben zu versklaven, die FED hat sich widerrechtlich der Regierung bemächtigt.‘ Im Juni 1963 begibt sich John F. Kennedy auf Konfrontationskurs mit dem Federal Reserve Board, indem er unter anderem die Ausgabe von fast $4,3 Mia. United-States-Notes durch das Finanzamt anstatt durch die im FED zusammengeschlossenen Banken beschließt. Ein Mitglied der Wall Street-Gruppe um das FED, John ‚Jock‘ Whitney, gibt [am Tag der Ermordung] am 22.11.1963 als erster die Coverstory von Oswald [als dem angeblichen Mörder] heraus. Der ehemalige Botschafter in England ist verwandt und befreundet mit den Familien Bush, Harriman, Vanderbilt und Payson, wobei letztere eng mit der Atom- und Rüstungsindustrie verknüpft sind. Sofort nach dem Tod Kennedys werden diese neuen United-States-Notes zurückgezogen, und [der folgende US-Präsident] Johnson kehrt zur Tradition der Zinsenzahlung zurück, obwohl die Order [111110] formell in Kraft bleibt.“

Hitler: ein Kind des US-Imperialismus?

„Man kann ja aus gutem Grund sagen, dass Adolf Hitler ohne Henry Ford vielleicht gar nicht denkbar gewesen wäre“, sagt Willy Wimmer (CDU). Mit Werner Rügemer lässt sich ergänzen: „Die Wall-Street-Banken, die dem Deutschen Reich während der 1920er Jahre umfangreiche Kredite gegeben hatten (Dawes-Plan 1924, Young-Plan 1929), stundeten und erließen sie dem NS-Regime. Zwanzig US-Großkonzerne ... nutzten gern auch von der SS gelieferte Zwangsarbeiter. Ohne die Ölprodukte von Standard Oil (später Esso, Exxon) hätte die Wehrmacht die energieaufwendigen Kriege in ganz Europa, Nordafrika und gegen die Sowjetunion nicht führen können. Hitlers Blitzkriege – beispielsweise die Transportplanungen im besetzten Europa – und die Judenerfassung wären ohne die Informationstechnologien von ITT und IBM so nicht möglich gewesen. Ford und General Motors produzierten Motoren und LKW für den Russland-Feldzug.“

Noch weiter gehen Forschungen und Überlegungen von Antony C. Sutton in seinem Buch „Wall Street and the Rise of Hitler“ (Wall Street und der Aufstieg Hitlers) oder von Guido Giacomo Preparata in seinem Buch „Conjuring Hitler – How Britain and America made the Third Reich“ (Hitler heraufbeschwören – Wie Großbritannien und die USA das Dritte Reich haben entstehen lassen). Demnach war auch der IG-Farben-Konzern, von dem US-Senator Homer T. Bone am 4.6.1943 gegenüber dem Senatskomitee für militärische Angelegenheiten gesagt hat „Farben war Hitler und Hitler war Farben“, tief in der US-Wirtschaft verwurzelt. Zum Direktorium der Tochtergesellschaft der I.G. Farben, der „American IG Farben“ gehörten neben Hermann Schmitz von der Spitze des deutschen Mutterkonzerns führende Kräfte des US-Kapitals, darunter

Von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann - Publiziert: 28.04.2015 (09:30) - Aktualisiert: 28.04.2015 (09:30), Von NRhZ-ONLINE übernommen.

die FED, die Bank of Manhattan, die National City Bank, Standard Oil und Ford Motor. Und Verbindungsmann zum US-Konzern ITT war – nach Sutton – ausgerechnet Bankier Kurt Freiherr von Schröder, in dessen Kölner Villa das entscheidende Treffen für

„Dann ist ihnen nicht klar, dass hier ein gewisser Prescott Bush (DIE Familie Bush) als Direktor und Aufsichtsrat fungierte und dabei half, die deutsche Rüstungsschmiede Thyssen als auch das Braune Haus in München zu finanzieren – also das erste NSDAP-Headquarter in München."

Hitlers Machtergreifung stattgefunden hat, und der als Hüter der ITT-Interessen in Deutschland ITT-Gelder an die SS fließen ließ.
„US-Sprecher tun sich schnell hervor, einen für sie missliebigen Politiker mit Hitler zu vergleichen. Dabei hat kein anderer Staat als die Vereinigten Staaten von Amerika so viel zum Aufstieg Hitlers beigetragen", resümiert Werner Rügemer im Rahmen einer Besprechung des Buchs „Big Business avec (mit) Hitler" in „junge Welt" vom 28.4.2014.
Preparata legt dar, wie die Strategie der USA und insbesondere Großbritanniens darauf ausgerichtet war, Deutschland und die Sowjetunion gegeneinander in die Schlacht ziehen zu lassen – beginnend in den 20er-Jahren damit, die Aufrüstung Deutschlands, den Aufstieg der NSDAP und dann die einzelnen militärischen Schritte Hitler-Deutschlands hin zur Operation Barbarossa, des Feldzugs gegen die Sowjetunion, zuzulassen und zu fördern. Demnach lässt sich die Aussage von Willy Wimmer durch die Feststellung ergänzen, dass es der angloamerikanische Imperialismus gewesen ist, der Hitler zugelassen hat – und nicht nur das – der den Hitler-Faschismus gezielt hat entstehen lassen. Und es ist klar, dass die Akteure von damals, die Akteure auch heute sind, diese Zusammenhänge nicht offenbar werden lassen dürfen. Mit allen denkbaren Mitteln müssen sie dies verhindern. Denn die Inkarnation des Bösen darf nicht auf diejenigen durchschlagen, die diese Inkarnation wesentlich befördert haben.

Ausländisches Geld an Hitler: Unterstützung oder Kampfansage?

Ken Jebsen, seinerzeit für den RBB tätig, heute mit der Marke KenFM unabhängiger Journalist und Unterstützer der Montagsmahnwachen, sind diese Zusammenhänge bewusst. Er sagt in seiner Stellungnahme vom 29.4.2014 zu den Montagsmahnwachen für den Frieden unter Bezugnahme auf deren Initiator Lars Mährholz und auf Jutta Ditfurth, die die Bewegung mit der Verwendung des Begriffs „neu-rechts" ins politische Aus befördern will:
„Aber Mährholz wirft man vor, die Geschichte relativieren zu wollen, wenn er sagt, dass die FED und ihr globales Bankensystem auch während der beiden großen Weltkriege mit die Strippen zog. Hier muss sich Jutta D[itfurth], die vorgibt, Wissenschaftlerin zu sein, und der größte Teil der ‚linken Presse', die Frage stellen lassen, ob die eigentlich wirklich so ungebildet sind. Sind ihnen die Mit-Finanzierer des NS-Regimes wirklich nicht bekannt? Sagen ihnen Bücher wie ‚Bankgeschäfte mit dem Feind' tatsächlich nichts? Oder das Buch ‚Big Business avec Hitler'?
Ist die BIZ [Bank für Internationalen Zahlungsausgleich] kein Begriff? Ist die Reportage ‚Hitlers amerikanische Geschäftsfreunde' ernsthaft nicht bekannt? Ist ihnen wirklich entgangen, dass Firmen wie Shell, die damals zu 40% in jüdischem Besitz waren, 40 Millionen Reichsmark an die NSDAP spendeten? Wie ist dieses Geld zu deuten? Als Unterstützung Hitlers oder als Kampfansage? Sagen ihnen die Banken ‚Brown Brother Harriman', ‚Union Banking Corporation' und ‚Bank voor Handel en Scheepvaart' auch nichts? Dann ist ihnen nicht klar, dass hier ein gewisser Prescott Bush (DIE Familie Bush) als Direktor und Aufsichtsrat fungierte und dabei half, die deutsche Rüstungsschmiede Thyssen als auch das Braune Haus in München zu finanzieren – also das erste NSDAP-Headquarter in München. Waren diese Banken etwa vollkommen autark? Oder Teil des FED-Imperiums?"

Diesen Artikel haben wir mit Dank aus der Quartalsschrift DAS KROKODIL übernommen. Ausgabe 9 (Juni 2014) - Grundsatzschrift über die Freiheit des Denkens.
<http://www.das-krokodil.com/>

Unterstütze Free21.org

CROWDFUNDING-Konto:

Kontoinhaber: Tommy Hansen,
Verwendungszweck: FREE21
GLS Bank, **BIC:** GENODEM1GLS,
IBAN: DE54 4306 0967 1168 5797 01,
oder auf das **Paypal-Konto:**
tommy.hansen@free21.org

‹http://free21.org/de/node/247›

Quellen:

Junge Welt: Montags gegen die FED
<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2014/06-18/050.php>
SpiegelTV: Verschwörungstheoretiker: Montagsdemos in Berlin
<http://www.spiegel.de/video/verschwoerungstheoretiker-montagsdemos-in-berlin-video-1348290.html>
ZDF: Neues aus der Anstalt
<https://www.youtube.com/watch?v=AmG_-eUv3NE>
Gutezitate.com: Zitate von Amschel Mayer Rothschild
<http://gutezitate.com/autor/amschel-mayer-rothschild>
US-politik.ch: Mafia, Geheimdienste und Politik der USA: *<http://www.us-politik.ch/>*
KenFM im Gespräch mit Willy Wimmer
<http://kenfm.de/blog/2014/03/23/krim-willy-wimmer/>
Hintergrund: Die Wertegemeinschaft der lupenreinen Hurensöhne
<http://www.hintergrund.de/201311082885/politik/welt/die-wertegemeinschaft-der-lupenreinen-hurensoehne.html>
JungeWelt: Kein Blitzkrieg ohne USA
<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2014/04-28/005.php>
KenFM: Klarstellung zu den Friedensmahnwachen
<http://kenfm.de/blog/2014/04/29/klarstellung/>
NRhZ-ONLINE: Teile und Herrsche
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20469>
Litteratur:
G. Edward Griffin
Die Kreatur von Jekyll Island – Die US-Notenbank Federal Reserve, 2006
Werner Rügemer
Ratingagenturen – Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, transcript, 2012. Kasten auf S.26 über die Federal Reserve Bank (Fed)
Antony C. Sutton
Wall Street and the Rise of Hitler, G S G & Associates Pub, 1976, deutsch: Wall Street und der Aufstieg Hitlers, Perseus, Basel 2013
Guido Giacomo Preparata
Conjuring Hitler – How Britain and America made the Third Reich, Pluto Press, London 2005
deutsch: Wer Hitler mächtig machte – Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten, Perseus, Basel 2010
Jacques R. Pauwels
Big Business avec Hitler. Les Èditions Aden, Brüssel 2013 (französisch – eine deutsche Ausgabe liegt nicht vor)

Das **Federal Reserve-Kartell:** Freimaurer und die Rothschild-Dynastie

Das FED-Gebäude in Washington D.C. wurde im Jahr 1982 nach Marriner Eccles, dem siebten Vorsitzenden des Board of Governors des Federal Reserve benannt. (Foto: Tim Evanson flickr.com CC BY-SA 2.0)

Im Jahr 1789 wurde Alexander Hamilton der erste Finanzminister der Vereinigten Staaten. Hamilton gehört zu den vielen Gründervätern, die Freimaurer waren. Er unterhielt enge Beziehungen zur Familie Rothschild, der die Bank von England gehörte und die an der Spitze der europäischen Freimaurerbewegung stand. George Washington, Benjamin Franklin, John Jay, Ethan Allen, Samuel Adams, Patrick Henry, John Brown und Roger Sherman waren alle Freimaurer.

Roger Livingston unterstützte Sherman und Franklin bei der Ausarbeitung der Unabhängigkeitserklärung. Er leistete George Washington gegenüber seinen Amtseid, während er gleichzeitig Großmeister der New Yorker Großloge der Freimaurer war. Washington selbst war Großmeister der Loge von Virginia. Von der Generalität der Revolutionsarmee gehörten 33 zu den Freimaurern. Diese Zahl besitzt eine hohe symbolische Bedeutung, da Freimaurer des 33. Grades in die Illuminatengrade eingeweiht werden.

Prominente Gründerväter mit John Adams, Thomas Jefferson, James Madison und Thomas Paine an der Spitze – keiner von ihnen war Freimaurer –, wollten die Beziehungen zur britischen Krone abbrechen, wurden aber von der Freimaurer-Fraktion um Washington, Hamilton und dem Großmeister der St.-Andrews-Loge in Boston, General Joseph Warren, überstimmt, die sich „dem Parlament widersetzten, der Krone gegenüber aber loyal bleiben" wollten. Die St.-Andrews-Loge in Boston wurde zum Zentrum der Freimaurerei in der Neuen Welt und begann ab 1769 damit, Tempelritter-Grade zu verleihen. Alle amerikanischen Freimaurerlogen sind bis heute der britischen Krone unterstellt, der sie als weltweites geheimdienstliches und konterrevolutionäres subversives Netzwerk dienen. Ihre jüngste Initiative betrifft das sogenannte Masonic Child Identifaction Program (CHIP), das nach Angaben des Internet-Lexikons Wikipedia Eltern die Möglichkeit gibt, kostenfrei ein Informationsset zusammenzustellen, das zur Identifizierung des Kindes beitragen kann. Diese Sammlung enthält eine Fingerabdruckkarte, eine physische Beschreibung, ein Video, eine CD oder eine DVD mit Aufnahmen des Kindes sowie einen Gebissabdruck und eine DNS-Probe.

> *„Mit finanzieller Rückendeckung der Rothschilds gründete Alexander Hamilton zwei Banken in New York, darunter auch die Bank von New York."*

Der erste Kontinentalkongress versammelte sich 1774 unter dem Vorsitz von Peyton Randolph, der die Nachfolge Washingtons als Großmeister der Loge von Virginia angetreten hatte. Der zweite Kontinentalkongress trat ein Jahr später unter der Präsidentschaft des Freimaurers John Hancock zusammen. Peytons Bruder William folgte ihm als Großmeister der Loge von Virginia nach und gehörte auf der ersten Constitutional Convention 1787 in Philadelphia zu den maßgeblichen Befürwortern einer Zentralisierung und eines Föderalismus. Der Föderalismus bildet den Kern der amerikanischen Verfassung und entspricht praktisch der Auffassung von Föderalismus, wie er in der sogenannten freimaurerischen „Anderson's Constitution" von 1723 zum Ausdruck kommt. [James Anderson war ein schottischer Freimaurer, der 1723 die „Konstitution", die sogenannten „Ersten Pflichten", praktisch das „Grundgesetz" der Ersten Großloge Englands verfasste.] Edmund Randolph wurde unter George Washington der erste Justizminister und später auch noch Außenminister der USA. Seine Familie kehrte [ohne ihn] während der Revolution aus Loyalität zur Krone nach England zurück. John Marshall, der erste Vorsitzende Richter am Obersten amerikanischen Gerichtshof, war ebenfalls Freimaurer.

Freiherrliches Wappen Rothschild (CC BY-SA 3.0)

Als Benjamin Franklin nach Frankreich reiste, um dort finanzielle Unterstützung für die amerikanischen Revolutionäre zu suchen, fanden seine Treffen im Bankhaus Rothschild statt. Er vermittelte Waffenkäufe über den deutschen Freimaurer Baron von Steuben. Seine Committees of Correspondence operierten über

Von Dean Henderson - Publiziert auf FREE21: 14.05.2015 (12:35) - Aktualisiert: 14.05.2015 (12:35)

freimaurerische Kanäle und entsprachen einem britischen Spionagenetzwerk. 1776 wurde Franklin praktisch „amerikanischer“ Botschafter in Frankreich. Drei Jahre später wurde er Großmeister der französischen Loge Neuf Soeurs („Neun Schwestern“) , der auch Jean Paul Jones und Voltaire angehörten. Franklin war auch Mitglied der geheimeren Royal Lodge of Commanders of the Temple West of Carcasonne, zu deren Mitgliedern auch Prinz Frederick von Wales gehörte. Während Franklin in den USA Mäßigung predigte, ging er in Europa mit seinen Logenbrüdern seinen Vergnügungen nach. Franklin war von den frühen 1750er Jahren bis 1775 als „Postmaster General“ Chef der amerikanischen Bundespost, eine Funktion, die traditionell britischen Spionen vorbehalten war.
Mit finanzieller Rückendeckung der Rothschilds gründete Alexander Hamilton zwei Banken in New York, darunter auch die Bank von New York. Er starb an einer Schussverletzung, die er sich in einem Duell mit Aaron Burr zuzog, der seinerseits die Bank von Manhattan mit finanzieller Unterstützung der Bank Kuhn Loeb gründete. Hamilton veranschaulichte die Verachtung, die die acht Familien gegenüber der einfachen Bevölkerung empfanden, einmal so: „Alle Gemeinschaften teilen sich selbst in die Wenigen und die Vielen auf. Zu den Ersteren zählen die Reichen und diejenigen aus gutem Hause, die Letzteren bilden die Masse des Volkes… Die Bevölkerung ist unruhig und unbeständig; sie beurteilt und entscheidet sich selten richtig. Man sollte daher der ersten Klasse einen deutlichen, ständigen Anteil an der Regierung sichern. Damit bildet sie ein Gegengewicht zur Unstetigkeit der zweiten [Klasse].“ Hamilton war nur der erste einer ganzen Reihe von Verbündeten der acht Familien, der den Schlüsselposten des Finanzministers innehatte. In der jüngsten Zeit kam etwa Kennedys Finanzminister Douglas Dillon von Dillon Read (heute Teil der Investmentbank USB Warburg) hinzu. Nixons Finanzminister David Kennedy und William Simon kamen von der Bank Continental Illinois (die jetzt zur Bank of America gehört) bzw. der Bank Solomon Brothers (jetzt Citigroup). Jimmy Carters Finanzminister Michael Blumenthal hatte zuvor für Goldman Sachs und Reagans Finanzminister Donald Regan für Merill Lynch gearbeitet. George H. W. Bushs Finanzminister Nicholas Brady war ebenfalls für Dillon Read (heute USB Warburg) tätig, und die Finanzminister von Bill Clinton und George W. Bush – Robert Rubin bzw. Henry Paulson – kamen beide von Goldman Sachs. Barack Obamas Finanzminister Timothy Geithner war zuvor für Kissinger Associates und die New Yorker Federal Reserve tätig gewesen.

„Hamilton veranschaulichte die Verachtung, die die acht Familien gegenüber der einfachen Bevölkerung empfanden, einmal so: „Alle Gemeinschaften teilen sich selbst in die Wenigen und die Vielen auf. Zu den Ersteren zählen die Reichen und diejenigen aus gutem Hause, die Letzteren bilden die Masse des Volkes.“

Thomas Jefferson hatte argumentiert, die Vereinigten Staaten benötigten eine Zentralbank in öffentlichem Besitz, damit die europäischen Monarchen und Aristokraten über das Drucken von Geld keinen Einfluss auf die Angelegenheiten der neuen Nation nehmen könnten. Jefferson erklärte: „Ein Land, das erwartet, ungebildet und frei zu bleiben …, erwartet, was noch niemals war und niemals sein wird. Unter hundert Königen gibt es kaum einen, der, wenn er könnte, nicht dem Beispiel des Pharao folgte – zuerst den Menschen all ihr Geld abzunehmen, dann ihr ganzes Land an sich zu reißen und sie und ihre Kinder dann auf ewig zu Dienern zu machen. Banken sind gefährlicher als stehende Armeen. Bereits jetzt haben sie schon eine Geldaristokratie geschaffen.“ Jefferson erkannte die Anfänge der Verschwörung der europäischen Banker, die Kontrolle über die USA zu gewinnen, und erklärte dazu: „Einzelne tyrannische Handlungen mögen auf die zufällige Laune eines Tages zurückgeführt werden; aber eine ganze Reihe von Unterdrückungen, die während einer besonderen Periode begann und während eines jeden Wechsels der Minister unverändert weiterverfolgt wird, verweist zu deutlich auf einen absichtlichen, systematischen Plan, uns in die Sklaverei zu drängen.“ Aber Hamiltons Argumente für eine private amerikanische Zentralbank setzten sich mit Rückendeckung der Rothschilds durch. 1791 wurde die Bank der Vereinigten Staaten (BUS) mit den Rothschilds als Haupteigentümern gegründet. Die Zulassung der Bank lief 1811 aus. Die Öffentlichkeit war mehrheitlich dafür, die Zulassung nicht zu verlängern und sie durch eine Bank im öffentlichen Besitz nach dem Vorbild Jeffersons zu ersetzen. Aber eine Entscheidung wurde vertagt, als die amerikanische Nation durch die europäischen Banken in den Krieg von 1812 gedrängt wurde. Inmitten eines gesellschaftlichen Klimas, das durch Angst und Wirtschaftskrise geprägt war, wurde die Zulassung der Hamilton-Bank 1816 noch einmal erneuert.

Old Hickory, Honest Abe und Camelot

1828 bewarb sich Andrew Jackson um das Amt des amerikanischen Präsidenten. Während seines Wahlkampfes wütete er gegen die internationalen Banker, die die BUS kontrollierten. „Sie sind eine Schlangengrube“, zürnte er. „Ich beabsichtige, Sie bloßzustellen und, beim Ewigen Gott, ich werde Sie ausrotten. Wenn die Menschen die krassen Ungerechtigkeiten unseres Geld- und Bankenwesens verstünden, käme es noch vor dem nächsten Morgen zu einer Revolution.“ Jackson gewann die Wahlen und widerrief die Zulassung der Bank. Dazu erklärte er: „Dieses Gesetz scheint auf der falschen Vorstellung zu beruhen, dass die derzeitigen Anteilseigner ein Vorrecht nicht nur auf das Wohlwollen, sondern auf Wohltätigkeiten der Regierung beanspruchen könnten … Um ihres Vorteils willen schließt dieses Gesetz das ganze amerikanische Volk vom Wettbewerb um den Erwerb dieses Monopols aus … Die derzeitigen Anteilseigner und diejenigen, die ihre Rechte als Nachfolger übernommen haben, haben eine bevorzugende Ordnung errichtet, die einerseits mit großer politischer Macht ausgestattet ist und sich andererseits ungeheurer finanzieller Vorteile aus ihrer Verbindung mit der Regierung erfreut. Sollte ihr Einfluss unter der Maßgabe eines Gesetzes wie diesem in den Händen eines selbsternannten Direktoriums, dessen Interessen mit denen der ausländischen Anteilseigner gleichgesetzt werden, konzentriert

werden, hätte man da nicht allen Grund, um die Unabhängigkeit unseres Landes in einem Krieg zu fürchten? … Die Kontrolle unserer Währung, die Abschöpfung öffentlicher Gelder und die Entscheidungsmacht über die Unabhängigkeit Tausender unserer Bürger zu behalten, wäre furchtbarer und gefährlicher als die Marine- und Militärmacht des Feindes. Es ist zu bedauern, dass die Reichen und Mächtigen zu oft die Gesetze der Regierung für selbstsüchtige Zwecke verbiegen …, um die Reichen noch reicher und mächtiger zu machen. Viele unserer Reichen waren mit [dem Rechtsgrundsatz] der Gleichbehandlungsklausel [14. Zusatzartikel der US-Verfassung] und der ›gleichen Vergünstigung‹ nicht einverstanden, aber sie haben uns ersucht, sich durch Gesetze des Kongresses reicher zu machen. Ich bin meiner Pflicht gegenüber diesem Land gefolgt."

Die Stimmung des Volkes setzte sich durch, und Jackson wurde wiedergewählt. 1835 wurde ein Attentat auf ihn verübt. Der Schütze, ein gewisser Richard Lawrence, gestand später, er habe „in Kontakt mit Mächtigen aus Europa" gestanden.

1836 weigerte sich Jackson erneut, die Zulassung der BUS zu verlängern. Unter seiner Regierung sank die Staatsverschuldung zum ersten und letzten Mal in unserer Geschichte auf null. Dies verärgerte die internationalen Banker, deren Gewinne vorrangig aus den Zinszahlungen auf Schulden bestehen. BUS-Präsident Nicholas Biddle schnitt die Regierung 1842 von Geldmitteln ab und stürzte das Land damit in eine Depression. Biddle war ein Agent Jacob Rothschilds, der in Paris saß.

Gleichzeitig wurde Jackson der Krieg mit Mexiko aufgenötigt. Wenige Jahre später brach dann der Bürgerkrieg aus, wobei Londoner Banker den Norden und ihre französischen Kollegen den Süden unterstützten. Die Familie Lehman verdiente mit Waffenschmuggel in den Süden und Baumwolle in den Norden ein riesiges Vermögen. 1861 waren die USA mit 100 Mio. Dollar verschuldet. Der neue Präsident Abraham Lincoln brüskierte die europäischen Banker erneut, als er „Lincoln Greenbacks" ausgab, um die Rechnung der Unionsarmee zu bezahlen.

Die von Rothschild kontrollierte Times of London schrieb dazu: „Sollte diese bösartige Politik, die auf die nordamerikanische Republik zurückgeht, längere Zeit anhalten oder zur Regel werden, kann sich die betreffende Regierung selbst ohne Kosten mit Geld versorgen. Sie wird ihre Schulden zahlen und schuldenfrei sein. Sie würde über alle Geldmittel verfügen, um Handel zu treiben. Sie würde einen Wohlstand erlangen, der in der Geschichte der zivilisierten Regierungen der Welt ohne Beispiel wäre. Die klugen Köpfe und der Wohlstand aller Nationen würden nach Nordamerika gehen. Diese Regierung muss in die Knie gezwungen werden oder sie wird jede Monarchie auf der Welt vernichten."

Das von den europäischen Bankern verfasste Pamphlet Harzard Circular war als solches aufgedeckt und von wütenden Bürgern im ganzen Land verbreitet worden. Es heißt darin: „Die große Verschuldung, die die Kapitalisten erleben werden, ist aus dem Krieg heraus entstanden und muss dazu benutzt werden, den Wert des Geldes zu kontrollieren. Um dies zu erreichen, müssen Regierungsanleihen zur Grundlage des Bankengeschäfts werden. Wir werden nicht abwarten, bis Finanzminister Salmon Chase diese Empfehlung aussprechen wird. Es darf nicht dazu kommen, dass ›Greenbacks‹ als Zahlungsmittel im Umlauf sind, das wir nicht kontrollieren können. Wir kontrollieren die Anleihen und darüber die Belange der Banken."

Das Nationalbank-Gesetz von 1863 setzte wieder eine private amerikanische Zentralbank ein, und die Kriegsanleihen von Chase wurden ausgegeben. Im folgenden Jahr wurde Lincoln wiedergewählt und versprach, dieses Gesetz zurückzunehmen, nachdem er im Januar 1865 seinen Amtseid abgelegt hatte. Aber dazu sollte es nicht kommen. Er wurde [am 14. April 1865] im Ford's Theatre in Washington von John Wilkes Booth angeschossen und erlag am folgenden Tag seinen Verletzungen. Booth verfügte über zahlreiche Verbindungen zu internationalen Bankiers. Seine Enkelin schrieb das Buch This One Mad Act, in dem ausführlich seine Kontakte zu „geheimnisvollen Europäern" kurz vor der Ermordung Lincolns geschildert werden. Nach dem Attentat wurde Booth von Mitgliedern einer Geheimgesellschaft namens „Ritter des Goldenen Kreises" (KGC) bei seiner Flucht unterstützt. Die KGC verfügten über enge Beziehungen zur französischen Société des Saisons, [die 1837 von Armand Barbès gegründet worden war und] die Karl Marx hervorbrachte. KGC hat einen Großteil der Spannungen entfacht, die zum Ausbruch des Bürgerkriegs führten, und Präsident Lincoln hatte sich speziell gegen diese Gruppe gewandt. Booth war Mitglied der KGC und stand über den Außenminister der Konföderierten, Judah Benjamin, mit der Familie Rothschild in Verbindung. Nach dem Bürgerkrieg floh Benjamin nach England.

Fast ein Jahrhundert nach der Ermordung Lincolns, weil er die Greenbacks ausgegeben hatte, fand sich Präsident John F. Kennedy im Fadenkreuz der acht Familien wieder. Kennedy hatte angekündigt, die Offshore-Steuerparadiese zu schließen und die Steuern für die großen Erdöl- und Bergwerkskonzerne zu erhöhen. Zugleich wollte er Steuerschlupflöcher für die Superreichen schließen. Seine Wirtschaftspolitik wurde öffentlich vom Magazin Fortunes, dem Wall Street Journal und von David wie auch Nelson Rockefeller angegriffen. Selbst sein eigener Finanzminister Douglas Dillon, der vorher für die von USB Warburg kontrollierte Investmentbank Dillon Read tätig gewesen war, kritisierte die Vorschläge Kennedys.

Kennedys Schicksal war im Juni 1963 praktisch besiegelt, als er die Ausgabe von vier Milliarden Dollar und Banknoten der Vereinigten Staaten durch das Finanzministerium anordnete, um so die Hochzins-Wucherpolitik der privaten Federal Reserve und der internationalen Banker zu umgehen. Die Ehefrau von Lee Harvey Oswald, der nach dem Attentat auf Kennedy bequemerweise vom Nachtclubbesitzer Jack Ruby erschossen wurde, der dann selbst durch Schüsse niedergestreckt wurde, erklärte gegenüber A.J. Weberman 1994: „Die Antwort auf die Frage nach dem Warum der Ermordung Kennedys ist bei der Federal Reserve zu finden. Man darf das keinesfalls unterschätzen. Es ist falsch, die ganze Schuld Angleton und der CIA an sich zuzuschieben. Das ist nur ein Finger der gleichen Hand. Diejenigen, die das Geld bereitstellen, stehen über der CIA." Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme verstärkte Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson den amerikanischen Einsatz in Vietnam massiv und die USA versanken tiefer in Schulden. Ihre Bürger wurden eingeschüchtert, damit sie schwiegen. Wenn sie den Präsidenten töten können, können sie jeden erwischen.

Mayer Carl Freiherr von Rothschild (1820-1886)

Die Familie Rothschild

Das holländische Herrscherhaus Oranien [-Nassau] gründete 1609 die Bank von Amsterdam als erste Zentralbank weltweit. Prinz Wilhelm von Oranien heiratete in das britische Königshaus Windsor ein, indem er sich mit der Tochter James II., Mary, vermählte. Die radikal-protestantische Bruderschaft des Oranier-Ordens, die auf protestantischer Seite für die gewaltsamen Aus-

schreitungen in Nordirland mitverantwortlich ist, brachte Wilhelm von Oranien 1690 auf den britischen Thron, sodass er nun in Personalunion über Holland und England herrschte. 1694 gründete Wilhelm III. zusammen mit der britischen Aristokratie die private Bank von England.

Die „alte Lady der Threadneedle Street", wie die Bank nach ihrem Sitz auch genannt wird, ist von neun Meter hohen Wällen umgeben. Drei Stockwerke unter der Erde befinden sich die drittgrößten Goldbarrenvorräte der Welt. Die Rothschilds und ihre von Inzucht durchzogenen Partner der Acht Familien erlangten schrittweise die Kontrolle über die Bank von England. Bis 2004 wurde die zweimal täglich stattfindende Festsetzung des Goldpreises, das sogenannte „Fixing", im Bankhaus N.M. Rothschild realisiert. Und der stellvertretende Gouverneur der Bank von England, George Blunden, meinte einmal: „Es ist die Angst, die die Macht der Bank so akzeptabel macht. Die Bank kann ihren Einfluss geltend machen, wenn die Leute von uns abhängig sind und fürchten, ihre Privilegien zu verlieren oder wenn sie eingeschüchtert sind."

Mayer Amschel Rothschild verkaufte der britischen Regierung hessische Söldner für den Kampf gegen die amerikanischen Rebellen und leitete die Einnahmen an seinen Bruder Nathan in London weiter, als dort die Bank N.M. (Nathan und Mayer) Rothschild & Sons aufgebaut wurde. Mayer hatte sich intensiv mit der Kabbala auseinandergesetzt und sein erstes Vermögen mit Geldgeschäften verdient, die er mit Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel, einem bekannten Freimauer und späterem Kurfürsten, getätigt hatte. Dabei soll er das Geld, immerhin 600.000 Pfund, das ihm Wilhelm vor seiner Flucht anvertraut hatte, für eigene Geschäfte genutzt haben.

Das von den Rothschilds kontrollierte Bankhaus Barings steuerte den chinesischen Opium- und den afrikanischen Sklavenhandel. Als verschiedene [amerikanische

Warren Buffett, Arnold Schwarzenegger und Lord Jacob Rothschild, Sept. 2002

Bundes-] Staaten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen konnten, bestach Barings den amerikanischen Senator und Außenminister Daniel Webster, damit sich dieser in Reden dafür einsetze, dass die Rückzahlung von Schulden eine Tugend sei. Als die Staaten aber nicht einlenkten, drehte Rothschild 1842 den Geldhahn zu und löste damit in den Vereinigten Staaten eine Wirtschaftsdepression aus. Es wurde oft behauptet, dass der Reichtum der Rothschilds vom Bankrott von Nationen abhing. Mayer Amschel Rothschild prägte den berühmten Satz: ›Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.‹„

Auch Kriege beeinträchtigten das Vermögen der Rothschilds nicht. Die Rothschilds finanzierten den preußischen Krieg, den Krim-Krieg und den britischen Versuch, den Suezkanal von den Franzosen zu erobern. Nathan Rothschild setzte viel Geld auf einen Sieg Napoleons in Waterloo, während er gleichzeitig den Feldzug des Herzogs von Wellington auf der iberischen Halbinsel gegen Napoleon finanzierte. Sowohl der mexikanische Krieg als auch der Bürgerkrieg erwiesen sich als Goldgruben für die Familie.

Eine Familienbiografie der Rothschilds erwähnt ein Treffen in London, auf dem „ein internationales Bankensyndikat" entschieden habe, im Rahmen einer Strategie des „Teilens und Herrschens" den amerikanischen Norden gegen den Süden auszuspielen. Der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck sagte einmal: „Die Aufteilung der Vereinigten Staaten in zwei gleich starke Föderationen [war] schon lange vor dem Bürgerkrieg … beschlossen worden. Diese Bankiers fürchteten, dass die Vereinigten Staaten, sollten sie vereinigt bleiben und sich zu einer einzigen Nation entwickeln, wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit erringen könnten und diese hätte die weltweite finanzielle Vorherrschaft Europas bis ins Mark erschüttert. Natürlich kam der Stimme der Rothschilds im inneren Kreise der Finanzwelt beherrschendes Gewicht zu." Der Rothschild-Biograf Derek Wilson erklärte, die Familie sei der offizielle europäische Banker der amerikanischen Regierung gewesen und hätte die Bank der Vereinigten Staaten massiv unterstützt. Ein anderen Familien-Biograf, Niall Ferguson, bemerkt eine „wesentliche und unerklärte Lücke" in der Rothschild'schen Privatkorrespondenz zwischen 1854 und 1860. Er stellte [bei seinen Recherchen im Archiv der Londoner Rothschild-Bank] fest, dass alle Kopien der herausgegangenen Briefe, die von den Londoner Rothschilds während der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges geschrieben worden waren, auf „Anordnung später folgender Partner" vernichtet wurden.

Auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges hatten französische und britische Truppen die USA praktisch eingekreist. Die Briten entsandten 11.000 Soldaten in das von der britischen Krone kontrollierte Kanada, das Agenten der Konföderierten Zuflucht bot. Frankreich brachte unter Napoleon III. in Mexiko, wo sich französische Truppen an der texanischen Grenze massierten, den österreichischen Erzherzog Maximilian aus dem Hause Habsburg als Marionettenkaiser an die Macht. Nur der Einsatz zweier russischer Kriegsflotten des amerikanischen Verbündeten Zar Alexander II. retteten die USA in letzter Sekunde vor der erneuten Kolonisierung.

Im gleichen Jahr empörte sich die Chicago Tribune: „Belmont (August Belmont war ein Rothschild-Agent und es wurde sogar ein ›Triple Crown‹-Pferderennen nach ihm benannt.) und die Rothschilds …, die die Kriegsanleihen der Konföderierten aufgekauft haben."

Salmon Rothschild meinte über den verstorbenen Präsidenten Lincoln, er habe „alle Kompromisse abgelehnt. Er hat das Äußere eines Bauern und kann nur Wirtshausgeschichten erzählen." Baron Jacob Rothschild hatte gegenüber der amerikanischen Bürgerschaft ähnlich schmeichelhafte Ansichten. So sagte er einmal im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter (damals noch als „US Ministers Resident") in Belgien, Henry Sanford, über die über eine halbe Million Amerikaner, die im Bürgerkrieg gestorben waren: „Wenn ein Patient hoffnungslos erkrankt ist, greift man zu verzweifelten Mitteln, selbst zum Aderlass." Dabei folgten Salmon und Jacob damit nur einer Familientradition. Einige Generationen früher hatte Mayer Amschel Rothschild über seine Anlagestrategie gesagt: „Wenn in den Straßen von Paris das Blut fließt, kaufe ich."

Mayer Rothschilds Söhne waren als die „Frankfurter Fünf" bekannt. Der älteste Sohn – Amschel – leitete zusammen mit sei-

nem Vater die Familiengeschäfte in Frankfurt, während Nathan die Londoner Niederlassung führte. Der jüngste Sohn Jacob eröffnete eine Niederlassung in Paris, während Salomon die Wiener Bank leitete und Karl in Neapel tätig war. Frederick Morton schätzt das Vermögen der Rothschilds um 1850 auf mehr als zehn Milliarden Dollar. Einige Forscher vermuten, dass es heute auf mehr als 100 Billionen Dollar angewachsen ist.

Die Warburgs, Kuhn Loebs, Goldman Sachs, Schiffs und Rothschilds sind untereinander verschwägert und bilden eine große glückliche Bankenfamilie. Die Warburgs, die die Deutsche Bank und BNP kontrollierten, waren seit 1814 mit den Rothschilds in Hamburg verbunden, während der starke Mann bei Kuhn Loeb, Jacob Schiff, sich 1785 mit den Rothschilds zusammenschloss. Schiff wanderte 1865 in die USA ein und schloss sich dort Abraham Kuhn an und heiratete Solomon Loebs Tochter Therese. Loeb und Kuhn heirateten jeweils die Schwester des anderen, und die Kuhn-Loeb-Dynastie war geboren. Zwei Goldman-Töchter heirateten zwei Söhne der Sachs-Familie und begründeten damit Goldman Sachs. 1806 heiratete Nathan Rothschild die älteste Tochter von Levi Barent Cohen, einem führenden Londoner Finanzier. Der starke Mann bei Merill Lynch, Abby Joseph Cohen, und Clintons Verteidigungsminister William Cohen sind wahrscheinlich Nachkommen der Rothschilds.

Heute kontrollieren die Rothschilds ein weit verzweigtes Finanzimperium, zu dem Mehrheitsanteile an den meisten Zentralbanken gehören. Die Familie Edmond de Rothschilds besitzt die Banque Privee SA im schweizerischen Lugano und die Rothschild Bank AG in Zürich. Die Familie Jacob Lord Rothschilds besitzt die einflussreiche Rothschild Italia in Mailand. Sie gehören zu den Gründungsmitgliedern des exklusiven, zehn Billionen Dollar schweren Club of the Isles, der Großkonzerne wie Royal Dutch Shell, Imperial Chemical Industries, Loyds of London, Unilever, Barclays, Lonhro, Rio Tinto Zinc, BHP Billiton und das angloamerikanische Unternehmen De Beers miteinander verbindet. Sie beherrschen die weltweite Versorgung mit Erdöl, Gold, Diamanten und vielen anderen lebenswichtigen Rohstoffen.

Der informelle Club of the Isles stellte George Soros' Quantum Fund, der nach dem Zusammenbruch der Währungen Thailands, Indonesiens und Russlands ungeheure Gewinne eingestrichen hatte, Kapital zur Verfügung. Soros gehörte ein großes Aktienpaket an dem Unternehmen Harken Energy von George W. Bush. An der Spitze des Club of the Isles stehen die Rothschilds und ihm gehören auch Königin Elisabeth II. und andere reiche Angehörige des europäischen Adels an. Vielleicht der größte Treuhänder des Vermögens der Rothschilds ist heute Rothschilds Continuation Holdings AG, eine öffentlichkeitsscheue und verschwiegene Bankholding mit Sitz in der Schweiz. Ende der 1990er-Jahre gehörten die Barone Guy und Elie de Rothschild in Frankreich sowie Lord Jacob und Sir Evelyn Rothschild in England zu den führenden Nachkommen des weltweiten Rothschild-Imperiums. Evelyn war Aufsichtsratschef des Economist und Direktor bei De Beers und IBM UK.

Jacob unterstützte Arnold Schwarzeneggers Gouverneurswahlkampf in Kalifornien. Er übernahm die Kontrolle über Chodorkowskijs Anteile an YUKOS Oil kurz vor dessen Verhaftung durch die russische Regierung. 2010 beteiligte sich Jacob wie zuvor auch Rupert Murdoch über das Unternehmen Genie Energy, eine Tochterfirma der IDT Corporation, an einer Erdölförderpartnerschaft in Israel.

Wenige Monate später ernannte Sarah Palin den früheren IDT-Vorstand Michael Glasner zu ihrem Stabschef. Ist sie die Wahl der Rothschilds für 2012?

Dieser Artikel ist Teil II einer auf fünf Teile angelegten Serie.

„Heute kontrollieren die Rothschilds ein weit verzweigtes Finanzimperium, zu dem Mehrheitsanteile an den meisten Zentralbanken gehören. Die Familie Edmond de Rothschilds besitzt die Banque Privee SA im schweizerischen Lugano und die Rothschild Bank AG in Zürich. Die Familie Jacob Lord Rothschilds besitzt die einflussreiche Rothschild Italia in Mailand. Sie gehören zu den Gründungsmitgliedern des exklusiven, zehn Billionen Dollar schweren Club of the Isles, der Großkonzerne wie Royal Dutch Shell, Imperial Chemical Industries, Loyds of London, Unilever, Barclays, Lonhro, Rio Tinto Zinc, BHP Billiton und das angloamerikanische Unternehmen De Beers miteinander verbindet. Sie beherrschen die weltweite Versorgung mit Erdöl, Gold, Diamanten und vielen anderen lebenswichtigen Rohstoffen."

Quellen:

Michael Bagent und Richard Leigh, The Temple & the Lodge, *New York 1989.*

Dacid Icke, The Robot's Rebellion: The Story of the Spiritual Renaissance, *Bath.*

Michael Parenti, Democracy for the Few, *New York 1977.*

Des Griffin, Fourth Reich of the Rich, *Pasadena 1978.*

Jim Marrs, Rule by Secrecy: The Hidden History that Connects the Trilateral Commission, the Freemasons and the Great Pyramids, *New York 2000.*

Eustace Mullins, The Secrets of the Federal Reserve, *Bankers Research Institute, Staunton 1983.*

David Icke, Human Race Get Off Your Knees: The Lion Sleeps No More, *Isle of Wight 2010.*

Derek Wilson, Rothschild: The Wealth and Power of a Dynasty, *New York 1988.*

Niall Ferguson, The House of Rothschild, *New York 1998.*

Mark Owen, „What You Didn't Know about Taxes and the Crown", *in: Paranoia, #41, Frühjahr 2006.*

(23) „The Coming Fall of the House of Windsor", *in: The New Federalist, 1994.*

F. William Engdahl, „The Secret Financial Network Behind ›Wizard‹ George Soros", *in: Executive Intelligence Review, 01.11.1996.*

„Murdoch, Rothschild Invest in Israeli Oil Shale", *in: Jerusalem Post, 22. November 2010.*

(27) „Sarah Palin hires chief of staff for PAC", *in: Huffington Post, Februar 2011.*

Autor:

Dean Henderson

ist freier Journalist und Autor von verschiedenen Büchern, u.a.: Big Oil & ihre Banker im Persischen Golf, The Grateful Unrich, Das Kartell der Federal Reserve und Stickin'it to the Matrix.

https://hendersonlefthook.wordpress.com/
twitter.com/1lefthook

‹http://free21.org/de/node/248›

Wir haben die Seele der **Gier-Kultur** endgültig satt

Die Psychologie hat angesichts der Ratlosigkeit, in der sich die Menschheit zurzeit befindet, den Begriff der kognitiven Dissonanz geprägt. Wir sehen uns einem Übermaß an Problemen gegenüber, während wir gleichzeitig glauben, dass es dafür keine Lösungsmöglichkeiten gibt. Kognitive Dissonanz.

von Dirk C. Fleck

(Foto: Jonny White/Creative Commons 2.0/Wikimedia Commons)

Die Psychologie hat angesichts der Ratlosigkeit, in der sich die Menschheit zurzeit befindet, den Begriff der kognitiven Dissonanz geprägt. Wir sehen uns einem Übermaß an Problemen gegenüber, während wir gleichzeitig glauben, dass es dafür keine Lösungsmöglichkeiten gibt. Kognitive Dissonanz. Ein unangenehmes Gefühl. Vor allem, wenn es sich wie ein schleichendes Gift in die Gesellschaft frisst. Um dieses Gefühl abzumildern, um an ihm also nicht verrückt zu werden, bleibt uns eigentlich nur eines: die Probleme in ein anderes Licht zu rücken. Wenn wir sie schon nicht lösen können, so können wir doch wenigstens unsere Einstellung zu ihnen ändern. Also verharmlosen, vertuschen und verdrängen wir wie die Teufel, darin sind wir wirklich brillant.

Wir Menschen haben Jahrhunderte lang in unser Wohnzimmer uriniert. Anstatt aber unsere Lebensweise zu hinterfragen, diskutierten wir lieber über die Saugfähigkeit des Teppichs.

Erst jetzt, da der Sättigungsgrad des Teppichs erreicht ist, da immer mehr Menschen bewusst wird, dass der von uns eingeläutete Ökozid an den Nerv alles Lebens geht, beginnen wir allmählich aufzuwachen. Dabei hätte es nicht zwangsläufig so weit kommen müssen. Wir hatten unsere Chance, wir hatten sie immer. Wir konnten sie nur nicht nutzen, weil wir als politisches Gemeinwesen keine Idee besaßen, was und wer wir eigentlich sein wollten jenseits unseres immer kümmerlicher werdenden Konsumentendaseins im Scheinpluralismus weniger Konzerne.

Eigentlich wissen wir es immer noch nicht. Deshalb glauben wir, dass die Lösung unserer Probleme ein Fall für die Wissenschaft geworden ist. Unsere Hoffnungen ruhen auf neuen Wissenschaftszweigen wie der Bionik, dem Geo-Engineering oder der Evolutionstechnik, wir träumen von molekularer Selbstorganisation und versuchen uns an der Züchtung von Stopfkrebsen zum Abdichten unserer Deiche. Wir hören von lernfähigen neuronalen Netzen und einer neuen Computer-Architektur, in der Hardware und Software zu einer Persönlichkeit verschmelzen. Aber verstehen tun wir nichts von alledem. Und wie immer, wenn wir nichts verstehen, wird es auch diesmal schief gehen. Mit allem, was wir Menschen bisher angefangen haben, sind wir nämlich in die Absurdität des Gegenteils geraten. Mit dem Versuch, die Äcker fruchtbarer zu machen, haben wir sie zu Tode gefoltert. Mit dem Versuch, uns vor Feinden zu schützen, sind wir so nahe wie möglich an den großen Weltbrand geraten. Selbst der Versuch zu heilen und zu helfen geriet immer mehrt an die Grenzen der Unmenschlichkeit.

„Die Zivilisation ist ein Schiff, das ohne Pläne gebaut wurde und nun führerlos dahin schlingert. Es fehlt ihr ganz einfach an spiritueller Verbundenheit, damit sie einen Kurs hätte wählen können, der eben nicht in die Katastrophe mündet." – polnischer Philosoph und Science-Fiction-Autor Stanislav Lem (Solaris)

Unsere Aussichten, so könnte man angesichts der verheerenden Faktenlage meinen, sind alles andere als rosig. Wie es aussieht, stellen die Meere und Wälder ihre globalen Dienstleistungen, die bislang jedem Menschen zugute kamen, demnächst ein. Damit würde der Klimastress zum Dauerzustand werden. Und wie es um das kapitalistische Wirtschaftssystem bestellt ist, brauche ich niemandem zu erklären. Statt einzelner Autofirmen wird man wohl in Zukunft ganze Millionenmetropolen versenken. Schon jetzt fühlen sich Milliarden Menschen rund um den Globus betrogen und verarscht, sie sind frustriert, ausgebrannt und ohne Hoffnung.

Wir Menschen haben Jahrhunderte lang in unser Wohnzimmer uriniert. Anstatt aber unsere Lebensweise zu hinterfragen, diskutierten wir lieber über die Saugfähigkeit des Teppichs.

Es mag vielleicht aberwitzig klingen: aber vermutlich braucht es einen so abgrundtiefen Bodensatz an Enttäuschung, um eine wirkliche Bewusstseinsänderung herbei zu führen. In den Herzen der Menschen sitzen nicht nur Wut und Enttäuschung, in Milliarden Herzen wächst etwas heran, was von unschätzbarem Wert ist: die Sehnsucht nach einer besseren Welt! Diese Sehnsucht ist schon heute mit Händen zu greifen und zwar überall auf der Erde. Die Menschen haben die Seele der Gier-Kultur endgültig satt. Jetzt braucht es nur noch diesen einen berühmten Schmetterlingsflügelschlag, um das gewaltige Sehnsuchtspotential kurzzuschließen. Genau aus diesem Grunde ist es heute so wichtig, den Menschen eine Perspektive zu bieten. Sie

müssen wissen, dass es genügend gesunde Alternativen gibt, um sich aus den Fängen einer erbarmungslosen Wachstumsgesellschaft zu befreien. Sobald sie verstehen, dass es ohne weiteres möglich ist, sich gegenüber den Kapitalinteressen zu emanzipieren, dass es möglich ist, eine Gemeinschaft nach eigenen Vorstellungen aufzubauen, um wieder in den Genuss von Kommunikation und Mitmenschlichkeit zu kommen, werden sie auch den Mut finden, etwas Neues zu wagen. Diese Neuorientierung wird nicht gradlinig verlaufen und viele Irritationen mit sich bringen, aber sie wird den Menschen von Anfang an und bei jedem Schritt etwas zurückgeben, was ihnen solange gefehlt hat: Lebensfreude. Ich mag gar nicht daran denken, was an kreativen Kräften alles frei gesetzt wird, wenn sich die Gemeinschaften auf regionaler Ebene neu organisieren. Wenn immer mehr Menschen verstehen, dass es allemal besser ist, mit der Natur als gegen sie zu leben. Wenn wieder natürliche Kreisläufe in Gang gesetzt werden und eine nachhaltige Wirtschaftsordnung entsteht, wenn Strom zu hundert Prozent aus regenerativen Energien gewonnen wird, wenn eine neue Geld- und Bodenordnung vor Spekulanten und Übervorteilung schützt, wenn ein transparentes und gerechtes Steuersystem allein der Zukunftssicherung verpflichtet ist, weil die Bemessungsgrundlagen nicht mehr am Umsatz, Verdienst und Gewinn orientiert sind sondern am Verbrauch. Eine Rohstoff- und Energiesteuer zum Beispiel würde den Ressourcenverbrauch auf ein erträgliches Maß senken.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es den Menschen Spaß bringen würde, auf ihrer versauten Erde gemeinsam aufzuräumen und sich neu einzurichten. „Tausche Leid gegen Glück“ – so etwa müsste das Motto heißen, nach dem die gewaltige ordnungspolitische Aufgabe gestemmt werden muss. Und wenn erst einmal der wahnsinnige Geld- und Warentransfer rund um den Globus eingestellt ist,

Wohlstandsmüll in Jakarta. Foto: Jonathan McIntosh CC2.0

wenn die Menschen sich wieder nach dem richten, was ihre Region hergibt, dann besteht sogar die Chance, dass sie ihre kulturellen Wurzeln wiederentdecken, was wiederum zu Vielfalt und Verständnis führen würde.

Mit einem Sprung zurück ins Mittelalter, wie uns die Verfechter des alten Systems immer wieder weismachen wollen, hat das alles nichts zu tun. Die globalisierte Welt lässt sich nicht auf Knopfdruck abstellen. Globalisierung bedeutet per se ja nichts Schlechtes. Es ist von enormem Vorteil, wenn sich die Menschen ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Planeten bewusst sind. Wenn sie im gleichen Geiste wirtschaften und sich rund um den Globus auf das neueste Niveau der Umwelttechnik begeben. In der Verkehrspolitik zum Beispiel, im Nahverkehr ebenso wie im Fernverkehr. Die Flugzeuge würden mit kalt gepresstem Öl fliegen und in den Städten würde ein Netz hochmoderner Kabinenbahnen gespannt, die auf Magnetstreifen dahin schweben, wo einst die Autos stinkend im Dauerstau standen. Auch in der Landwirtschaft und dem Bauwesen könnte man weltweit sehr schnell zu gemeinsamen Standards kommen. Die zu Zwangsernährern mutierten Bauern wären nicht länger Sklaven der Banken, der Maschinenfabriken und der Chemieindustrie. Sie würden wieder mit der Natur arbeiten und nicht gegen sie. Permakultur hieße das Zauberwort. Ein gesunder Boden enthält pro Kubikmeter 60 000 000 000 000 Bakterien, 1000 000 000 Pilze und 600 Regenwürmer, die betreiben ihre eigene Landwirtschaft, die brauchen keine Chemiebomben. Im Bauwesen würden die Gesetze der Baubiologie angewandt: nachwachsende Rohstoffe statt Beton – leicht zu verstehen, leicht umzusetzen. Nachwachsende Rohstoffe würden auch für die Kleidung benutzt, eine Hose aus den seidenen Fäden der Brennnesselpflanze trägt sich ungleich angenehmer als irgendein textiler Kunststofffummel.

Ich könnte hunderte von Alternativen benennen, für jeden Lebensbereich gleich mehrere. Sie sind bereits vorhanden. Erforscht und erprobt. Ob es sich um alternative Antriebe oder um gesunde Nahrung handelt, um Vorschläge für ein zukunftsfähiges Krankenversicherungssystem oder die Neuordnung der Demokratie durch Expertenparlamente – alles ist vorhanden oder angedacht, es wartet nur darauf, dass wir uns bedienen.

Der Mensch ist schlau, er hat immer Auswege parat gehabt, wenn es zur Krise kam. Aber nie zuvor in seiner Geschichte ist seinem Erfindungsreichtum ein solcher Riegel vorgeschoben worden, wie zu Zeiten der kapitalen Gier. Kaum zu glauben aber wahr: Das Profitinteresse einer kriminellen Finanz- und Wirtschaftselite hat in den letzten Jahrzehnten jede vernünftige Problemlösung im Ansatz blockiert. Jetzt haben sie den Salat, jetzt doktern sie hysterisch an den Symptomen herum. Dabei verkennen sie eines: sie haben es nicht mit einem Fehler im System zu tun, ihr ganzes verdammte System ist ein Fehler! Gut, dass sich dies inzwischen herum gesprochen hat, dass die Menschen ihnen nicht mehr glauben, dass sie bereit sind, etwas Neues zu wagen. Ich bin nicht sicher, wie sich die Dinge im Detail entwickeln werden. Aber ich bin sicher, dass wir in Zukunft wieder in einer Gesellschaft leben, die ihr Glück nicht aus pausenloser Mobilität und der 24-stündigen Beleuchtung des gesamten Planeten herleitet. Der Umbau unserer globalen Konsumkultur wird vielleicht das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Menschheit sein. Diese Aufgabe können wir aber nur lösen, wenn wir uns als politisches Gemeinwesen verstehen. Weltweit. Die Chancen stehen gut, denn die Verletzungen, die uns der alte, auf Raubbau getrimmte Suprakapitalismus zugefügt hat, sind weltweit zu beobachten. Grund genug, sich weltweit zu solidarisieren. Vielleicht kriegen wir ja tatsächlich zustande, was Stanislav Lem der Zivilisation mit Recht absprach: spirituelles Bewusstsein. Respekt vor der Schöpfung, Demut und Toleranz im Miteinander – damit könnte ich leben ...

Dieser Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder, nicht notwendigerweise die der Free21.org

Quellen:

NG: Dirk Fleck: Die Vierte Macht: *<http://www.ngo-online.de/2012/10/26/dirk-fleck-die-vierte-macht/>*

NG: Bevölkerungswachstum und Ressourcenverbrauch beschleunigen Artenverluste: *<http://www.ngo-online.de/2001/08/31/bevolkerungswachstum-und-ressourcen-verbrauch-besch/>*

NG: Tag: Globalisierung: *<http://www.ngo-online.de/tags/globalisierung/>*

Autor:

Dirk C. Fleck

ist Journalist und Buchautor. Seine bekanntesten Werke: „GO!-Die Ökodiktatur“ (1993, Rasch und Röhring Verlag), „Das Tahiti-Projekt“ (2008, Pendo Verlag), „Das Südsee-Virus“ (2011, Piper Verlag), „Die vierte Macht – Spitzenjournalisten zu ihrer Verantwortung in Krisenzeiten“ (Hoffmann und Campe Verlag).

twitter.com/dirkfleck

‹http://free21.org/de/node/237›

Von Dirk C. Fleck – Publiziert: 06.04.2015 (16:55) – Aktualisiert: 06.04.2015 (16:55), Originalartikel 26.03.2013 auf NGO-ONLINE

Das Friedensforschungs- und Gemeinschaftsprojekt **Tamera**

Regionale Autonomie in globaler Vernetzung – Modelle für ein anderes Leben

Unsere Technik kommt aus Japan, unsere Kleidung aus China, unser Gemüse aus Spanien und unser Getreide aus Indien - und das in einem Landkreis, in dem vor drei Generationen Eisen und Salz das einzige war, das eingeführt wurde. Alles andere konnten wir selbst erzeugen."
Daniel Balinhas ist kommunistischer Bürgermeister des abgelegenen Dorfes Reliquias in Süd-Portugal. Wie an so vielen Orten der Erde wurde die regionale Autarkie und Subsistenz völlig ausgehebelt durch den globalen Kapitalismus, der bis in die letzten verlassenen Dörfer reicht. Er ruiniert Menschenleben, Dorfstrukturen, Ökosysteme und das Klima. „There Is No Alternative", sagte Maggie Thatcher, doch ihr legendäres TINA-Statement kann inzwischen widerlegt werden: Es gibt sehr wohl funktionierende Alternati-

Gemeinschaftliches Miteinander bei der International Summer University in Tamera.

> *„Der kahle Boden hat durch Abholzung und Misswirtschaft die Fähigkeit verloren, das Wasser aufzunehmen. Wenn nichts geschieht, wird dieses Land zur Wüste"*

ven zum globalen Kapitalismus. Und eine ihrer Keimzellen liegt ausgerechnet hier im abgelegenen Reliquias: Das internationale Friedensforschungs- und Gemeinschaftsprojekt Tamera wurde vor zwanzig Jahren gegründet. Mittlerweile leben und arbeiten hier 170 Menschen am Aufbau eines Modells für eine Friedenskultur. Sein Mitgründer Dieter Duhm beschreibt in seinem neuen Buch „Terra Nova - globale Revolution und Heilung der Liebe" die andere Welt, von der Globalisierungskritiker seit vielen Jahren sagen, sie sei möglich: „An Stelle der alten Megasysteme treten dezentrale, kleine, weitgehend autarke Systeme für die Grundversorgung des Menschen mit materiellen Gütern (Wasser, Nahrung, Energie) sowie für die Versorgung mit Kultur, Geist und Eros."
Diese Bewegung wird die Nationalstaaten und den globalen Kapitalismus unterwandern und ablösen. Autarkie, so heißt es an einer anderen Stelle, sei die Fähigkeit, jedweden Machtanspruch von außen zurückzuweisen. Das ökologische und technologische Ziel von Tamera heißt, verallgemeinerbares Wissen und ein Modell für regionale Autarkie in Bezug auf die Grundbedürfnisse Wasser, Energie und Nahrung zu schaffen. „Wasser, Energie und Nahrung stehen allen Menschen kostenlos zur Verfügung, wenn wir nicht mehr den Gesetzen des Kapitalismus folgen, sondern der Logik der Natur", schreibt Duhm.

Eine von Teichen und Seen durchsetzte Landschaft statt trockenes Land.

Wasser

Vor allem im Hinblick auf natürliches Wassermanagement ist Tamera bereits ein international bekanntes Modell. Mit Hilfe des Öko-Visionärs Sepp Holzer aus Österreich verwandelte die Gemeinschaft das sommertrockene, von Wüstenbildung und Waldbrand bedrohte Gelände in eine üppige, ganzjährig grüne, von Teichen und Seen durchsetzte Landschaft. An deren Uferterrassen gedeihen Obst und Gemüse in Mischkulturen, die die Gemeinschaft und ihre Gäste ernähren.
Was war das Geheimnis dieses erstaunlichen Erfolges in so kurzer Zeit?
Bernd Müller, Wasserexperte von Tamera: „Als erstes mussten wir verstehen, dass wir nicht in einer trockenen Region leben. Es fällt hier fast so viel Regen wie

Das „Solar Village“ von Tamera.

in Deutschland. Aber der kahle Boden hat durch Abholzung und jahrzehntelange Misswirtschaft die Fähigkeit verloren, das Wasser aufzunehmen. Wenn nichts geschieht, wird dieses Land zur Wüste.“

Die Wasserretentionslandschaft von Tamera - ein System von natürlich wirkenden Teichen, Seen, Gräben, Terrassen und Aufforstungen - hält das Regenwasser auf dem Land und sorgt dafür, dass der Boden und die Vegetation es wieder aufnehmen können. Heute ist auch im Sommer Tamera noch grün, der Wald wächst wieder nach, der Grundwasserspiegel steigt, es bildet sich Humus, Wildtiere werden angelockt, kurzum: Das Land regeneriert sich. Und alles funktioniert ausschließlich mit Naturmaterialien: Statt hinter Staumauern wird das Wasser hinter einem verdichteten Erddamm gehalten, Folie oder Beton sind überflüssig.

Energie

Eine nachhaltige Wasserversorgung ist die erste Bedingung für regionale Autarkie, nicht nur in südlichen Regionen. Die zweite besteht in dezentraler Energieautonomie. Von seinen Kooperationspartnern in Kolumbien oder Palästina weiß das Tamera-Team, wie sehr eine Gemeinde oder Region erpressbar ist, wenn sie nicht über eigene Energiequellen verfügen kann. Energieautonomie war auch die große Forderung des deutschen „Solar-Papstes“, des verstorbenen SPD-Politikers Hermann Scheer.

Tamera befindet sich auf dem Weg dorthin. Es erzeugt den Großteil seines Stroms bereits heute durch Solaranlagen. Darüber hinaus arbeitet ein Forschungsteam an photovoltaik-freien Solarsystemen durch Spiegel- und Linsensysteme sowie Stirlingmotoren: Erfindungen des Physikers Jürgen Kleinwächter aus Lörrach, die - wenn sie ausgereift sind - speziell für Dörfer des globalen Südens Selbständigkeit und wirtschaftliches Aufleben versprechen.

In der Küche des SolarVillages von Tamera wird ausschließlich mit einem Scheffler-Spiegel und einer Mini-Biogasanlage gekocht. „Die beiden Systeme ergänzen sich hervorragend“, erläutert Dr. Douglas Baillie. „An weniger sonnigen Tagen produziert die Biogasanlage immer noch ausreichend Gas, um uns zu versorgen.“

Gefüttert wird dieser „Kuhmagen“ mit organischen Abfällen aus Garten und Küche. Gemeinsam mit dem Experten T.H. Culhane lehrt Tamera Aufbau und Verwendung der Mini-Biogasanlagen an Gemeinschaften aus ganz Europa und dem globalen Süden. Wenn diese noch fremde Technik angenommen wird, könnte sie eine Lösung nicht nur für die Energiethematik, sondern auch für das Abfallproblem in Slums und abgelegenen Höfen sein.

Tamera ist voll von diesen kleinen, lokalen Lösungen für globale Probleme. Es versammelt und erprobt somit Wissen, mit dem im Prinzip jede Region der Erde ihre Nahrungsmittel selbst erzeugen, sich mit Wasser versorgen und die benötigte Energie produzieren kann. Auf dieser Grundlage können lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe wieder in Gang kommen. Ausbildungsplätze entstehen, junge Menschen müssen nicht mehr in die Städte abwandern und kehren sogar wieder aufs Land zurück. Der Beruf des Bauern bekommt eine völlig andere Bedeutung. Subsistenz in diesem freien und gemeinschaftlichen Sinne ist das Geheimnis der Freiheit - und von gelebter Nachhaltigkeit.

Liebe

Doch keine technische oder ökologische Erneuerung wird zum Ziel führen ohne eine radikale Selbstveränderung des Menschen, wie Dieter Duhm eindrücklich beschreibt. Das „menschheitliche Trauma“ muss aufgelöst werden: „Unter dem Hammer der mehrtausendjährigen Gewalt zerbrach die Liebe. Hinter dem Unglück unserer Zivilisation steht ein kollektives Unglück in der Liebe. Die globale Friedensbewegung wird die Mächte der Zerstörung nur überwinden können, wenn sie hier, im Liebesbereich, eine glaubwürdige Alternative gewonnen hat.“

Die Heilung der Liebe ist die Innenseite der globalen Revolution, vor der wir heute stehen. Vertrauen und Wahrheit zwischen den Geschlechtern sind die Ziele der Liebesschule von Tamera. Sabine Lichtenfels, Mitgründerin von Tamera und Initiatorin der Liebesschule: „Liebe ist mehr als ein Gefühl, sie braucht soziale Gefäße, wo sie sich leben und verwirklichen lässt. Unabhängig von der Frage, wie unser persönliches Leben gerade aussieht, unabhängig davon, ob wir allein leben oder in Gemeinschaft, zölibatär, verheiratet, monogam oder polygam, arbeiten wir an einer Perspektive für die Liebe.“

Duhm: „Im Verhältnis zwischen Frauen und Männern haben sich in Tamera Verhaltensmuster entwickelt, die wir vielleicht als weichen Feminismus bezeichnen können. Die Frauen fangen an, ihre weiblichen Quellen zu entdecken und damit eine souveräne Kraft aufzubauen, die nicht mehr abhängt von der Beziehung zu einem einzigen Mann.“

Gemeinschaft

Die beiden Begriffe Vertrauen und Gemeinschaft gehören zu den wichtigsten Botschaften des Buches Terra Nova: Die Gemeinschaft, nicht die Kleinfamilie, sei die ursprüngliche Heimat des Menschen. Vertrauensgemeinschaften sind kein Jugendtraum, sie sind „der nächste Schritt der Evolution“. Anders gesagt: Solange der moderne Mensch in Single-Haushalten vereinsamt, ist er den Großsystemen ausgeliefert. Nur wenn er sich in zeitgemäßen Gemeinschaften zusammenschließt, wenn er lernt, dauerhaftes Vertrauen, Solidarität und Wahrheit zu erzeugen, wird er autonom und selbständig. Nur so schafft der Mensch ein Gegengewicht zum globalen Kapitalismus und erwirbt das Wissen und die Anteilnahme, um die Aufgaben unserer Zeit wirksam anzugehen.

Autorin:

Leila Dregger

geb. 1959, freie Journalistin, war Herausgeberin der Zeitschrift „Die weibliche Stimme – für eine Politik des Herzens“ und Autorin des Buches „Ich bin noch nicht in Frieden – Perspektiven für ein neues Frauenbewusstsein“. Sie lebt überwiegend in Tamera.

‹http://free21.org/de/node/253›

Von Leila Dregger, Tamera.org - Publiziert: 30.04.2015 (11:30) - Aktualisiert: 30.04.2015 (11:21)

Neue Wege sind auch in der Landwirtschaft dringend erforderlich.

Landwirtschaft geht auch anders

EN/DE Der folgende Bericht, der schon vor einiger Zeit im „Modern Farmer“ erschien, zeigt auf, dass wirtschaftlicher Erfolg und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur in der Landwirtschaft kein Widerspruch sein müssen. Im Gegenteil. Der Bericht macht Hoffnung, dass Landwirtschaft auch anders geht, dass GMO und Gifte verzichtbar sind, ohne dass die Weltbevölkerung Hunger leiden oder die Bauern auf Einkommen verzichten müssen. Damit mehr Menschen diese Hoffnung teilen haben wir ihn übersetzt.

übernommen von www.netzfrauen.org

Im Jahr 2010 kam ein junger Mann auf der Suche nach Erkenntnis in das Büro von Jerry Hatfield, dem Leiter des USDA National Laboratory for Agriculture and the Environment in Ames, Iowa. Er hieß John Kempf und er wollte unbedingt mehr über Pflanzen-Physiologie erfahren. Dieser Bereich, mit dem sich Hatfield intensiv auseinander setzt, beschäftigt sich mit den komplizierten Interaktionen zwischen Pflanzen, Boden und Atmosphäre.

Nach einem mehrstündigen Gespräch über Agrarwissenschaft, verließ der junge Mann das Büro von Hatfield mit einem Stapel Fachliteratur im Gepäck. Das war nur einer von unzähligen Schritten Kempfs auf einem Weg, der von einem zerstörten Zuckermelonenfeld aus vor sechs Jahren begonnen hatte. Verzweifelt darum bemüht, seinen landwirtschaftlichen Familienbetrieb vor immer schlimmeren Krankheiten und Schädlingsplagen zu schützen, begab sich Kempf in die Untiefen der Wissenschaft, um Lösungen zu finden, die in den gängigen Lehrbüchern nicht aufgeführt sind.

Dabei sammelte sich bei Kempf die gesamte alternative Literatur zum Thema und er wurde zum Chef eines schnell wachsenden Beratungsunternehmens. Aus Sicht seiner Anhänger ist es das beste Unternehmen, wenn es um nachhaltige und profitable Landwirtschaft geht. Die größten Optimisten sagen sogar, dass seine Firma die Perspektive für eine bessere Zukunft der Landwirtschaft bietet, da sie das positive aus allen Landwirtschaftskonzepten zusammenführt.

Kempf ist gerade 26 Jahre alt, amisch und hat nur 8 Jahre die Schule besucht. Als er mit 14 die Schule verließ, stieg er in die familieneigenen Obst- und Gemüseproduktion in Ohio ein, wo er im Lauf der Zeit für Berieselung, Düngung sowie den Einsatz von Herbiziden und Pestiziden Verantwortung übernahm. Er setzte auf Pferde statt auf Traktoren und arbeitete mit einem Sprüher, der von einem kleinen Motor angetrieben wird.

> *„Ich wurde ernst genommen, da ich in der Lage war, intelligente Fragen zu stellen und niemandem mein Alter verriet.“ John Kempf*

Es war eine schlimme Zeit für die Familie. Infektionen und Krankheiten belasteten die Ernte, Kempf sah sich selbst in einem stetig zunehmenden chemischen Krieg gefangen – und das mit nur sehr geringen Erfolg. Der Tiefpunkt war 2004 erreicht, als deutlich mehr als die Hälfte der Ernte bei Kempfs – Tomaten, Gurken, Zucchini und Zuckermelonen – verdarb. Die Familie kam finanziell in eine äußerst kritische Lage, es bestand Handlungsbedarf.

Der damals 16-jährige Kempf stellte daher alles in Frage, was er je über Landwirtschaft gelernt hatte.

Er untersuchte die wenigen erfolgreichen Ernteplätze des Jahres und versuchte herauszufinden, warum auf einem Stück Land, das an die Farm angrenzte, Zuckermelonen besonders gut gewachsen waren. In diesem Jahr hatten die Kempfs einige Reihen Zuckermelonen von ihren alten Feldern auf Neue übertragen, die bis dahin noch nicht jahrelanger, chemischer Behandlung ausgesetzt waren. Die Ergebnisse, wie Kempf es in einem seiner Youtube-Videos beschreibt, waren erschütternd. Auf den alten Feldern schlug überall der echte Mehltau zu. Direkt daneben, die Grenze war klar erkennbar, wuchsen die identischen Pflanzen, die im gesamten Zeitraum identisch behandelt worden waren, absolut gesund heran – so Kempf in seinem Video.

Dieser unbeabsichtigte aber exakte Feldversuch belegte die unterschiedlichen Historien der Felder auf beiden Seiten der Grundstücksgrenzen in Bezug auf Chemie-Einsatz – für Kempf war das der „Heureka“-Moment, wie er selbst sagt.

Er fühlte, dass es eine Antwort auf seine Fragen gab. Aber all jene, die dazu hätten beitragen können, waren nur an Details interessiert und übersahen das „Big Picture“. Warum gediehen die Pflanzen auf dem neuen Feld, während die anderen verkümmerten? Und warum nahmen die Krankheiten und Probleme laufend zu, trotz seiner Bemühung, ihnen mit Pestiziden den Garaus zu machen?

Er studierte Fachmagazine wie Soil Science Society of America Journal und Biology and Fertility of Soils. Er führte Gespräche mit Experten, fand Lücken im eigenen Wissen und füllte diese: Botanik, Pathologie, Entomologie, Physiologie, Immunologie usw..

„Landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung konzentriert sich auf Spezialgebiete”, sagt Kempf. „Viele der Wissenschaftler glauben, dass die Antworten auf landwirtschaftliche Herausforderungen im eigenen Bereich zu finden sind. Und sie kommunizieren nicht untereinander”.

Kempf war daran gelegen mit allen zu sprechen, um ein durchgängiges Verständnis von Boden- und Pflanzengesundheit zu gewinnen, das er in seinem Betrieb anwenden kann. Obwohl er nur ein Teenager war, der nicht einmal die 9. Klasse erfolgreich abgeschlossen hatte, waren die Wissenschaftler daran interessiert, mit ihm zusammenzuarbeiten.

„Ich wurde ernst genommen, da ich in der Lage war, intelligente Fragen zu stellen und niemandem mein Alter verriet“, so Kempf.

Ihm kam schnell der Verdacht, dass die chemiebasierten landwirtschaftlichen Methoden, die er anwendete, die Ursache und nicht die Lösung des Problems waren.

„Viele der Materialien, die in industrieller Landwirtschaft zum Einsatz kommen, steigern das Pflanzenwachstum und den Ertrag, wirken sich aber negativ auf die Biologie der Böden aus“, sagt er.

Die Taktik der verbrannten Erde, die er mit Pestiziden und Herbiziden angewendet hatte, war zu erfolgreich. Das mikrobielle Leben, das für gesunde Böden unverzichtbar ist, war ein Kollateralschaden. Als Folge konnte man akzeptable Erträge für die verschiedenen Produkte nur noch erreichen, indem den Boden in Dünger „ertränkte“.

Diesen Ansatz verwarf er schnell und setze alles daran, wieder einen gesunden Boden herzustellen. Er ließ Pflanzen damit das tun, wozu sie am besten geeignet sind, wenn man ihnen eine Chance gibt: wie verrückt zu wachsen.

Seit 2006 verzichtete Kempf komplett auf Pestizide und verbrachte mehr und mehr Zeit damit, seine Ideen mit Wissenschaftlern und Farmern im gesamten Land zu diskutieren. Sein Vater stellte ihn vor die Wahl: Hör auf zu quatschen – oder verdiene Geld damit.

Kempf entschied sich für die zweite Option und gründete im gleichen Jahr seine landwirtschaftliche Beratungsfirma Advancing Eco Agriculture (AEA).

Sein Ansatz in Kürze:

Gesunder Boden sorgt für gesunde Pflanzen. Gesunde Pflanzen haben ein gesundes Immunsystem, um Krankheiten abzuwehren. Pflanzen mit gesundem Immunsystem sind – wie Kempf sagt – auch gesünder, wobei es hierfür aber noch keinen soliden wissenschaftlichen Nachweis gibt. Laut AEA kann man den Ertrag zwischen 10-30 % steigern und gleichzeitig die Kosten durch den Verzicht auf Pestizide senken.

Kempf vermeidet die Phrase „nachhaltig“, um den Eindruck zu vermeiden, die derzeitige Form der Landwirtschaft solle erhalten bleiben. Er spricht daher bevorzugt von „regenerativer Landwirtschaft“. Mit seinem Ansatz besetzt er eine eigenartige Nische. Er fordert die Farmer auf, auf Pestizide zu verzichten, gleichzeitig kritisiert er den biologischen Anbau. „Der typische Bioanbau ist nur negativ, beschäftigt sich damit, was nicht erlaubt ist“, sagt Kempf. „Keine GVOs, keine chemischen Pestizide, nicht dies, nicht das. Zwar stellt das sicher, dass Bioprodukte im Wesentlichen frei von Pestiziden sind, sorgt aber nicht dafür, dass die Ernte ebenfalls gedeiht, oder die Bioprodukte wirklich gesünder als die normalen Lebensmittel sind“.

Sein Ansatz ist proaktiver. AEA vermarktet Produkte, die darauf abzielen, Boden- und Pflanzengesundheit zu verbessern und setzt auf ausgefuchste Maßnahmen, die Pflanzengesundheit in der gesamten Saison zu kontrollieren. Rückbesinnung auf vor-industrielle Landwirtschaft kombiniert mit aktuellen technologischen Innovationen – den Menschen gefällt diese Philosophie und das Unternehmen wächst rasant. Aktuell hat AEA rund 30 Mitarbeiter und betreut einige tausend Kunden im ganzen Land.

Larry Keefer, der Zeit seines Lebens 500 Morgen Soja, Getreide und Mais westlich von Lansing in Michigan anpflanzt, gehört zur wachsenden Kundschaft von AEA und ist vom Ansatz überzeugt: „In meinen Augen ist das die bessere Art der Landwirtschaft“, sagt Keefer, der bereits über fast 20 Jahre Erfahrung mit unterschiedlichen nicht-konventionellen Methoden verfügt.

Eine von Keefers wertvollsten Produkten ist hochentwickeltes, GVO-freies Soja, das für die Tofu-Herstellung in Japan verwendet wird. Während er in der Vergangenheit zwischen gute 40 Scheffel pro Morgen erntete, ergab ein Test auf gut 40-Morgen Gelände eine Steigerung auf 59 Scheffel pro Morgen.

Er war der erste, der in seiner Gegend mit AEA zusammengearbeitet hat. Inzwischen sind 10 weitere Farmer dazugestoßen.

Was an Kempf fasziniert, ist die Art und Weise, wie er die Gratwanderung zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Ideologien meistert.

In der Vermeidung von Chemikalien, dem Fokus auf ein gesundes, landwirtschaftliches Ökosystem und der Betonung von Qualität vor Quantität, ist AEA sehr konsequent. Gleichzeitig verwendet Kempf, der selbst über einen konventionellen Hintergrund verfügt, die gleiche Terminologie wie die großen Agrarbetriebe. Und die Webseite von AEA verzichtet auf die typischen Wohlfühlbegriffe aus dem Bio-Sektor.

Kempf, ein anerkannter Experte in Agronomie und Bodenkultur entspricht selbst keinem Stereotyp. Als Mitglied der Amish-Gemeinde fährt er nicht mit dem Auto und nimmt auch kein Flugzeug. Als Chef eines rasch wachsenden Beratungsunternehmens nimmt er die Dienstleistungen einer New Yorker PR-Firma in Anspruch und ist ganz stilecht auf Twitter und in der Bloggerszene unterwegs. Er führt das Unternehmen gemeinsam mit einem Investor, Phillipe van den Bossche, der in Manhattan lebt, früher für Madonna gearbeitet hat und sehr schnell anerkennt, dass „er und Kempf zwei völlig unterschiedliche Typen seien.“

Bis 2016 will Kempf 10.000 konventionelle Farmen umgestellt haben. Diejenigen, die ihn und seine Ideen kennen, bestätigen, dass er genau das tun wird.

„Sein Ansatz ist der neue „Mainstream“ der Agronomie, der das Bestehende ablösen wird“, sagt Michael McNeil, ein landwirtschaftlicher Berater von Iowa, der Kempf bereits seit Jahren kennt und der davon ausgeht, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die regenerative Landwirtschaft sich allgemein durchsetzt. „Wenn der Profit der Farmer sinkt, werden sie sich nach neuen Möglichkeiten umschauen, um zu überleben. Unsummen für die Agro-Industrie auszugeben funktioniert für die wenigsten”.

Kempfs ultimative Ziele sind – so seine eigene Aussage – dafür zu sorgen „dass die Qualität der Nahrung beeinflusst wird” und „zu sehen, dass das regenerative Modell der Landwirtschaft zum akzeptierten Modell auf der ganzen Welt wird”. So wird regenerative Landwirtschaft Mainstream, zum Nutzen aller.

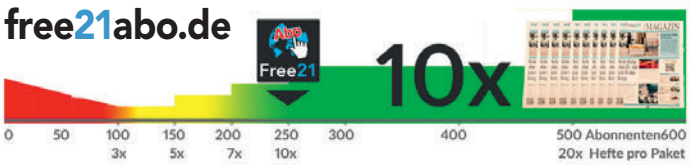
<http://modernfarmer.com/2014/08/brilliant-unusual-twenty-something-hopes-unleash-next-green-revolution/>

‹http://free21.org/de/node/241›

Publiziert: 17.4.2015 (12:30) - Aktualisiert: 17.04.2015 (15:00), übernommen von www.netzfrauen.org

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Abonnent erhält mindestens zwei Exemplare jeder Ausgabe. Bei entsprechender Abonnenten-Anzahl steigt die Menge der Magazine, die jeder Abonnent bekommt. Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.



Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin quartalsweise bis auf Widerruf im Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD inkl. Zustellung betragen **quartalsweise 15 EUR** (20 EUR in EU-Länder). Ich erhalte mindestens 2 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Abogebühren von meinem Konto quartalsweise im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Kontoinhaber Name, Vorname:

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Kontoführendes Institut:

IBAN:

BIC:

Hiermit ermächtige Ich Sie, bis auf Widerruf, die Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Abweichende Lieferanschrift:

Name

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr. _____

Kreuzen Sie bitte hier an, wann Ihr Abo starten soll: ☐ **ab sofort** ☐ **nächste Ausgabe**

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Die Erscheinungstermine in diesem Jahr sind: 15.3.15/15.6.15/15.9.15/15.12.15

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belastenden Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Zum Abo: Das Abonnement erstreckt sich über das Jahr 2015 und endet mit der letzten Ausgabe. Insgsamt werden 4 Ausgaben in 2015 erscheinen. Die Bezugsgebühren werden 20 Tage vor der Erscheinung eingezogen. Das Abo beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein eingegangen ist.

Kündigung: Das Abo kann jederzeit gekündigt werden. Die einzige Bedingung ist, dass das Kündigungsschreiben mindestens 30 Tage vor Erscheinungstermin der nächsten Ausgabe zugestellt wird. Die Kündigung muss per Post geschickt werden.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein Free21-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 oder anderer Grafik-Software.

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Da Free21 nicht nur Fans hat, benötigen wir von Zeit zu Zeit juristischen Rat zum Thema Urheberrecht und Medien.

Welche/r medienerfahrene

Rechtsanwalt/in

kann uns unentgeltlich beraten?

Durch die Transformation von Online und Film zu Print stellen sich spannende juristische Fragen, die kompetente Antworten erfordern.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: info@free21.org